

Gegenwind Sonderheft

März 2015 (im *Gegenwind* 318)



Linke

Kommunalpolitik

*Interviews aus zehn Kreistagen,
drei Ratsversammlungen und einer Bürgerschaft*

KOMMUNAL

Wer jetzt abonniert, wird belohnt!

Aboprämie II:

Öko-total

Das grüne
Branchenbuch

Hamburg und Schleswig-Hol-
stein, Ausgabe 2013/2014

Auf 144 Seiten findet man nicht nur die klassischen Anbieter aus den Bereichen Ernährung, Kosmetik und Textilien, sondern die ganze Palette des ökologischen Wirtschaftens von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zimmereien. Zusätzlich sind zahlreiche Hinweise, Tipps und Adressen enthalten, die helfen, das Leben gesünder und umweltgerechter zu gestalten.

ten. Das grüne Branchenbuch ist bereits seit vielen Jahren eine wichtige Orientierungshilfe für umweltbewussten Einkauf und gesundes Leben im Norden.

Im 20. Jahr seines Erscheinens bietet es 20.000 aktuelle, überprüfte Adressen rund um Ernährung, Wohnen, Energie, Kosmetik, Bauen, Reisen, Bildung, Gesundheit, Geldanlage, Shopping, Garten, Verkehr und Kinder.



Ich abonniere den
Gegenwind

- Probeabonnement
3 Hefte zu 5 Euro. Geld liegt bei.
- Jahresabonnement, 12 Hefte
das Abo verlängert sich automatisch,
wenn es nicht gekündigt wird.
- normaler Preis: 33 Euro
- Solidaritätspreis: 46,20 Euro
- ermäßigter Preis: 23,10 Euro
(für Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen,
SchülerInnen – ohne Aboprämie)

Bitte Aboprämie Nr. _____

Datum / Unterschrift:

AbsenderIn:

Name:

Straße:

Ort:

Telefon:

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann. Namen und Adressen von AbonnentInnen werden elektronisch gespeichert. Falls ich umziehe, ohne meine neue Adresse mitzufüllen, darf die Post meine Angaben aus einem Nachsendeantrag an den Verlag weitergeben.

Datum / 2. Unterschrift

bitte
45 Cent

Postkarte

An den
Gegenwind
Magazin Verlag

Schwefelstr. 6

24118 KIEL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Aber Kommunalpolitik funktioniert anders als Landes- oder Bundespolitik. In den meisten Kreistagen, Ratsversammlungen oder der Bürgerschaft gibt es wechselnde Mehrheiten. Oftmals werden für einzelne Entscheidungen Bündnisse auf Zeit gebildet, nicht immer stimmen die Mitglieder einer Fraktion auch geschlossen ab.

Die LINKE hat das Problem, dass sie meistens nur mit Einzelabgeordneten in den Kreistagen oder der Ratsversammlung von Neumünster vertreten ist. Diese Einzelvertreter müssen dann auch die Sitzungen der Ausschüsse wahrnehmen, während Fraktionen auch Außenstehende als „bürgerliche Mitglieder“ in die Ausschüsse senden können.

Die Interviews haben verschiedene Schwerpunkte. Natürlich ist überall die Position der LINKEN gegenüber den anderen Parteien Thema, ebenso thematisieren die meisten das Verhältnis zwischen der Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments. Ein Thema in mehreren Interviews ist das FAG, das neue Finanzausgleichsgesetz, dass Städten in Schleswig-Holstein mehr Geld geben will, den Flächenkreisen wird es genommen. Ein Thema in mehreren Kreisen ist auch das Fehlen von Sozialwohnungen, der Umgang mit Armut oder die kommunalen Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU. Das sind bekanntlich für diese Partei besonders wichtige Themen. Es gibt aber auch Themen, die sich auf den Kreis selbst beziehen, und deshalb haben wir diese Interviews auch gemacht.

Im **Gegenwind** 305 hatten wir Interviews mit 15 grünen KommunalpolitikerInnen abgedruckt, jeweils die Fraktionsvorsitzenden hatten wir besucht. Im **Gegenwind** 309 veröffentlichten wir fünf Interviews mit KommunalpolitikerInnen des SSW, der ja bekanntlich im nördlichen Landesteil aktiv ist.

Die Absprachen mit den linken Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern haben etwas länger gedauert, vor allem, weil es keine Fraktionen sind. In fast allen Kreistagen muss eine einzelne Person, KommunalpolitikerInnen arbeiten ehrenamtlich, alle Themen bearbeiten und alle Anfragen beantworten. Intern hatten wir die Interviews schon im Herbst angekündigt, jetzt sind sie tatsächlich fertig geworden. Alle hier abgedruckten Interviews wurden zwischen dem 3. und 16. Februar geführt, alle wurden von den Interviewten selbst (manchmal mit Unterstützung einer zweiten Person) durchgesehen und korrigiert. Alle Interviews wurden von mir geführt.

Natürlich darf jetzt ergänzt und widersprochen werden. Wer zu einem oder mehreren Interviews eine Stellungnahme, einen Kommentar loswerden möchte, schicke diesen bitte an redaktion@gegenwind.info

**Redaktionsschluss ist der
19. März für das April-Heft
16. April für das Mai-Heft
21. Mai für das Juni-Heft**

Reinhard Pohl

2008 fanden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein statt. Die LINKE trat damals neu an und erreichte ein sehr gutes Ergebnis.

2013 sah es für die Partei nicht ganz so gut aus: Zwar war die 5-Prozent-Hürde abgeschafft worden, so dass die LINKE in allen Kreistagen und Ratsversammlungen der kreisfreien Städte (in Lübeck in der Bürgerschaft) vertreten war. Aber nur im Kreistag Segeberg und den kommunalen Vertretungen von Flensburg, Kiel und Lübeck reichte es, um eine eigene Fraktion zu bilden.

2008 hatte die LINKE 76.835 Stimmen bekommen, bei 1.147.235 abgegebenen Stimmen also 6,9 %. 2013 waren davon nur noch 26.870 Stimmen übrig geblieben, bei insgesamt 1.098.471 abgegebenen Stimmen also noch 2,5 %.

Impressum

Herausgeber:

Gesellschaft für politische Bildung e.V.

Spendenkonto:

Postbank Hamburg

IBAN DE06 2001 0020 0130 0192 01

BIC: PBNKDEFF

Redaktion:

Gegenwind, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

redaktion@gegenwind.info

www.gegenwind.info

Verantwortlich: Reinhard Pohl

Erscheinungstermin: März 2015 /

Beilage zum **Gegenwind** 318

Druck: hansadruck, Kkiel

Abonnement des **Gegenwind**:

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

abo@gegenwind.info

1 Jahr = 12 Ausgaben = 33 Euro (Normalabo) oder 46,20 Euro (Solidaritätsabo)

„Verwaltung ist die achte Fraktion“

Heinz-Werner Jezewski, Ratsversammlung Flensburg

Gegenwind: Kannst du dich bitte vorstellen?

Heinz-Werner Jezewski: Ich bin Heinz-Werner Jezewski, ich bin 56 Jahre alt. Ich bin im Ruhrpott geboren, lebe aber seit 35 Jahren mit meiner Familie in Flensburg. Seit 2005 mache ich hier Politik für die Linke, seit 2008 sitze ich in der Ratsversammlung, die meiste Zeit davon als Fraktionsvorsitzender. Zwischendurch war ich noch in der Landtagsfraktion, eine Zeit lang auch dort Fraktionsvorsitzender.

Gegenwind: Wie ist die Wahl hier in Flensburg in der vorigen Periode ausgefallen, wieviele Abgeordnete habt ihr jetzt?

Heinz-Werner Jezewski: Wir waren vorher mit drei Abgeordneten in der Ratsversammlung, sind jetzt nur noch mit zweien drin. Wobei man sagen muss, dass wir ins Flensburg natürlich immer – ähnlich wie die in Schleswig-Flensburg und in Nordfriesland – das „Problem“ SSW haben. Hier werden bei Kommunal- und Landtagswahlen links orientierte Stimmen auch vom SSW abgegriffen, aber wir machen eine gute Arbeit, um diese Stimmen trotzdem zu bekommen. Immer gelingt das aber nicht. Wir sind von 7,6 auf 3,8 Prozent abgerutscht. Das war 2013 auch ein bundesweiter Trend, aber für uns ist das Ansporn, nächstes Mal dagegen anzugehen.

Gegenwind: Wie sind generell die Mehrheitsverhältnisse in der Rats-

versammlung? Gibt es dort feste Blöcke oder wechselnde Mehrheiten?

Heinz-Werner Jezewski: In Flensburg gibt es traditionell nicht das System »Regierung und Opposition«, sondern wechselnde Mehrheiten. Das führt dazu, dass wir in der Flüchtlingspolitik auch mal die Zustimmung der CDU kriegen, während SPD und SSW uns die Zustimmung verweigern, andersrum haben wir relativ häufig Anträge, wo gerade die Grünen und der SSW uns unterstützen und wir auch die. Aber es geht nicht danach, dass ein Antrag dieser Fraktion kommt, und deshalb kann man nicht zustimmen, das gibt es in der Ratsversammlung nicht.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung? Bekommt ihr alle Informationen? Habt ihr einen guten Kontakt zum Oberbürgermeister?

Heinz-Werner Jezewski: Das persönliche Verhältnis ist im Allgemeinen recht gut. Aber es gibt offenbar eine Ebene innerhalb der Verwaltung, die genauso weitermachen will, wie sie es in den letzten 60 Jahren gemacht hat. Das heißt, Informationen möglichst intern zu halten. Das geht so weit, dass wir teilweise die Kommunalaufsicht anrufen müssen, um Informationen zu kriegen, oder auch das Informationsfreiheitsgesetz benutzen, um Anfragen als Bürger zu stellen und nicht als Ratsmitglied. Das funktioniert dann, weil es da eine klare Rechtsgrundlage gibt.

Gegenwind: Ist das nur euer Problem, also ein Problem der Linken? Oder haben andere Parteien das Problem auch?

Heinz-Werner Jezewski: Andere Parteien scheinen gar nicht immer so viel Interesse an Informationen zu haben. Ansonsten sind natürlich die Parteien, die die Ausschussvorsitzenden stellen, also die großen, im Vorteil, die bekommen mehr Informationen. Aber wir haben sehr oft den Eindruck, die Verwaltung ist die achte Fraktion in der Ratsversammlung. Das sagen auch Mitglieder anderer Fraktionen in der Ratsversammlung so, und die Verwaltung macht eigene Politik und wehrt dann auch nur diejenigen ein, von denen sie sich Unterstützung verspricht.

Gegenwind: Kannst du eine kurze Übersicht über die Fraktionen geben?

Heinz-Werner Jezewski: Die CDU hat 11 Mitglieder, die SPD 9, der SSW 8. Die Grünen und die Wählerinitiative „Wir in Flensburg“ haben jeweils 5, die FDP und wir haben jeweils 2. Und es gibt noch einen fraktionslosen Abgeordneten, der mit einer Wählerinitiative angetreten, aber alleine reingekommen ist.

Gegenwind: Könnt ihr mit allen zusammenarbeiten?

Heinz-Werner Jezewski: Das persönliche Verhältnis funktioniert mit allen. Es gibt keine Sachen, bei denen man nicht miteinander redet. Aber natürlich haben wir mit der FDP ganz wenig Berührungspunkte, das passiert mal im Bereich Stadtentwicklung, aber wenn es um soziale Themen geht, sind eigentlich die Grünen und mit Einschränkungen SPD und SSW unsere Ansprechpartner. Wir stellen immer wieder fest, dass in der Flüchtlingspolitik über alle Fraktionen Menschen ein Interesse an einer humanen und fortschrittlichen Flüchtlingspolitik haben, auch in der CDU.

Gegenwind: Kannst du eure Flüchtlingspolitik, eure Initiativen in der Ratsversammlung vorstellen?

Heinz-Werner Jezewski: Wir hatten 2012 einen ursprünglich ganz großen Antrag, den wir dann in vier verschiedene Anträge zerlegen mussten. Es ging immer um Willkommenskultur, im ersten Bereich um kostenlose Sprachkurse für jeden, der hier-

herkommt. Im zweiten Bereich ging es um die Unterkunftssituation, im dritten Bereich um die gesundheitliche Versorgung und im vierten Bereich um die Willkommenskultur allgemein. Diese Anträge wurden dann in den Ausschüssen kleingeredet und zerpfückt, immer mit der Begründung, dafür haben wir kein Geld. Es war vor allem die Begründung des SSW und der SPD, das hat uns ziemlich weh getan. In der Ratsversammlung sind dann immerhin die Anträge zur Unterkunftssituation durchgekommen. Wir haben damals den Flüchtlingsbeauftragten eingeladen, wenn er einen Unterkunfts-TÜV machen will, dass er ihn hier in Flensburg starten kann. Mit relativ vielen Stimmen abgelehnt wurde der Antrag zu den Sprachkursen, wo Grüne, Linke, CDU dafür waren und die anderen Fraktionen dagegen, weil es Geld kostet. Das ist zweieinhalb Jahre her, aber es war der Anstoß für das Nachdenken über eine andere Flüchtlingspolitik in Flensburg.

Gegenwind: Denkst du, dass sich da in nächsten Zeit etwas tut? Wie steht die Stadt zur Zeit da in der Flüchtlingspolitik?



ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1983 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

- WEITERE THEMEN:
- Chemie-Watten: GUTER oder Schlechter?
 - Widerstand gegen BAYER im Netz
 - Gekochte Operationen: Gesundheit
 - BAYER Kapitalhilfe: Tote Pferde

C O U P O N

- Ich/wir abonnieren für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

- Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank

IBAN

BIC

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Alter

Bitte zurücksenden an:

Coordination gegen BAYER-Gefahren,

Postfach 1504 18, 40081 Düsseldorf,

Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Heinz-Werner Jezewski: Wir hatten in unseren Anträgen als ersten Punkt gesetzt, der Oberbürgermeister sollte Flüchtlingspolitik zur Chefsache machen. Das hat er mittlerweile getan nach zweieinhalb Jahren, obwohl der Antrag abgelehnt wurde. Er hat sich dafür entschieden, die Verwaltung umzubauen und den gesamten Bereich „Flüchtlingspolitik“ aus dem Ordnungsrecht herauszunehmen, und in einen neuen Fachbereich „Bürger-service und Willkommenskultur“ zu packen. Ich hoffe, das wird ein Anstoß sein, dass wir hier anders mit Menschen umgehen, die zu uns kommen.

Gegenwind: Ihr habt hier in Flensburg einen Integrationsbeauftragten. Nützt das was, wenn eine Stadt diese Aufgabe bei einer Person bündelt?

Heinz-Werner Jezewski: Ja. Es gibt hervorragende Netzwerke in Flensburg. Ich glaube, das liegt immer an den Menschen, und da hat der Integrationsbeauftragte seinen Anteil dran. Wir haben am 19. Januar hier eine große Demo gemacht, no-pegida und buntes Flensburg, es waren bummelig 4.000 Menschen auf der Straße, das hätte ohne Netzwerke nie funktioniert. Der Integrationsbeauftragte sorgt dafür, dass solche Kontakte gepflegt werden können, aber natürlich müssen weiterhin die Initiativen und die Menschen vor Ort diese Kontakte lebendig machen.

Gegenwind: Ein anderes Thema von euch ist die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner. Es geht um Demokratie zusätzlich zu den Kommunalwahlen. Was wollt ihr da erreichen?

Heinz-Werner Jezewski: Wir wünschen uns, dass abweichend vom Baugesetzbuch die Menschen erst gefragt werden, bevor Beschlüsse gefasst werden. Bis jetzt ist es immer noch so wie im Baugesetzbuch vorgeschrieben, der Beschluss wird gefasst, und dann wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt. Wir wollen das auf den Kopf stellen. So weit sind wir noch nicht, aber zumindest haben wir es jetzt geschafft, dass die Stadtteilforen, die es in Flensburg gibt, finanziell von der Stadt gefördert werden und auch eingebunden werden in Abläufe. Ich glaube, das ist

ein erster Schritt. Uns reicht das aber noch lange nicht.

Gegenwind: Ein weiteres wichtiges Thema in Flensburg ist die Entwicklung des Hafens. Was sind die linken Forderungen, was könnt ihr durchsetzen?

Heinz-Werner Jezewski: Die Hauptsache ist: Der Hafen gehört allen Flensburgerinnen und Flensburgern. Wir können nicht als Politiker Entscheidungen treffen mit nur einem Hintergrund, wir möchten da ein Gewerbe hinhaben oder dort Tourismus. Wir müssen die Menschen fragen, ob das so in Ordnung ist, vor allem wenn wir an die Silhouette der Stadt rangehen. Da ist die Verwaltung immer flott vorne weg, da wird dann ein Beratungsunternehmen engagiert, das sagt, alles sieht viel toller aus, wenn wir das so oder so machen. Die Verwaltung erwartet, dass wir als Politiker folgen und es auch so beschließen. Dagegen wehren wir uns. Wir machen regelmäßig Informationsveranstaltungen am Hafen, zum Beispiel zu Problemgebieten, die neu gebaut werden sollen, und sorgen so zumindest für viel öffentlichen Aufruhr. In den Ausschüssen und der Ratsversammlung können wir diese Beschlüsse nicht kippen, sondern nur indem wir im Vorfeld entsprechend Wind machen.

Gegenwind: Wie ist bei euch generell das Verhältnis zwischen der Arbeit im Rat und der Arbeit in der Öffentlichkeit? Können ihr eure Forderungen eher von außen durchsetzen?

Heinz-Werner Jezewski: Ja, wenn überhaupt, dann über Bündnisse und über die Mobilisierung der Menschen vor Ort. Wir gehen, wenn das Wetter es zulässt, regelmäßig in die Stadtteile, machen Informationsveranstaltungen, wir haben zwei total schicke linke Lastenfahräder, die wirklich auffallen. Mit denen fahren wir durch die Gegend und reden mit den Leuten. Ich glaube, dass das die Tropfen sind, die den Stein auch höhlen. In der Ratsversammlung haben wir zwei Stimmen, und selbst wenn wir mal richtig gut sind, und die Wählerinitiative und die Grünen auf unsere Seite kriegen, dann haben wir immer noch nicht mal ein Drittel. Da was zu bewirken funk-

tioniert einfach nicht. Es braucht den Druck von der Straße.

Gegenwind: Welche Themen stehen aus deiner Sicht bis zum Ende der Wahlperiode noch an? Was habt ihr euch noch vorgenommen zu bewegen?

Heinz-Werner Jezewski: Das allerwichtigste Thema wird die Aufnahme von Flüchtlingen sein. Die Entwicklung wird nicht aufhören. Solange in Berlin und in Brüssel, in Washington und Moskau an neuen Kriegen gearbeitet wird, werden immer mehr Menschen bei uns Schutz suchen. Wir müssen sehen, dass wir mit denen anständig umgehen. Dass wir ihnen vernünftige Chancen bieten. Das ist für mich menschlich das allerwichtigste Thema. Danach kommt eines, das damit zusammenhängt: In Schleswig-Holstein und in Flensburg brechen Monat für Monat Wohnungen aus dem sozialen Wohnungsbau weg, aus der Mietpreisbindung. Wir müssen eine Lösung finden, dass diese Wohnungen ersetzt werden, dass die Menschen bezahlbaren Wohnraum kriegen, der auch menschenwürdig ist. Das ist unsere Hauptaufgabe. Wir arbeiten daran, eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu beantragen. Die, die wir hatten, ist vor zehn Jahren an eine Genossenschaft verkauft worden. Wir wollen, dass die Stadt eine neue gründet. Mit dieser Wohnungsbaugesellschaft wollen wir Impulse setzen für bezahlbaren Wohnraum in Flensburg.

Gegenwind: Das ist ein relativ großes Vorhaben für eine relativ kleine Fraktion. Wie könnt ihr das durchsetzen?

Heinz-Werner Jezewski: Nur mit Öffentlichkeit und mit Verbündeten. Es gibt hier sehr viele Menschen in Flensburg, die sich sozial weitgehend in unserem Sinne engagieren, die aber nicht parteipolitisch aktiv sein möchten. Es gibt den Arbeitskreis Kommunalpolitik, die waren sogar in der letzten Ratsversammlung vertreten, die sind sehr aktiv in ganz vielen Themen, mit denen arbeiten wir natürlich gut zusammen. Auch mit Bürgerinitiativen, mit Beratungsstellen, mit Einzelpersonen arbeiten wir zusammen, das funktioniert gut, ist aber eine andere Arbeit als die in der Ratsversammlung. Aber auf die Dauer funktioniert das nur so.

Politik gestalten über Kreistag und Bürgerinitiativen

**Manfred Küter,
Kreistag Schleswig-Flensburg**

Gegenwind: Kannst du dich bitte vorstellen?

Manfred Küter: Von der Ausbildung her bin ich Diplom-Volkswirt. Von Beruf her war ich Gewerkschaftssekretär bei ver.di. Jetzt bin ich für die Partei DIE LINKE Kreistagsabgeordneter im Kreistag Schleswig-Flensburg.

Gegenwind: Seit wann bist Du im Kreistag?

Manfred Küter: Im Kreistag bin ich seit 2008.

Gegenwind: Welches Wahlergebnis hattet ihr damals und welches Wahlergebnis 2013?

Manfred Küter: Wir hatten 2008 ein Wahlergebnis von etwas über 5 Prozent erreicht und damit drei Sitze im Kreistag erhalten. Wichtig für unser Ansehen bei den anderen Parteien war, dass wir die kurz zuvor abgeschaffte 5-Prozent-Hürde überschreiten konnten. Das war nach alter Vorstellung eine Legitimation für den Einzug DER LINKEN in den Kreistag.

2013 war das Ergebnis schlechter. Wir sind jetzt mit einem Abgeordneten im Kreistag vertreten. Das schmerzt schon, auch wenn zu berücksichtigen ist, dass sich die Situation seit 2008 erheblich geändert hat. Die Anzahl der Sitze im Kreistag wurde von 57 auf 52 reduziert. DIE LINKE war im Jahr 2008 eine neue Partei im Kreis. Viele Stimmen kamen von Protestwählern. Diesen Vorteil hatten wir 2013 nicht mehr. Es gab andere Gruppierungen, denen sich Protestwähler zuwandten. DIE LINKE ist eine junge Partei, bei der mit einem Auf und Ab in den ersten Jahren gerechnet werden muss. Dann darf auch nicht vergessen werden, dass der Kreis Schleswig-Flensburg ein großer, landwirtschaftlich orientierter und überwiegend konservativer Kreis ist.

Gegenwind: Ihr hattet ja auch intern Probleme, weil einer der drei Abgeordneten Partei und Fraktion verlassen hat. Hat euch das auch geschadet?

Manfred Küter: Natürlich, wenn einer von drei Abgeordneten für eine andere Gruppierung kandidiert, dann kostet das Stimmen. Das Erstaunliche am Wahlergebnis von 2013 ist aber, dass wir trotz dieser erheblichen Ver-

luste mehr an Einfluss im Kreistag gewonnen haben.

Gegenwind: Wie habt ihr euch im neuen Kreistag verhalten? Es gab ja zu Beginn starke Konfrontationen, mehrfache Abstimmungen über die Besetzung von Aufsichtsratsmandaten. Wie war das Klima?

Manfred Küter: Das Klima im Kreistag hat sich gegenüber 2008 verbessert. Das liegt einmal daran, dass man sich jetzt schon seit mehreren Jahren kennt, und zum anderen daran, dass sich die personelle Zusammensetzung des Kreistages erheblich verändert hat. Außerdem haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag geändert. Im Jahre 2008 war es so, dass CDU und FDP zusammen eine Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien hatten. Damals hatten sie 30 von 57 Sitzen. Wenn man in den alten Kategorien von Fraktionen denkt – also nicht an der Sache orientiert, dann gibt es seit 2013 zwei Blöcke im Kreistag. Der eine besteht aus CDU, FDP und Freien Wählern mit 25 Stimmen, der andere besteht aus SPD, SSW und Grünen mit ebenfalls 25 Abgeordneten. Und dazu kommen dann zwei Einzelabgeordnete, einer davon von DER LINKEN.

Das heißt, wir haben im derzeitigen Kreistag 52 Mitglieder, sodass eine Mehrheit aus 27 Mitgliedern besteht. Bei Stimmgleichheit im Kreistag ist ein Antrag abgelehnt. Wenn also die beiden großen Blöcke sich nicht einig sind, dann benötigen sie die Stim-

men der beiden einzelnen Abgeordneten, auch DER LINKEN, um eine Mehrheit zu erhalten. Das ist eine völlig neue Situation. Der Einfluss DER LINKEN ist also gestiegen.

Gegenwind: Zu Beginn gab es ein konfrontatives Klima. Hat sich das geändert?

Manfred Küter: Dieses „konfrontative Klima“ habe ich so nicht wahr-



genommen. Jeder neu gewählte Kreistag muss sich konstituieren. Zu Beginn der neuen Kreistagsperiode, vor der konstituierenden Sitzung, haben wir Gespräche mit der CDU geführt. Die CDU hatte uns nach unseren Vorstellungen gefragt, z. B. bei der Wahl des ersten Stellvertreters des Landrats und bei der Größe der Ausschüsse.

In diesen Gesprächen haben wir drei Dinge erreicht: Wir haben einen stimmberechtigten Sitz im Kulturausschuss erhalten. Dazu muss man wissen, dass nur Fraktionen stimmberechtigte Mitglieder in Ausschüsse entsenden können. Durch die Vereinbarung ist DIE LINKE jetzt stimmberechtigt im Ausschuss vertreten. Bei Abstimmung in Blöcken haben wir dort die entscheidende Stimme, wenn es um Fragen von Bildung und Kultur im Kreis geht.

Zweitens sind wir als DIE LINKE jetzt im Aufsichtsrat der Abfallwirtschaft Schleswig-Flensburg, der ASF, vertreten. SSW und SPD sind es nicht. Dazu muss man wissen, dass dieser Aufsichtsrat als Kontrollgremium zu-

ständig ist für ein Unternehmen, bei dem es zum Beispiel um die Höhe der Abfallgebühren geht oder auch um die Frage, welche Bereiche der Abfallwirtschaft der Privatisierung entzogen werden sollen und in kommunale Hände gehören. Deshalb ist für uns von Bedeutung gewesen, dass wir das in den Gesprächen mit der CDU erreicht haben.

Drittens hat unser Zusammengehen mit der CDU landesweit für einige Aufregung gesorgt. Das war gewollt, denn DIE LINKE ist dadurch über die Kreisgrenzen hinaus zu einer allseits akzeptierten Partei geworden mit der auch die CDU zusammenarbeitet, mit der man verlässliche Vereinbarungen treffen kann. Akzeptanz ist wichtig, wenn man Erfolg haben will. Wir sind im Kreis angekommen, natürlich auch durch unsere konstruktive und fachliche Arbeit im Kreistag davor.

Eines ist mir aber noch wichtig zu sagen: Die Absprachen mit der CDU betrafen nur die erste, die konstituierende Sitzung, wobei unsere Position von vornherein feststand. Weitere Absprachen hat es nicht gegeben. Jeder geht seinen eigenen Weg. Wir haben uns nicht einbinden lassen. Die Absprachen betreffen also auch nicht unser Eintreten „für soziale Belange und die Interessen der Bildung“ wie von Einigen behauptet wurde. Wir sind unabhängig und handeln auch so. Die anderen Fraktionen waren von dem Gesprächsergebnis überrascht und irritiert. Sie haben dabei vergessen, dass „fast fünfzig Prozent der Sitze im Kreistag“ eben keine Mehrheit sind.

Gegenwind: Reden denn jetzt alle mit allen? Gibt es wechselnde Mehrheiten?

Manfred Küter: Wir waren immer dafür, dass alle mit allen reden. Wir haben auch kein Problem mit wechselnden Mehrheiten. Man muss aber auch fragen, ob Entscheidungen aufgrund sachorientierter Diskussion oder aufgrund von Fraktionszwang entschieden werden. Wir haben uns durch die damalige Aufregung nicht beeinflussen lassen, obwohl es Kommentare von Grünen oder SSW gab wie die, dass „die Linken ... sich von der CDU an ihren Tisch haben ziehen lassen“* oder die CDU habe uns „mit eingebootet“**. Ich kann alle beruhigen: Wir wissen, was wir tun, und wir orientieren uns heute nicht an Blöcken und Fraktionen, sondern an Inhalten und Argumenten. Wir verhandeln er-

folgsorientiert auf der Grundlage unseres Wahlprogramms. Das erwarten auch unsere Wählerinnen und Wähler. Bei unseren Entscheidungen stimmen wir keiner Sache mit Bauchschmerzen zu, wir lassen auch keine Sachzwänge als Argumente gelten, wir machen keine faulen Kompromisse. Nach meiner Ansicht gibt es immer eine Alternative. Wir stimmen nur dann zu, wenn es uns vertretbar erscheint.

Gegenwind: Ein Sachzwang könnte die Haushaltssituation sein. Der Kreis hat einen knappen Haushalt, durch das FAG sollen die Zuwendungen des Landes gekürzt werden, weil sie für Städte erhöht werden sollen. Wir kommt ihr damit zurecht? Bleiben freiwillige Leistungen auf sozialem Gebiet erhalten?

Manfred Küter: Als Einzelabgeordneter kann ich natürlich nichts alleine durchsetzen. Die Haushaltspolitik war und ist für uns immer eine wichtige Sache. Dort entscheidet sich, welche Gelder wo und für was ausgegeben werden. Mit unserem Ansatz bieten wir Alternativen zur bestehenden Politik. Uns geht es um die Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfreiheit und um eine solide und nachhaltige Finanzierung der Kommunen. Wir sind für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen Schuldenabbau um jeden Preis. Eine mittelfristige Finanzplanung muss mehr sein als die Jagd nach der „schwarzen Null“. Wir sind deshalb gegen eine reine Mangelverwaltung und den Schuldenabbau als einzigen Maßstab. Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Investitionsstau müssen immer mit berücksichtigt werden, wenn man den Haushalt gestaltet. Betriebswirtschaftlich gedacht, muss der Haushalt langfristig gedacht werden. Es wird immer wieder gesagt, es gäbe kein Geld. Wir sagen, es gibt immer eine Alternative. Wer heute bei den niedrigen Zinsen kein Geld investiert, zum Beispiel in marode Straßen, der muss diese Reparaturen in den kommenden Jahren wesentlich teurer bezahlen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat? Bekommst du als Einzelabgeordneter alle Informationen?

Manfred Küter: Was die Verwaltung angeht, kann ich mich nicht beklagen. Seit 2008 war die Zusammenarbeit äußerst positiv. Wir konnten uns jederzeit mit Fragen und Problemen an die Kreisverwaltung wenden. Ich



ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER · 68/2015 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
THEMA
**ALLES
KLASSE HIER –
»»KLASSIS-
SISMUS««**
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

sehe aber ein Problem: Wer macht im Kreistag die Politik? Gibt der Kreistag die Linie der Politik vor, und die Verwaltung arbeitet nach diesen Vorgaben? Oder nickt der Kreistag nur die Vorschläge des Landrates und der Verwaltung ab? Ist der Kreistag nur der verlängerte Arm der Verwaltung? Hier stehen sich ehrenamtlich tätige Kreistagsabgeordnete und eine Verwaltung gegenüber, die mit sehr vielen Vollzeit-Mitarbeitern arbeiten kann. Da müssen wir als Kreistagsabgeordnete in Zukunft besser aufpassen, dass wir uns nicht für fremde Interessen instrumentalisieren lassen.

Gegenwind: Wie ist die Situation im Bildungssektor? Ihr habt als relativ großer Kreis viel mit der Schülerbeförderung zu tun. Außerdem wollt ihr die Schulsozialarbeit ausbauen. Welche Forderungen habt ihr, wie setzt ihr sie durch?

Manfred Küter: Wir haben in den Kulturausschuss, der ja für die Bildung zuständig ist, einen ehemaligen Gesamtschuldirektor einer großen Berliner Gesamtschule entsandt. Wir sind dort also mit einem hohen Sachverstand vertreten. Noch einmal gesagt: Wir können mit einer Person nicht alles gestalten, aber zu unseren wesentlichen Zielen gehören eine zukunftssichere Konsolidierung der Bibliotheken und Fahrbüchereien, die langfristige Sicherung der Stellen in der Schulsozialarbeit und die Abschaffung der Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung. Ansonsten reagieren wir auf das, was andere Parteien einbringen.

Gegenwind: Ihr habt auch das TTIP zum Thema gemacht. Was wollt ihr auf Kreisebene dazu erreichen?

Manfred Küter: DIE LINKE lehnt TTIP völlig ab. In der aktuellen Situation wollen wir einen vernünftigen Antrag, eine vernünftige Resolution des Kreistages zu dem Handelsabkommen TTIP erreichen. Einer unserer Schwerpunkte in unserer politischen Arbeit ist der, dass wir uns als DIE LINKE als Sprachrohr für außerparlamentarische Gruppen verstehen, so auch bei TTIP. In der letzten Kreistagsperiode haben wir uns außerparlamentarisch engagiert bei CCS und Fracking, bei der Forderung nach einem gentechnikfreien Kreis oder als die Mittel für Bibliotheken oder Fahrbüchereien gekürzt wurden. In allen Punkten haben wir mit außerparlamentarischen Gruppen zusammengearbeitet.

Das Thema TTIP ist von der SPD in die Septembersitzung des Kreistages eingebracht worden, wurde beraten und auf die Sitzung im Dezember verlagert. Dazu hatte DIE LINKE den SPD-Antrag in einigen Punkten konkretisiert. Andere Parteien haben im Kreistag eine unklare und auch schwankende Position vertreten. So wurde für die Dezembersitzung 2014 für einen gemeinsamen Antrag möglichst vieler Fraktionen im Kreistagsprotokoll festgehalten, dass die dort erreichte Einigung „entsprechend der neuen Formulierungen redaktionell angepasst“ werden soll. Die abschließende Beschlussfassung sollte dann in der nächsten Kreistagsitzung erfolgen.

Inhalte dieser Kreistagsresolution waren u.a. die Forderung nach einer offiziellen deutschen Übersetzung vom TTIP-Vertragstext, die Forderung nach einer Positivliste im Vertrag. Das Abkommen muss befristet und kündbar sein, es darf keinen Investorenschutz geben, keine privaten Schiedsgerichte. Ich hatte gedacht: Das ist die Basis, auf der wir eine Einigung im Kreistag finden können, über fast alle Parteien hinweg. Nach der Vertagung mussten wir dann im Januar zur Kenntnis nehmen, dass die CDU und die SPD sich auf einen neuen Antrag geeinigt hatten, der in der Februar-Sitzung des Kreistages ohne Diskussion durchgewinkt werden sollte. Diesem Verfahren hatten sich Grüne und SSW angeschlossen.

Das hat mich dann doch sehr irritiert, denn der neue Antrag bedeutete eine wesentliche Verschlechterung. Er bietet Schlupflöcher für die Befürworter von TTIP, die in der vorangegangenen Diskussion nach meiner Wahrnehmung keiner wollte. Der erste Antrag lehnte TTIP ab, der zweite orientiert sich an der Resolution der kommunalen Spitzenverbände, beschränkt sich auf die Auswirkungen auf die Städte, Kreise und Gemeinden. Dieser zweite Antrag vergisst, dass TTIP nicht nur auf die Arbeit des Landrates und des Kreises auswirkt, sondern auf alle Lebensbereiche der Menschen im Kreis. Wir haben das Verfahren über die Geschäftsordnung gestoppt, mit hoher Wahrscheinlichkeit wird in der März-Sitzung über TTIP abschließend diskutiert und abgestimmt.

Gegenwind: Ein weiteres Thema im Kreis ist die Diskussion über das Fracking. Was ist hier konkret geplant? Wie wollt ihr damit umgehen?

Manfred Küter: Fracking ist ein Thema, bei dem wir uns auch in der Vergangenheit intensiv mit den anderen Gruppen zusammengeschlossen haben. Im Kreis ist das Bohren nach Öl in Steinbergkirche und den umliegenden Gemeinden ein aktuelles Thema. Es wird befürchtet, dass das Bohren nach Öl mit erheblichen Gefahren verbunden ist für die dort lebenden Menschen und die Natur. Im Augenblick ist das aber noch ein örtliches Thema, mit dem der Kreistag noch nicht befasst ist. Der Widerstand dagegen befindet sich in den Gemeinden noch im Aufbau, an dem sich auch unsere Mitglieder beteiligen.

Gegenwind: Welche Themen werden bis zum Ende der Wahlperiode noch Schwerpunkte für DIE LINKE sein?

Manfred Küter: Wir werden weiterhin im Bildungsbereich tätig sein. Wir werden unseren Schwerpunkt im Haushaltsbereich setzen. Da wir im Kreis nur mit einem Einzelabgeordneten sind, wissen wir, dass wir allein keine Gestaltungsmehrheit haben. Unsere Aufgabe ist es deshalb, auf der Grundlage unseres Programms Gegenpositionen aufzuzeigen und zu vertreten. DIE LINKE wirkt als sozialer Korrekturfaktor, nimmt Einfluss, wobei der Mensch im Mittelpunkt steht. Wir greifen das eine oder andere Thema auf, das andere nicht so gern aufgreifen möchten. In dieser Periode ist es uns gelungen, das Thema der neuen Rettungswache im Kreis neu in die Diskussion zu bringen. Der Bedarf ist da, muss nach Gesetz erfüllt werden, und es war abgesprochen, wo die Rettungswache hinkommen soll und wer die betreiben kann. Es fehlt die Zustimmung der Gremien. Die Linke hat maßgeblich zusammen mit zwei anderen Abgeordneten von der CDU und den Grünen dafür gesorgt, dass es jetzt einen neuen Standort gibt. Das zeigt, dass wir uns in aktuelle Diskussionen einklinken und unsere Maßstäbe einbringen.

* vgl. Interview mit dem SSW, **Gegenwind** Nr. 309, S. 19

** vgl. Interview mit den Grünen, Sonderheft Februar 2014, **Gegenwind** 305, S. 6

„... gute Kontakte zu den Bürgerinitiativen“

Herbert Frommer, Kreistag Nordfriesland

Gegenwind: Kannst du dich als erstes vorstellen?

Herbert Frommer: Ich bin vor 15 Jahren aus Baden-Württemberg nach Nordfriesland gekommen und lebe seitdem in Husum. Seit der letzten Kommunalwahl bin ich Mitglied des Kreistages. Außerdem bin ich Stadtverordneter der Stadt Husum.

Gegenwind: Wie war das letzte Wahlergebnis, auch im Vergleich zur vorigen Periode?

Herbert Frommer: In der vorigen Periode hatten wir eine Fraktion im Kreistag mit zwei Abgeordneten, das damalige Ergebnis konnten auch wir nicht mehr erreichen, wir haben jetzt nur noch einen Sitz bekommen. Ich bin fraktionsloser Abgeordneter im Kreistag.

Gegenwind: Wie sind insgesamt die Mehrheitsverhältnisse? Was kann ein einzelner Abgeordneter erreichen?

Herbert Frommer: Im Kreistag haben wir ein sogenanntes Jamaica-Bündnis, bestehend aus CDU, Grüne, FDP und einem von den Piraten. Sie haben eine Art Regierung in Nordfriesland gebildet, was eigentlich nicht sein darf. Es ist ein Bündnis mit einer Mehrheit von 29 Sitzen gegenüber SPD, Freien Wählern, SSW, Die Linke mit zusammen 23 Sitzen. Somit ist der Kreis Nordfriesland CDU-bestimmt. Sie regieren, wie sie wollen. Auf der anderen Seite sind nicht immer alle da, es fehlen mal welche auf der einen

oder anderen Seite. So verschieben sich die Mehrheiten. Wir können uns zuschreiben, dass wir den jetzt amtierenden Landrat gewählt haben. Mit unserer Stimme haben wir erreicht, dass das Los entscheiden musste, und der bisherige Landrat, der aus der Wählergemeinschaft Nordfriesland kommt, hatte das Glück auf seiner Seite. Die eine Stimme hat also manchmal Gewicht.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat? Bekommen alle Abgeordneten die gleichen Informationen? Oder werden Fraktionen bevorzugt?

Herbert Frommer: Alle Kreistagsabgeordneten bekommen die gleichen Informationen. Ich bin im Nachteil, weil wir keine Fraktion haben. Ich habe also sonst nur noch meine Partei hier, den Kreisvorstand und den Verband.

Gegenwind: Ein Thema im Kreistag ist das FAG. Wie steht die Mehrheit dazu, wie steht die Linke dazu?

Herbert Frommer: Es tut natürlich immer weh, wenn man weniger Geld bekommt als gedacht. Der Kreis Nordfriesland ist deshalb einstimmig gegen die vorgesehene Neuaufteilung. Der Kreis bereitet eine Klage vor. Man möchte auch noch andere Kreise mit ins Boot nehmen. Gleichzeitig wird berichtet, dass die Gemeinden freiwillig die Hälfte der nun fehlenden Mittel übernehmen wollen, beim Kreis Nord-

friesland handelt es sich um 3 Millionen. Die Kommunen wollen offenbar nicht in eine Situation kommen, in der der Kreistag durch eine Erhöhung der Kreisumlage entscheidet, dass sie eventuell noch mehr zum Ausgleich des drohenden Defizits beitragen müssten als mit diesen 3 Millionen. So versucht man, das Beste aus der Situation zu machen. Es drohen dennoch Kürzungen im sozialen Bereich – mit Kürzungen in diesem Bereich wird auch in anderen Situationen gedroht. Ich habe gegen eine Klage gestimmt, weil das FAG sowieso noch nachgebessert werden soll. Danach kann man immer noch klagen. Ein Teil des SSW war auch dieser Meinung.

Gegenwind: Ein weiteres Thema ist der öffentliche Nahverkehr. Nordfriesland ist der größte Kreis, wer kein Auto hat, ist auf die Busse angewiesen. Welche Position vertritt die Linke dabei?

Herbert Frommer: Die Situation ist ziemlich schlimm. Es gibt jetzt Gemeinden, die Bürgerbusse angeschafft haben, diese werden gemeinschaftlich finanziert, ohne den Kreis. Vereine organisieren die Fahrbereitschaft. Die Linke fordert natürlich auch hier mehr und besseren öffentlichen Nahverkehr. Die Dörfer leeren sich mehr und mehr, sie werden abgekoppelt. Die Älteren haben wenige Möglichkeiten, in die Städte zu kommen. Sie können sich am gesellschaftlichen Leben dann nicht mehr angemessen beteiligen. Essen gehen, Kino oder Theater gibt es für sie nicht mehr.

Gegenwind: Ist im Kreisverband diskutiert worden, wie man zu Bürgerbussen steht? Das bedeutet ja, der Staat zieht sich aus der Daseinsvorsorge zurück, die Bürger ersetzen das durchs Ehrenamt.

Herbert Frommer: Die Bürgerbusse sind auch Folge der Politik der CDU und der Schuldenbremse. Wir waren immer gegen die Schuldenbremse, es muss investiert werden. Wir investieren nicht mehr in Bildung, nicht mehr in die Infrastruktur und soziale Einrichtungen, nicht mehr in den öffentlichen Nahverkehr, nur um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

Gegenwind: Ein weiteres Thema ist der Küstenschutz. Wo liegen die Probleme, welche Position hat die Linke?

Herbert Frommer: Küstenschutz ist immer Thema in der Region, aber nicht das große Thema aktuell. Es geht vorrangig immer wieder um Sylt, hier vor allem um Sandvorspülungen, und um die Qualität und Höhe der Deiche. Die Einflüsse der Naturgewalten werden nicht geringer. Wir müssen hier aber auch die Sicherung und die Entwicklung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer im Blick haben. Der Nationalpark, seit einigen Jahren auch UNESCO Weltenerbe, hat eine eminent wichtige Funktion für die gesamte Westküste und darüber hinaus. Der Nationalpark hat nicht nur eine außerordentlich große, ja internationale ökologische Bedeutung, er ist wegen der Artenvielfalt und der landschaftlichen Schönheiten auch touristisch von herausragendem Wert.

Gegenwind: Nach der Diskussion über CCS habt ihr jetzt die Diskussion über Fracking. Welche Position hat die Linke? Wie steht es da mit den Mehrheiten im Kreistag?

Herbert Frommer: Der Kreistag ist einstimmig dagegen. Auch die Städte und Gemeinden lehnen CCS und Fracking ab. Der Kreis sowie viele Städte und Gemeinden unterstützen sogar die sehr aktive regionale Bürgerinitiative.

Gegenwind: Welche konkreten Vorhaben gibt es hier?

Herbert Frommer: Hier sind zwar noch keine Genehmigungen erteilt worden, allerdings sind Lizenzen für die Suche gemäß dem geltenden Bergrecht vergeben worden. Das Energiewendeministerium hat es versäumt, die betroffenen Gemeinden zu beteiligen. Wir unterstützen selbstverständlich die Empfehlung der Bürgerinitiative, Widerspruch gegen die erteilten Lizenzen einzulegen. Ebenfalls wird die Forderung unterstützt, das unzureichende Bergrecht zu novellieren. Einige von uns sind Mitglied in der BI und oder auf andere Weise aktiv. Wir haben uns an mehreren Veranstaltungen beteiligt und versuchen, dort auch das Interesse auf andere Aspekte des Schutzes unserer Lebensgrundlagen zu lenken.

Gegenwind: Die Wahlperiode ist zur Hälfte um. Was für Schwerpunkte sind bis zum Ende noch geplant? Welche Themen kommen noch auf dich zu?

Herbert Frommer: Man darf unsere Position mit einem Sitz nicht über-

bewerten. Nur wenn die Mehrheiten schwanken, sich keine Seite sicher durchsetzen kann, dann kommt es auf meine Stimme an. Wir erhalten Informationen und sammeln natürlich wichtige Erfahrungen. Im Kreisvorstand berichte ich über die Sitzungen, wir diskutieren die wesentlichen Punkte gemeinsam. Zusätzlich zur Arbeit im Kreistag können wir erfreulicherweise auch immer wieder mal Presseerklärungen durchbringen. Es gibt gute Kontakte zu den Bürgerinitiativen, die wir ausbauen wollen.

Gegenwind: Es gibt ja nicht nur einen Kreistagsabgeordneten, sondern auch einen Kreisverband. Wie wird die Arbeit innerhalb und außerhalb des Kreistages koordiniert?

Herbert Frommer: Wir treffen uns einmal im Monat bei einer Kreisvorstandssitzung. Dort behandeln wir alle aktuellen Punkte. Ich berichte aus dem Kreistag und der Stadtverordnetensitzung. Die Themen kommen auch aus den Bürgerinitiativen. Zunächst geht es um die Information, und dann klären wir, wo und wie wir aktiv werden.

Ein wichtiges Thema für uns ist die geplante 380-kV-Trasse. Man will sie, damit der Windstrom vom Norden der Republik in den Süden transportiert werden kann. Nach den sogenannten „Bürgerdialogen“ gibt es neue Widerstände, da der Vorhabensträger, der Konzern TENNET, von der ursprünglichen Planung abweicht, die zugesagten Änderungen nicht eingehalten hat. Im Rahmen der Bürgerdialoge ist eine auch von uns befürwortete generelle Erdverkabelung gefordert worden, die der Energiewendeminister jedoch abgelehnt hat. Es wird jetzt auch wieder mit Recht diskutiert, ob die Trasse in dieser Größenordnung überhaupt nötig ist, weil sie überdimensioniert ist und zudem Speichermöglichkeiten genutzt werden könnten.

Ein weiteres Thema mit großer Bedeutung für die Region ist der Sylt-Shuttle. Die Strecke soll für die neue Betriebszeit, die 2016 beginnt, neu vergeben werden. Außer der DB AG hat sich das nordamerikanische Unternehmen RDC für die lukrative Strecke beworben. Da befürchtet wird, dass die DB AG sich bei einer Vergabe an RDC noch stärker aus der Region zurückzieht und neues Konfliktpotenzial auf der teilweise immer noch eingleisigen Strecke Niebüll – Westerland entsteht, sind sogar die Neoliberalen von der CDU plötzlich für einen Ver-



bleib des Betriebs des Sylt-Shuttle bei der DB AG. Wir fordern einen Ausbau und eine Verbesserung der vergleichsweise weit zurückgebliebenen Bahninfrastruktur an der gesamten Westküste von Itzehoe bis Westerland und bis Esbjerg in Dänemark.

Ein großes Thema ist nach wie vor die B 5 zwischen Tönning und Bredstedt. Auf dem Streckenabschnitt Tönning - Husum ist ein dreispuriger Ausbau geplant, zwischen Husum und Bredstedt sind 4 Ortsumgehungen vorgesehen. Die gegenwärtige Strecke ist besonders gefährlich, dort ereignen sich immer wieder schwerste Unfälle, auch mit Todesopfern. Wir sind dafür, dass solche Straßen möglichst rasch entschärft, also sicherer gestaltet werden. Dazu sind keine aufwändigen Planungsverfahren notwendig. Planungsverfahren ziehen sich über Jahre und Jahrzehnte hin, manchmal auch, weil es berechnete Einwände gibt. Der Ausbau der Bahninfrastruktur soll unserer Auffassung nach grundsätzlichen Vorrang haben, die Bahn ist das sicherste, umweltfreundlichste und leistungsfähigste Verkehrsmittel. Zu dieser Bahninfrastruktur gehören durchaus auch die Straßenanbindungen, natürlich ausreichend Park-and-Ride-Plätze und überdachte Fahrradunterstellmöglichkeiten sowie attraktive Bahnhöfe mit Warteräumen und Einkehrmöglichkeiten.

„... holt einen manchmal leider die Realität ein“

Michael Schilke, Kreistag Dithmarschen

Gegenwind: Kannst du dich zuerst vorstellen?

Michael Schilke: Mein Name ist Michael Schilke, ich bin 49 Jahre alt, ledig und bin von Beruf Systemadministrator, also EDV-Fachmann. Ich arbeite in einer großen Einrichtung, die sich um Menschen mit Handicaps kümmert, das ist die Stiftung Menschen in Meldorf. Es ist meine erste Wahlperiode im Dithmarscher Kreistag. Vorher war ich politisch im Kreisvorstand Dithmarschen tätig.

Gegenwind: Wie war die Linke in der vorigen Wahlperiode im Kreistag vertreten?

Michael Schilke: Die war relativ stark vertreten mit vier Abgeordneten. Bei der letzten Wahl ist es leider nicht so gut gelaufen für uns. Das liegt wohl am Landestrend, der sich quer durch ganz Schleswig-Holstein abgezeichnet hat bei der Wahl 2013. Ich bin ja nicht der einzige Einzelkämpfer im Kreistag, da gibt es in anderen Kreisen dieselben Schicksale.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Kreis? Wie kannst du dich als Einzelabgeordneter behaupten?

Michael Schilke: Ich bin vielleicht mit zu großen Illusionen gestartet. Die FDP hat mit der CDU zusammen nicht die absolute Mehrheit, sondern kann nur ein Stimmen-Patt erreichen. Sie brauchen in jedem Fall für die Mehrheit die Stimmen der Wählergemein-

schaft, des Piraten, der auch Einzelkämpfer ist, oder der SPD oder der Grünen oder der Linken, also von mir. Aber das heißt im Gegenzug, wenn wir etwas gegen FDP und CDU durchsetzen wollen, müssten wir alle Leute bei der Stange halten und überzeugen, gemeinsam zu stimmen, um diese Mehrheit zu brechen.

Gegenwind: Wie sieht es in der Praxis aus? Gibt es wechselnde Mehrheiten oder muss man sich immer am Block CDU-FDP orientieren?

Michael Schilke: In den meisten Fällen ist es so, dass die Mehrheitsfindung recht eindeutig ist. Das ist auch dem finanziellen Rahmen des Kreises Dithmarschen geschuldet. Das heißt, dass die SPD, Grüne, Piraten und ich auch zustimmen, weil man einfach nicht anders entscheiden kann. Diese Entscheidungen sind oft einstimmig, die Entscheidungen werden auch gut in den Ausschüssen vorbereitet und von der Verwaltung gut transportiert. Allerdings gibt es auch ein paar Themenbereiche, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Das Witzige an der Sache ist, dass man vielfach in großen Themenbereichen wie jetzt dem BBZ oder dem Vielzweckhafen in Brunsbüttel Gutachten bestellt, die mit erheblichem finanziellen Aufwand erstellt wurden, und dass Politik manchmal dazu neigt, sich gegen die Gutachtermeinung auszusprechen. Insbesondere in diesen Fällen kann es zu Differenzen kommen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis der Verwaltung und des Landrates zur Selbstverwaltung? Erhalten die Abgeordneten alle Informationen?

Michael Schilke: Wir bekommen grundsätzlich alle Informationen. Da ich keinen Fraktionsstatus habe und der Pirat auch nicht, sind wir was die Räume betrifft benachteiligt. Wir haben keinen Beratungsraum im Kreishaus. Am Anfang wurden wir zu den Vorabgesprächen der Fraktionsvorsitzenden nicht eingeladen, das hat sich nach unserer Intervention geändert. Das Verhältnis zwischen Abgeordneten und der Verwaltung in Dithmarschen ist gut.

Gegenwind: Ein Thema, das euch beschäftigt, ist das Konzept für den Hafen Brunsbüttel. Wo liegen die Probleme, was wollt ihr erreichen?

Michael Schilke: Die letzte Bundesregierung hatte geplant, 25 Gigawatt an Windparks und Anlagen in der Nordsee zu installieren. Unter der jetzigen Bundesregierung ist man zurückgerudert und plant nur noch 15 Gigawatt. Das bedeutet einen Rückgang von 40 Prozent. Damit hat sich die Ausgangslage für den Hafen Brunsbüttel signifikant verändert. Wir haben zwei Häfen, die derzeit Windparks beliefern, nämlich Cuxhafen und Brunsbüttel. Alle geplanten, alle bestehenden und auch für die Zukunft in Aussicht stehenden Windparks können beide alleine beliefern. Wir haben noch Eemshaven in Holland und Esbjerg in Dänemark, und Siemens hat sich im Hinterland von Esbjerg angesiedelt. Siemens wird die Produktionsstätten nicht verlegen. Am Anfang wurde von der Verwaltung und der Stadt der Vielzweckhafen so verkauft, dass man sagte, wir möchten die Windparks beliefern, und wir möchten als sogenannter Basishafen gelten. Aufgrund der Zahlen, die ich gerade genannt habe, wäre es äußerst schwierig, das Ziel weiter zu verfolgen. Man hat sich überlegt, solch ein Hafen sollte nicht nur Windparks beliefern, sondern man könnte auch Maschinenbauer oder andere Industrie im Hinterland ansiedeln. Ich glaube, das haben andere Häfen auch schon probiert. Ein vergleichbares Projekt wurde in Emden geplant, das wurde jetzt bis aufs Weitere eingestellt. Es gibt drei Szenarien, aber nur bei einem Szenario würde sich der Betrieb ökonomisch lohnen. Da wären die Voraussetzungen, dass die Stadt Brunsbüttel als Eigentümerin alle Investitionen

übernimmt. Ich als Linker bin der Subventionierung von Arbeitsplätzen nicht ganz abgeneigt, aber es ist eine Frage des Preises. Und der Preis ist zu hoch.

Gegenwind: Welches Konzept hat die besten Chancen? Was kann ein linker Abgeordneter tun, um seine Position zu Gehör zu bringen?

Michael Schilke: Der einzige Weg, der uns bleibt, ist die Debatte im Parlament und die Verbreitung über Medien, wie hier jetzt beim Interview. Wir werden aber nicht die einzigen sein, denn diese Studie vom Fraunhofer-Institut wurde von der Landesregierung in Auftrag gegeben, die würde ja zu 90 Prozent den Hafen finanzieren, „nur“ 10 Prozent lägen bei der Stadt, bei einem Volumen von 70 Millionen Euro. Das sind geplante 70 Millionen, das könnte durchaus höher werden. Die 10 Prozent würden beim Kreis Dithmarschen, dem Kreis Steinburg und der Stadt Brunsbüttel verbleiben. Insofern wird die Landesregierung schon sagen, es lohnt sich nicht.

Gegenwind: Der Kreis Dithmarschen hat das Land überall das Problem, dass junge Leute in die Städte ziehen, und danach fragen sich alte Leute, ob sie auf dem Land bleiben wollen, wenn der öffentliche Verkehr immer mehr ausgedünnt wird. Was sind aus deiner Sicht, aus linker Sicht die Aufgaben des Kreises? Werden sie so erledigt wie die Linke sich das vorstellt?

Michael Schilke: Nach der Prognose von 2011 ist ein Bevölkerungsverlust von 7,2 Prozent bis zum Jahre 2025 zu erwarten. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren von 22 auf 30 Prozent zu. Der Anteil der Menschen unter 20 Jahren fällt von 22 auf 16 Prozent ab. Das wird Auswirkungen in verschiedenen Bereichen haben. Welche kommunalen Strukturen können erhalten bleiben? Wie sieht es aus mit dem öffentlichen Verkehr? Wie sieht es aus mit dem Wohnraum? Wie sieht es aus mit der medizinischen Versorgung? Was passiert mit der Pflege, das Thema wird verstärkt auf uns zurollen! Wie sieht es aus auf dem Arbeitsmarkt? Denn es gehen dadurch auch viele Fachkräfte verloren. Und leider hat Dithmarschen nicht den höchsten Bildungsstand, im Ranking von 73 Kreisen und kreisfreien Städten sind wir auf Platz 58 gelandet. Da ist viel zu machen, aber viele Bereiche liegen nicht im Aufgabengebiet des Kreises. Die Landesplanung ist ge-



fragt, die Wirtschaftsförderung und andere. Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs müssen wir bestehende Verträge verlängern und dabei darauf achten, dass es für den Bürger eine bessere Verbindung als in der Vergangenheit gibt. Ungefähr 90 Prozent des Fahrgastaufkommens ist aber die Schülerbeförderung, und im Bereich der Schulen haben wir einen Rückgang von 30 Prozent an Kindern in den nächsten Jahren zu erwarten. Wir stehen vor enormen Problemen.

Gegenwind: Welche Konzepte hat die Linke? Wie setzt sie die durch?

Michael Schilke: Wir haben in unserem Wahlprogramm im Vorfeld sehr viel gefordert. Wenn man als Abgeordneter im Parlament sitzt, holt einen leider manchmal die Realität ein. Konzepte sind zwar vorhanden, sind aber nicht durchsetzbar. Sie würden Unmengen an Geld verschlingen, die der Kreis definitiv nicht aufbringen kann. Das holt mich als Abgeordneten immer wieder ein. Wir müssen mit den vorhandenen Mitteln versuchen auszukommen. Aber gerade im Bereich des ÖPNV sind wir auf einen guten Weg, von 3,8 Millionen Euro, die der Kreis im Moment bezuschusst, auf 7,8 Millionen zu kommen. Damit verbunden sind auch Forderungen, die wir im Wahlkampf gestellt haben, mit abge-

deckt. Die Hauptlinien müssen gestärkt werden, dass die Busse stündlich fahren. Die Barrierefreiheit muss geschaffen werden, das ist in Dithmarschen noch überhaupt nicht gegeben. Wenn jemand mit einem Rollstuhl an der Bushaltestelle steht, muss er beim Busunternehmen anrufen und fragen, ob ein Bus kommt, der mich mitnehmen kann. Ansonsten muss der Unternehmer einen Ersatzbus schicken, das ist derzeit die Praxis, davon müssen wir natürlich weg. Man muss die Bushaltestellen ausstatten, es gibt bestimmte Standards, die man sich wünschen kann, die aber viel Geld kosten. Schön wäre es, wie in Berlin oder Hamburg, wenn man an der Anzeigetafel gleich sehen kann, wann der nächste Bus kommt. Für Dithmarschen wäre es schon gut, wenn an jeder Bushaltestelle steht, wo man sich befindet. Wenn man ortsfremd ist, weiß man gar nicht, an welcher Bushaltestelle man gerade steht.

Gegenwind: Was liegt bis zum Ende der Wahlperiode noch an? Was willst du noch durchsetzen?

Michael Schilke: Bei allen bestehenden Themen, die ich jetzt angesprochen habe, will ich darauf achten, dass es so läuft. Ein weiteres Thema ist, dass in Heide gerade diskutiert wird, die Kreisverwaltung und die

Stadtverwaltung in einem Gebäude unterzubringen. Man erhofft sich Synergieeffekte, das ist klar. Wir als Linke müssen darauf achten: Was heißt das für die einzelne Mitarbeiterin und den einzelnen Mitarbeiter? Welche Rationalisierungsmaßnahmen werden da angeschoben? Heißt es Mehrbelastung? Beim Westküstenklinikum, dem WKK, wo der Kreis auch Mitträger ist, oder beim Berufsbildungszentrum BBZ müssen wir fragen: Was ist mit den externen Dienstleistern? Dabei geht es zum Beispiel um die Reinigungskräfte. Wie werden sie entlohnt, wenn sie gute Arbeit im Akkord leisten müssen? Das ist mein Hauptanliegen. Und dann kommt es darauf an: Wird das Versorgungskonzept des Kreises in Bezug auf die Kindertagesstätten umgesetzt? Ist es möglich, auch als Alleinstehende oder Alleinstehender sein Kind auch ganztags betreuen zu lassen? Das ist im Augenblick in Städten unter 4.000 Einwohnern sehr kritisch. Man muss weite Wege fahren, da müssen Verbesserungen her. Aber auch da ist die Frage, wie das am Ende finanziert wird.

Ein für mich wichtiger Punkt ist die ärztliche Versorgung auf dem platten Land. Derzeit sind wir schon unterversorgt. Die Prognose bis 2025 rechnet nur noch mit der Hälfte der niedergelassenen Ärzte. Für Ältere und Schwächere oder Familien mit Kindern bedeutet das enorme Fahrtwege und Wartezeiten. Ich sehe noch keinen Ansatz, wie wir das verbessern können. In England gibt es den Landarzt, der relativ gut bezahlt wird und bei der Gemeinde angestellt ist. Darüber haben wir noch gar nicht nachgedacht. Es gibt die Möglichkeit, Ärztezentren zu errichten, wo die Gemeinde die Infrastruktur stellt und sich dann Ärzte ansiedeln sollen. Das gleiche Problem haben wir im Pflegebereich. Die jetzt dort Tätigen werden immer älter und haben in einigen Städten ein Durchschnittsalter von 60 Jahren erreicht. Aber auch das ist eine Frage von gerechter Entlohnung.

„Ich weiß, was ich nicht weiß und nicht verstehe“

Bernd Friedrich, Kreistag Plön

Gegenwind: Kannst du dich zu nächst vorstellen?

Bernd Friedrich: Mein Name ist Bernd Friedrich. Ich bin Kreistagsabgeordneter für die Linke, zum zweiten Mal. Ich bin alleine im Kreistag, also Einzelkämpfer.

Gegenwind: Wie war die Situation im vorigen Kreistag?

Bernd Friedrich: In den vorigen Kreistag sind wir mit drei Leuten hineingekommen. Das war die erste Wahl, zu der wir angetreten sind. Wir sind aus dem Nichts nach oben geschossen. Es hat sich dann gezeigt, dass die Auswahl der Kandidaten schwierig war, weil alles in die Partei strömte. Man hatte Kandidaten, von denen man gar nicht wusste, wo es mit ihnen hingehet. In der Tat ist die Fraktion auch auseinandergebrochen. Zwei haben dann mit einem Neumünsteraner Kreis unter dem Namen „Linksbündnis“ etwas anderes gemacht. Ich war fast vierzig Jahren bei der SPD, dann trat ich in die Linke ein. Danach hatte ich keine Lust mehr auf Wechsel. Statt dessen wollte ich mithelfen, die Linke zu einer emanzipatorischen, demokratischen und konsequent sozialen Partei weiter zu entwickeln.

Gegenwind: Wie ist der Kreistag insgesamt zusammengesetzt? Welche Möglichkeiten hat man als Einzelkämpfer?

Bernd Friedrich: Als Einzelkämpfer hat man zunächst wenig Einflussmöglichkeiten. Im Plöner Kreistag aber gab es für mich eine interessante Entwicklung. Der Kreistag hat 45 Mitglieder. Er hat die Besonderheit, dass die SPD, die FWG und die Grünen eine Art Koalition gebildet haben – sie nennen es Kooperation. Sie koordinieren ihre Politik, stimmen gemeinsam ab. Und das sind zusammen 22 Abgeordnete. Und der „Gegenblock“, die CDU, die FDP und die UWG, hat auch 22. 45 sind wir, und dadurch kam ich in eine strategisch wichtige Position, ich bin Nummer 23. Und ich habe in der Tat einige wichtige Kreistagsbeschlüsse mit meiner Stimme entschieden. Das ergab sich daraus, dass da zwei Blöcke sind, die sich gegenüberstehen und ich mich keinem Block anschloss. So bin ich keiner Seite verpflichtet und kann ohne Rücksicht auf andere politisch entscheiden und bin insoweit auch frei von irgendwelchen „Machtspielen“ und/oder anderen Zwängen. Im Einzelfall kann es natürlich auch taktische Überlegungen geben. Grundsätzlich gilt für die Teilnahme am Kreistag, dass er eine Bühne und ein Forum sein kann, wo man

seine politische Meinung in die Öffentlichkeit trägt.

Gegenwind: Kannst Du mit allen im Kreistag normal reden?

Bernd Friedrich: Da gibt es überhaupt kein Problem, auch wenn sich das Klima durch die ‚Blockbildung‘ in letzter Zeit verschlechtert hat.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Kreisverwaltung und zur Landrätin? Geben die alle Informationen heraus? Werden alle Abgeordneten gleich behandelt?

Bernd Friedrich: Wir haben jetzt eine Landrätin, die sehr offen und kooperativ ist. Auch mit der Kreisverwaltung kann kooperativ und konstruktiv zusammengearbeitet werden. Natürlich gibt es da und dort Probleme. Sie stellen aber die grundsätzlich gute Zusammenarbeit nicht in Frage. Allerdings gab es im vorigen Kreistag Probleme und erkennbare atmosphärische Störungen, die lagen aber daran, dass die CDU eine deutliche Mehrheit hatte und der Landrat auch von der CDU war. Die konnten nicht gut miteinander. Das ist mit der neuen Landrätin anders geworden. Es ist jetzt viel ruhiger und entspannter. Was die Frage der Gleichbehandlung betrifft, kann ich nicht klagen: Landrätin und Kreisverwaltung bemühen sich sehr, mich, gerade weil ich als Einzelner keinen Fraktionsstatus habe, überall mit einzubeziehen.

Gegenwind: Ein Problem im Kreis ist das Fracking oder die Vorbereitung dafür, die Aufsuchungserlaubnis. Wie ist da die Position der Linken, und die Stellung im Kreis?

Bernd Friedrich: Unsere Position ist eindeutig. Wir beziehen uns auf die Korbacher Resolution, wir wollen gar kein Fracking, auch nicht das nicht-toxische. Gerade das nicht-toxische wäre das, was in Schleswig-Holstein in Frage käme, weil wir Sandstein haben. Wir halten auch das nichttoxische Fracking für völlig überflüssig. Wir sind auch deshalb gegen Fracking, weil wir den Energiewandel von den fossilen Brennstoffen zu den erneuerbaren Energien aus ökologischen Gründen dringend brauchen. Im Prinzip sind alle Fraktionen im Kreistag gegen Fracking. Es hat allerdings im vorletzten Jahr einen merkwürdigen Vorgang gegeben. Im Frühjahr hatten wir auf der Basis der Korbacher Resolution entschieden: Kein Fracking! Und dann

wollten ausgerechnet die Grünen eine neue Vorlage einbringen, wollten ein Moratorium, und da war plötzlich die Rede davon, es gäbe ja auch ein untoxisches Verfahren. Ich sah darin eine Verwässerung unserer Frühjahrsresolution. Ich habe den Antrag gestellt, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt wird, weil wir im Frühjahr bereits alles gesagt hatten. Die paradoxe Situation war, dass, als ich das begründen wollte, ausgerechnet die CDU mir argumentativ beigesprungen ist. Und im letzten Moment hat der Fraktionsvorsitzende der SPD im Namen der Kooperation die Vorlage aus dem Verkehr gezogen.

Gegenwind: Gibt es konkrete Vorhaben im Kreis?

Bernd Friedrich: Es gibt hier Aufsuchungsgebiete, zum Beispiel Prasdorf. In Prasdorf fand auch die bisher größte Anti-Fracking-Demonstration statt.* Das Hauptproblem ist, dass das Ministerium mit diesen Aufsuchungserlaubnissen viel zu großzügig war. Man hat sich auf das Gesetz zurückgezogen, aber man hätte viel schärfer schon auf der ersten Ebene verhindern können. Jedenfalls hat sich gezeigt, dass das Umweltministerium unter Habeck nicht gerade an vorderster Front der Facking-Gegnerschaft stand. Aber im Kreistag ist die Linie einhellig, sogar die Kreis-CDU hat Anti-Fracking-Plakate aufgestellt. Viele Gemeinden haben gegen die Aufsuchungserlaubnisse inzwischen Protest eingelegt.

Gegenwind: Ein weiteres Thema von dir ist die Organisation des Jobcenters. Was willst du dort erreichen?

Bernd Friedrich: Das generelle Problem ist, dass schon unter der vorigen Ministerin von der Leyen die Parole ausgegeben wurde, es gäbe weniger Arbeitslose. Und so wurden die Zuschüsse an die Jobcenter gekürzt. Das führte dazu, dass das Jobcenter für seine Verwaltung Geld ausgab, das eigentlich für die Vermittlung gedacht war. Das Jobcenter wollte deshalb alle Außenstellen im Kreis schließen und nur ein Jobcenter in der Stadt Plön behalten. Alle hätten dorthin fahren müssen. Der Hauptausschuss des Kreises – der Kreis hat ja die Aufsicht – hat im November 2013 beschlossen, die Außenstellen Lütjenburg, Heikendorf und Preetz voll zu erhalten. Im Mai letzten Jahres stellte ich in Lütjenburg fest, dass das Jobcenter nur an zwei Tagen geöffnet ist. Ich habe das über mehrere Wochen beobachtet und Leu-

KOMMUNALES



te, die dort hinein- und herausgingen, angesprochen. Die Leute waren wütend. Sie konnten an den Tagen, an denen geschlossen war, nicht mal Papiere dort abgeben bzw. einwerfen. Ich habe mich offiziell bei der Landrätin beschwert, es kam dann zu einer Hauptausschusssitzung des Kreises. Da wurde vom Chef des Jobcenters verkündet, die teilweise Schließung sei notwendig, weil das Jobcenter sich in einer internen Fortbildung befinde und auf eine neue EDV-Anlage umstelle. Wir haben jetzt schon März 2015, von Mai bis jetzt sind das zehn Monate, und es ist immer noch nur an zwei Tagen besetzt. Und ich schon habe erlebt, dass auch an diesen zwei Tagen geschlossen war. Beschämend war und ist auch die Informationspolitik des Jobcenters. Die teilweise Schließung ist weder den Kunden des Jobcenters noch der Öffentlichkeit gegenüber hinreichend kommuniziert, geschweige denn begründet worden. Es gibt am Eingang keinen Briefkasten, nur Angaben zu den (veränderten) Öffnungszeiten. Es gab eine heftige Auseinandersetzung zwischen mir und dem Jobcenter, das stolz verkündete, es hätte sich noch nie jemand beschwert. Dem habe ich widersprochen, denn die Leute sind alle abhängig, da wird sich keiner beschweren, aber ich weiß, wie die Leute wirklich denken. Mein Ratschlag an das

Jobcenter, einmal ein sanktionsfreies Beschwerdemanagement zu entwickeln, dürfte wohl nur auf taube Ohren treffen. Lütjenburg ist im Kreis der Ort mit der größten Arbeitslosenzahl, den schlechtesten Sozialdaten. Wir wollen, dass das Jobcenter voll erhalten bleibt. Da ich mir nicht vorstellen kann, dass die Mitarbeiter des Jobcenters immer noch in der Fortbildung sind (wie lange die noch dauert, wann sie vermutlich beendet ist, darüber gibt immer noch keine Aussagen), bin ich überzeugt, dass die teilweise Schließung nur der Einstieg in eine schleichende, möglichst unauffällige Abwicklung der Geschäftsstelle Lütjenburg ist. Um es klar zu sagen: Als Linke sind wir gegen das ganze Hartz-4-System. Da es nun aber mal existiert, muss es für die Bedürftigen und Arbeitssuchenden da sein – ohne wenn und aber!

Gegenwind: Ein weiteres Thema von Dir ist die Schülerbeförderung. Sollen sich Eltern an den Kosten beteiligen?

Bernd Friedrich: Bis vor drei Jahren war die Schülerbeförderung bis zur 10. Klasse frei. Der Staat kann nicht in jedem kleinen Ort eine Schule unterhalten. Die Beförderung ist ein Teil der Bildungspolitik. Das war Konsens. Der ist von der Vorgänger-Landesregierung aufgehoben worden. Die Regierung hat den Kommunen beim Finanzausgleich 120 Millionen Euro vorenthalten. Die

Kommunen hatten überall große Probleme, und die Landesregierung wollte den Kreisen zusätzliche Einnahmen verschaffen. Das Land hat die Kreise gezwungen, die Elternbeteiligung wieder einzuführen. Im Kreis Plön macht das im Jahr ungefähr 200.000 Euro aus. Der Kreis Plön musste also die Elternbeteiligung wieder einführen. Natürlich gibt es eine Sozialstaffel,

aber für viele Familien ist das ein deutlicher Kostenfaktor. Die neue Landesregierung beschloss dann, den Kreisen die Freiheit zu lassen, die Elternbeteiligung beizubehalten oder wieder abzuschaffen. Jetzt aber, als also die Möglichkeiten bestand, die Elternbeteiligung wieder abzuschaffen, sind SPD und Grüne umgefallen. Der gesamte Kreistag stimmte dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land zu, der Einnahmen aus der Elternbeteiligung vorsieht. Ich war der einzige im Kreistag, der gegen die Elternbeteiligung war – übrigens von Anfang an. Inzwischen haben die Kooperationspartner zusammen mit der UWG und mir die Elternbeteiligung wieder aufgehoben. Da aber – wie gesagt – die Einnahmen aus der Elternbeteiligung im Konsolidierungsvertrag festgeschrieben sind, muss der durch ihre Abschaffung ausgelöste Einnahmeverlust anderweitig „kompensiert“ werden. Diese „Kompensation“ wurde durch die Anhebung der Kreisumlage erreicht. Zum Glück fällt diese Anhebung gering aus, ist aber dennoch problematisch. Die Einnahmen aus der Elternbeteiligung an die Konsolidierung zu knüpfen habe ich von Anfang an kritisiert. Im übrigen habe ich auch dem Konsolidierungsvertrag meine Stimme versagt. Die finanziell chronische Unterversorgung des Kreises ist nämlich im Wesentlichen nicht selbstverschuldet.

Gegenwind: Die Wahlperiode ist zur Hälfte um. Welche Themen werden noch kommen, worauf willst du dich konzentrieren?

Bernd Friedrich: Ich werde mich auf den ÖPNV konzentrieren, auch der ist im Kreis heftig umstritten. Wir bekommen ja eine neue Eisenbahnverbindung von Schönberg nach Kiel, ich bin sehr dafür, aber es gibt erhebliche Widerstände vor allem von der CDU. Schwieriger wird es mit der Stadtrationalbahn, die ich von Anfang an unterstützt habe. Hier war meine Stimme mitentscheidend, dass wir durchsetzen konnten, Geld für Ausführungsplanungen in den Haushalt zu stellen. Allerdings steht es wieder auf der Kippe, weil sich der Kreistag Rendsburg-Eckernförde, ausgerechnet mit zwei Stimmen der Grünen, dagegen entschieden hat. Ich halte das Projekt als Investition für sinnvoll, notwendig für die Zukunft, auch als Förderung des öffentlichen Verkehrs vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Ressourcenknappheit. Der Großteil der Kosten wird ja vom Bund bezahlt. Wenn die Gegner die

hohen Kosten von 400 Millionen anführen, dann halte ich dem entgegen, dass wir ein wirkliches Wahnsinnprojekt haben, nämlich die Fehmarnbeltquerung, deren Notwendigkeit weder verkehrspolitisch noch ökonomisch, schon gar nicht ökologisch gegeben ist. Dabei werden sich die Kosten für die Hinterlandanbindung schon nach heutiger Schätzung auf ca. zwei Milliarden Euro belaufen. Die Stadtrationalbahn werde ich weiter unterstützen. Eine zweite Baustelle ist unsere Beteiligung an der E.ON-Hanse. Ich bin absoluter Gegner der großen Energiekonzerne und deren Macht. Wenn man allein sieht, was E.ON sich in den letzten vier Monaten erlaubt hat: Klagen gegen die Bundesregierung, gegen die Brennstoff-Steuer, „Auslagerung“ des Atommülls etc. Und wir als Kreis sind Anteilseigner bei E.ON, nicht direkt, sondern bei einer Tochter! Der Kreis aber ist für die allgemeine Daseinsvorsorge da, er sollte nicht als Aktionär auftreten. Dazu kommt ein Problem aller Kreistage: Die Vorstellung, dass Kreistagsabgeordnete diesbezüglich begreifen, was sie entscheiden, halte ich für einen Witz. Das behaupte ich nach sieben Jahren Mitgliedschaft im Kreistag. Ich weiß inzwischen, was ich nicht weiß und nicht verstehe. Und die anderen haben nicht viel mehr Weisheit als ich. Über jede Umstrukturierung des Konzerns müssen wir auch im Kreistag mitentscheiden, weil wir Anteilseigner sind, wir kriegen kilowise Rechtsgutachten, die kein Mensch durchschaut. Hinzu kommt, dass wir oft unter Druck gesetzt werden, bis dann und dann muss entschieden sein. Ich sage oft im Kreistag: Wenn ihr das nicht durchschaut, wenn es euch komisch vorkommt, wenn ihr euch unter Druck gesetzt fühlt, dann gibt es eine Möglichkeit: Enthaltet euch! Das tun sie nicht, weil es „gemacht werden muss“. Ich bin generell dafür, die Bindung zu solch großen Energiekonzernen aufzuheben. Die Konzerne geben sich mit der Beteiligung der Kreise nur ein demokratisches Mäntelchen. Aber wir haben letztlich nichts zu sagen. Seit sieben Jahren stimme ich als Einziger dagegen, dass der Kreis Anteilseigner bei E.ON ist; das wird wohl auch so bleiben, fürchte ich.

* vgl. **Gegenwind** 312, S. 9



www.naturfarben-hamburg.de

Händler und Verarbeiter im Norden

Durch jahrzehntelange Forschung ist es der chemischen Industrie gelungen, aus dem natürlichen Werkstoff Farbe einen Chemiecocktail zu entwickeln.

Wir bieten:

- natürliche, ungiftige Rohstoffe
- Volldeklaration und Infos
- Seminare und Unterstützung

KREIDEZEIT Martin Krampfer
Archenholzstr. 69, 22117 Hamburg
☎ 040 / 490 87 68

Gegenwind: Kannst du dich zunächst vorstellen?

Jonny Griese: Mein Name ist Jonny Griese. Ich bin 68 Jahre alt, bin Gewerkschaftssekretär gewesen, ich habe immer noch zwei Projekte bei der IG-Metall. Seit vier Jahren bin ich Kreisvorsitzender der Linken, außerdem bin ich Vorsitzender des „Vereins für Toleranz und Zivilcourage“. Ich habe drei Töchter, bin also sturmerprobt.

Gegenwind: Wie war das Wahlergebnis 2013, auch im Vergleich zu 2008 für die Linke?

Jonny Griese: Das Wahlergebnis hat sich dramatisch verschlechtert. Wir hatten 2008 etwas mehr als 13 Prozent, wir sind dann 2013 auf 3 Prozent gekommen.

Gegenwind: Was war der Grund dafür? Es hatte vorher ja auch in der gewählten Fraktion Streit gegeben.

Jonny Griese: Ich sehe zwei Gründe. Der eine Grund ist, dass wir 2008 wirklich aus Protest aufgrund der Agenda 2010 gewählt worden sind. Das ist über die Jahre abgeebbt, denn die SPD hat so getan, als würde sich etwas daran korrigieren. Das haben viele Wähler und Protestwähler geglaubt. Ein zweiter Faktor ist, dass wir auch an das „Bündnis für Bürger“ verloren haben, das sind ehemalige Linke, die auch 2008 als Linke angetreten waren. Sie haben sich geschlossen von uns verabschiedet. Und wenn mehr Parteien da sind, die angeblich auch für Soziales antreten, büsst man Stimmen ein.

Gegenwind: Wie sind jetzt die Mehrheitsverhältnisse in der Ratsversammlung? Welche Möglichkeiten hast du als Einzelabgeordneter?

Jonny Griese: Die Stimmenverhältnisse sind so: Die CDU hat 16 Sitze, die SPD hat 14, die FDP hat 2, die Linke 1, die NPD hat 1, und die Grünen haben 5, das „Bündnis für Bürger“ hat 4. Es gibt wechselnde Mehrheiten. Was immer feststeht ist, dass die SPD selten mit der CDU stimmt, aus Tradition wahrscheinlich. Es gibt aber auch Überschneidungen. Bei sozialen Themen und im Bereich Beschäftigung stimme ich für die Linke meistens mit der SPD ab, weil die SPD in Neumünster bei Arbeit und Soziales besser davor ist als die Bundespartei, es gibt bei diesen Themen Gemeinsamkeiten.

Gegenwind: Gibt es auch sonst feste Blöcke? Oder in welchen Punkten wechseln die Mehrheiten?

Jonny Griese: Es gibt wechselnde Mehrheiten. Da ist es spannend, dass man nie weiß, wie das „Bündnis für Bürger“ stimmt. Ich habe noch nicht rausbekommen, woran die sich orientieren. Der Nazi, der NDP-Kandidat stimmt mal so und mal so, teilweise überraschend. Die FDP stimmt fast immer geschlossen mit der CDU.

Gegenwind: Reden grundsätzlich alle mit allen? Den Nazi mal ausgenommen?

Jonny Griese: Es reden alle mit allen. Es ist auch ein sehr kollegiales Verhältnis. Ich glaube, die Linke in Neumünster hat sich etabliert, wir haben gute Arbeit geleistet, gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet, ich habe gute Arbeit im Rat und gute Beiträge geleistet, gute Anträge gestellt. Somit haben wir schon Respekt bekommen. Den Nazi mal ausgenommen, mit dem reden nur einige von der CDU.

Gegenwind: Gibt es mit dem Nazi auch ernsthafte Verhandlungen? Oder gelingt es, ihn zu isolieren?

Jonny Griese: Er ist weitgehend isoliert. Ernsthafte Verhandlungen gibt es gar nicht. Es gibt auch eine Entscheidung im Ältestenrat, dass wir nicht auf ihn eingehen. Einige verlassen die Ratsversammlung, wenn er seine Anträge bringt, seine Hetzanträge zum Beispiel gegen Asylbewerber. Einige drehen sich um und signalisieren damit, dass sie mit ihm nichts zu tun haben wollen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zum Oberbürgermeister? Wird die Linke mit allen Informationen versorgt, werden die Abgeordneten gleich behandelt?

Jonny Griese: Da gibt es keine Kritik. Die Informationen fließen für alle gleichermaßen. Ob mir was vorenthalten wird, kann ich natürlich nicht beantworten, das müsste mir jemand von den anderen sagen. Aber nach meinem Kenntnisstand und bei meiner engen Verbindung zur SPD denke ich, dass ich alles ohne Unterschiede bekomme.

Gegenwind: Im Mai steht die Neuwahl des Oberbürgermeisters an. Welche Position hat die Linke dazu?



„... auch nach der Wahl...“

Jonny Griese, Ratsversammlung Neumünster

Jonny Griese: Neumünster braucht einen Wechsel. Nicht nur Wirtschaftskompetenz, sondern auch soziale Kompetenz ist verstärkt gefordert. Die Linke wird sich so verhalten, dass sie Christina Röder, die SPD-Kandidatin, unterstützt. Wir hatten sie am 30. Januar eingeladen zu einem Vorstellungsgespräch, sie hat uns überzeugt zum Thema Bildung, überzeugt zum Thema Ansiedlung neuer Arbeitsplätze.

ze, von daher ist uns das Hemd näher als die Hose.

Gegenwind: Bei der Ansiedlung neuer Arbeitsplätze gibt es oft einen Wettbewerb der Kommunen. Oft geht es darum, wer die schlechtesten Bedingungen akzeptiert. Wie ist die Situation in Neumünster? Was willst Du erreichen?

Jonny Griese: Ich habe im November einen Antrag in die Ratsversammlung eingebracht über Standards von Neuansiedlungen, dabei ging es um die Standards der Arbeitsplätze. Beantragt war, dass wir Betriebe wollen, die einen Betriebsrat nicht für eine ansteckende Krankheit halten. Nicht gewerkschaftsfeindlich sind, die sich an Tarifverträge halten, die sich an Arbeitszeiten halten, die sich generell an Verträge halten. Ich hatte damals gefordert, Neumünster sollte eine Sozialcharta verabschieden, vor allem in Hinblick darauf, wie wir uns bei Neuansiedlungen die Arbeitsbedingungen vorstellen. Das hat den Hintergrund, dass das Gewerbegebiet an der Autobahn A7 ausgebaut wird, um eine Niederlassung von »Amazon« anzusiedeln. Linke und SPD haben sich gegen die Ansiedlung von »Amazon« ausgesprochen, weil die nicht den Standards entsprechen, die wir haben wollen. »Amazon« bezahlt in Deutschland praktisch keine Steuern, sondern in Luxemburg, sie haben miserable Arbeitsbedingungen, überwiegend Leiharbeit und Wanderarbeiten. Das sind Bedingungen, die wir nicht akzeptieren.

Gegenwind: Gibt es weitere Ansiedlungsvorhaben, um die ihr euch kümmern müsst?

Jonny Griese: Wir versuchen, wenn es Betriebe gibt, die sich ansiedeln wollen, Betriebe zu favorisieren, die im Sektor „erneuerbare Energien“ tätig sind, also Windkraftanlagen, Ersatzteile und Produkte dafür. Neumünster hat da einfach 20 Jahre geschlafen. Neue Technologien sind in Neumünster nicht vorhanden. Es gibt eine Meierei, die sich hier angesiedelt hat, die stellt Trockenmilch her, aber das ist nicht das, was wir unter Industriearbeitsplätzen verstehen. Es muss nachhaltig und langfristig sein, es muss ökologisch vertretbar sein.

Gegenwind: Umstritten war und ist die Verkehrssituation in der Innenstadt. Es gab einen Bürgerentscheid, es gab einen Verkehrsversuch, den Großflecken zu beruhigen. Wie ist die Position der Linken dazu?

Jonny Griese: Die Aktivitäten dazu laufen schon zwei Jahre. Sie begannen, als es einen Ratsbeschluss gab, ein Einkaufszentrum ECE zu errichten. Das war eine merkwürdige Kampfabstimmung, das war vor meiner Zeit, als ein BfB-Mitglied kurzfristig erkrankt war, aber am nächsten Tag doch wieder gesund, ein SPD-Mitglied gegen alle anderen SPD-Mitglieder für den Bau stimmte. So kam die Mehrheit zustande, die Entscheidung war gefallen. Das ECE liegt mitten in der Stadt, es wird zur Zeit gebaut. Ein erhaltenswertes, historisches Viertel, das Sager-Viertel, wurde dafür geopfert. Das fand überhaupt nicht die Zustimmung der Linken, wir haben groß mobil gemacht, Flugblätter verteilt, die Bürger aufgeklärt, dass dieser Klotz nicht ins Dorf passt, das war unser Slogan. Von der Verkehrslage, von der Straßenlage ist Neumünster für solch ein Einkaufszentrum nicht geeignet. Der Kuhberg heißt nicht umsonst Kuhberg, da sind früher Kühe rübergerieben worden, und da hat sich von der Straßenbreite nichts geändert. Wir erleben jetzt schon, obwohl das EZE noch nicht eröffnet ist, am Großflecken und Kuhberg ein tägliches Verkehrschaos, das nicht hinnehmbar ist – weder für die Verkehrsteilnehmer noch für die Anwohner noch für die Besucher. Wir haben auch in der Ratsversammlung Anträge gestellt, aber die Mehrheit war anders. Der Klotz wird im März eröffnet, und dann wird Neumünster erleben, dass in der Innenstadt nichts mehr geht.

Gegenwind: Arbeitet die Linke vorwiegend in der Ratsversammlung? Oder auch auf der Straße?

Jonny Griese: Wir nehmen uns vor, dass wir jeden Monat einen Infostand machen. Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst oder Winter machen wir „heiße Suppe gegen die soziale Kälte“, wo wir kostenlos Suppen ausschenken. Gerade letzten Sonnabend, am 14. Februar, war so eine Aktion, die auch gut angenommen wird. Wir weisen auch auf kritische Punkte hin, zum Beispiel Kinderarmut in Neumünster, 1-Euro-Jobs, Altersarmut. Solche kritischen Punkte arbeiten wir auf und machen Öffentlichkeitsarbeit. Dreimal

die Woche bieten wir hier Beratung in Arbeits- und Sozialrecht an, jeweils von 14 bis 18 Uhr, das kommt auch gut an bei den Bürgern. Unser Büro, der Laden ist ja hier in einem Viertel, das auch sozialer Brennpunkt ist. Aber wir haben schon ein gutes Standing in Neumünster.

Gegenwind: Wir sind jetzt bei der Hälfte der Wahlperiode. Welche Themen stehen für die zweite Hälfte an? Welche Schwerpunkte zeichnen sich ab?

Jonny Griese: Für die Linke zeichnen sich zwei Schwerpunkte ab. Es geht um die Neuansiedlung von „guter Arbeit“, wie wir das nennen. Und zweitens geht es darum, ein Bildungszentrum zu schaffen. Ich bin in Kontakt mit der Bürgerinitiative Großflecken, mit der wir sehr eng zusammenarbeiten. Wir sind jetzt dabei herauszufinden, welche Möglichkeiten es zur Gründung von Teilen einer Hochschule oder Fachschule es gibt. Der Grundgedanke ist, dass die Kieler Universität aus allen Nähten platzt. Wir wollen versuchen, in der Färberstraße, in der leer stehenden Hindenburg-Kaserne das Grundstück zu nutzen, für die Uni Kiel eine Ausweichmöglichkeit zu schaffen, eine Zweigstelle. So könnte Neumünster auch zu einem Bildungsstandort werden, denn es ist kaum zu verstehen: Neumünster liegt im Herzen von Schleswig-Holstein, ist aber von der Bildung so gut wie ausgeschlossen. Nur Berufsbildung findet hier statt. Es geht auch darum, dass junge Leute zum Studieren in Neumünster gehalten werden können oder zurückkommen. Nach der Schule müssen sie die Stadt zum Studium verlassen, und meistens kommen sie nicht wieder, sie orientieren sich in Freiburg oder sonstwo. Gerade junge Menschen sollen eine Möglichkeit finden, in Neumünster zu bleiben und zu studieren und gute Arbeit zu finden. Nur das kann uns langfristig in Neumünster voranbringen. Unser Slogan ist: „Wir sind auch nach der Wahl für Sie da“. Wir wollen nicht nur kurz vor der Wahl Infostände machen, sondern sind das ganze Jahr über präsent.

Gegenwind: Könnt ihr euch zunächst vorstellen?

Heinz Wieser: Mein Name ist Heinz Wieser. Ich bin Keramiker und Betriebswirt für Tourismus und seit zwei Jahren Mitglied der Ratsversammlung. Ich kümmere mich um vier der acht Ausschüsse, und zwar Finanzen, Wirtschaft, Bau und Kultur.

Stefan Rudau: Ich bin Stefan Rudau. Ich bin mit einer kurzen Unterbrechung seit 2008 Mitglied der Ratsversammlung. Mein Schwerpunkt sind die Ausschüsse für Soziales und Innen- und Umwelt.

Gegenwind: Wie stark seid ihr in der Ratsversammlung vertreten im Vergleich zur vorigen Periode?

Stefan Rudau: Das Wahlergebnis war für uns eine herbe Enttäuschung. Wir sind aktuell leider nur mit zwei Leuten in der Ratsversammlung, hoffen aber, dass es nach der nächsten Kommunalwahl besser wird. Davor waren wir ursprünglich sechs, am Schluss noch vier, zwei haben sich abgespalten.

Gegenwind: Wie sind generell die Mehrheitsverhältnisse? Gibt es eine feste Blockbildung?

Heinz Wieser: Wir haben hier in Kiel, wie auf der Landesebene, eine rot-grün-blaue Kooperation. Es gibt eine Besonderheit, der SSW ist ebenso wie die Piraten mit zwei Mandaten gestartet. Die Piraten haben sich von ihrer Partei gelöst und sind zum SSW gewechselt. Wir haben also eine starke Mehrheit von SPD, Grünen und SSW.

Gegenwind: Wie ist generell das Klima? Könnt ihr trotz eurer Rolle außerhalb der Kooperation Sachen einbringen und auch durchsetzen? Oder werden Initiativen von anderen automatisch abgelehnt?

Heinz Wieser: Natürlich ist dieses Procedere des automatischen Ablehnens unserer Anträge auch bei uns Usus und Usus gewesen. Seit wir neu in der Ratsversammlung sind, hat es sich etwas verbessert. Früher wurde alles kategorisch abgelehnt, was wir angestoßen haben. Heute können wir in Gesprächen mit anderen Parteien über unsere Projekte reden. Wenn es passt, kriegen wir nun auch mal gemeinsame Anträge hin.

Für Stadtwerke und Katzheide – gegen Olympia und Spekulanten

Heinz Wieser und Stefan Rudau, Ratsversammlung Kiel

Stefan Rudau: Ich habe das ja seit 2008 mitgemacht. Ich habe es schon als starke Ablehnung empfunden, dass alles, was wir beantragt haben, als Unsinn abgetan wurde, als überflüssig, und man sich nie dazu durchringen konnte, uns zuzustimmen. Wir hatten manchmal die Erfolge, dass die Verwaltung Initiativen von uns ein halbes oder dreiviertel Jahr später aufgegriffen hat und sagte, das ist doch eine gute Idee, lass uns das doch machen. Dann ging es natürlich locker durch.

Ich teile den Eindruck, dass es jetzt seit 2013 ein bisschen lockerer geworden ist. Aber es gibt immer noch ganz starke Abgrenzungen des Blocks SPD-Grüne-SSW gegenüber den Linken. Was für mich erstaunlich ist, wir haben vereinzelt einen gemeinsamen Antrag mit der CDU hingekriegt, zu einem sozialen Thema, nämlich Erhalt der Außenstelle des Amtes für soziale Dienste hier in Kiel, gerade für Menschen mit Körperbehinderung. Das fand ich super.



Stefan Rudau (links) und Heinz Wieser

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung? Kriegen alle die gleichen Informationen? Oder werden andere bevorzugt, werdet ihr benachteiligt?

Heinz Wieser: Es gibt für die Kooperations-Fraktionen einen besseren Informationsaustausch mit der Verwaltung. Ich denke mal, dass Dezerenten und Amtsleiter an Fraktionssitzungen der Kooperation, vor allem der SPD und der Grünen teilnehmen, da ist die Information eine bessere als bei uns. Letztendlich bekommen wir alle Informationen, die wir anfordern. Wir müssen uns halt mehr darum bemühen als andere.

Stefan Rudau: Es gab schon Einzelthemen, wo sich die Verwaltung sehr schwer getan hat, die Informationen herauszurücken. Als es um die Verträge für die RBZen ging, die Regionalen Bildungszentren, die hätten wir uns gerne vorher mit einem zeitlichen Vorlauf angeguckt, das ist damals von der Verwaltung verhindert worden. Und zur Bevorzugung oder Benachteiligung: Man kann es nicht beweisen, aber der Eindruck drängt sich auf. Wenn nahezu zeitgleich Verwaltungsvorlagen und Kooperationsanträge kommen, alle anderen wussten davon noch gar nichts, dann ist der Eindruck, dass es dort privilegierte Informationskanäle gibt.

Gegenwind: Es steht der Vorschlag im Raum, das Kiel prominent wird, die Olympischen Spiele mit ausrichtet. Wie steht ihr zu dieser Idee?

Heinz Wieser: Wir sind die einzige Ratsfraktion, die das nicht nur kritisch sieht, sondern das definitiv ablehnt. In erster Linie ist unsere Kritik eine grundsätzliche an der Ausrichtung der Olympischen Spiele in Hamburg oder Berlin. Wir schließen uns da der Meinung der Linken in Berlin und Hamburg an. Die Städte sind letztendlich zu arm, um solche Investitionen wuppen zu können, das sagt übrigens auch das Deutsche Institut für Wirtschaft. In Kiel haben wir die Situation, dass wir uns „nur“ an die Bewerbung Hamburgs anhängen. Aber auch hier sehen wir es nicht ein, Millionen in eine Bewerbung zu investieren es ist ein großes Vabanquespiel. Ob Hamburg den Zuschlag erhält und dann Kiel, einer von

drei Möglichkeiten zur Ausrichtung der Segelwettbewerb sein kann, das ist uns viel zu vage. Die Aussichten, dass die Spiele nach Hamburg kommen, sind gering. Es passt nicht zur Arithmetik des IOC, 2024 oder 2028 die Spiele nach Europa zu geben. Aber generell muss sich das IOC reformieren, demokratischer werden. Die Ausrichtung Olympischer Spiele muss man grundsätzlich hinterfragen.

Stefan Rudau: Es ist eigentlich eine Bewerbung, deren Erfolgsaussichten marginal sind. Wenn wir Lotterielose kaufen würden, zum Beispiel für die spanische Weihnachtslotterie, hätten wir eine größere Chance, die Summe nach Kiel zu holen als wenn wir uns an der Olympia-Ausschreibung beteiligen. Hier steht ja auch in Frage, ob es überhaupt um einen Gewinn geht. Persönlich kritisiere ich, dass jetzt mit dieser Idee der Bewerbung schamlos Geld rausgeworfen wird. Es wird einfach gesagt: Wir machen das. Es ist eine Summe von 790.000 Euro in der Diskussion für vorbereitende Werbeveranstaltungen. Auf der anderen Seite wird im sozialen Bereich schon bei jeden 10.000 Euro gesagt, das können wir uns nicht leisten, das ist völlig unmöglich. Zum Beispiel beim Freibad Katzheide, das können wir uns angeblich auf keinen Fall leisten.

Heinz Wieser: Am 21. März fällt ja die Entscheidung beim Deutschen Olympischen Sportbund, ob Berlin oder Hamburg der Kandidat für die Sommerspiele 2024 werden wird. Wir hoffen, dass dieser Kelch an uns vorbei geht. Wird am 21. März entschieden, Hamburg ist der Kandidat, wird das für die Landeshauptstadt Kiel teuer. Sehr teuer. Wir schätzen, es wird insgesamt 5 Millionen Euro kosten. Die Aussicht, dann international anerkannt zu werden, sind mehr als gering. Wir hoffen, dass die Entscheidung für Berlin fällt, dann können wir uns um die Aufgaben kümmern, die hier in Kiel anstehen. Es gibt genügend. Zum Beispiel ist der soziale Wohnungsbau ein großes Problem. Wir befürchten, dass all diese Aufgaben unter dem Primat Olympia zu kurz kommen würden.

Gegenwind: Das Stichwort Katzheide fiel schon. Kiel hat wie jede Großstadt ein Freibad. Als einzige Großstadt in Deutschland will es das Freibad schließen. Aber es soll ja einen besseren Ersatz geben. Wie steht ihr dazu?

Stefan Rudau: Aktuell hat Kiel tatsächlich kein Freibad. Wenn man auf der Homepage nachguckt, steht dort schon: Kiel-Katzheide dauerhaft geschlossen. Die Entscheidung kam recht überraschend, die wir aber auch nicht mittragen wollen, weil wir die Gründe für diese Schließung hinterfragen. Es wird angeführt, es wären Sanierungskosten von 700.000, vielleicht auch 1 Million. Das wird in den Raum gestellt, das müssten wir machen, um es für kurze Zeit wieder aufzumachen. Aus den Akten geht aber nicht hervor, dass es diese Reparaturkosten tatsächlich gibt. Das wollen wir überprüft haben, aber wir wollen, dass Katzheide als einziges Freibad in Kiel 2015, spätestens 2016 wieder eröffnet wird. Und das Zentralbad, welches geplant wird: Die politisch gewollte Planung an der Hörn sieht eine sehr kleine Außenfläche vor, das ist kein Ersatz für ein Freibad. Es ist direkt an der Gablenzbrücke, man liegt dann auf einer Wiese unter einer Straßenbrücke. Es ist auch von den Eintrittspreisen etwas ganz anderes als das Freibad Katzheide. Und das Zentralbad gibt es aktuell nicht, es ist angekündigt, dass es 2017 eröffnen soll. Ich glaube daran noch nicht.

Heinz Wieser: Ich bin auch ein Katzheide-Kind. Katzheide ist weit mehr als bloßes Schwimmen-gehen. Deshalb wird das Zentralbad die Funktion von Katzheide niemals abdecken können. Katzheide bedeutet nicht nur Baden, für Menschen mit wenig Geld bedeutet das einen Tag in der freien Natur, an der Luft, mit ihren Kindern zwanglos gestalten zu können. Man kann sich seinen eigenen Kartoffelsalat mitbringen, man kann sich seine eigenen Getränke mitbringen, das wird im Zentralbad nicht gehen. Ein Freibad-Erlebnis ist mehr als Baden, es ist ein soziales Kulturgut. Viele sagen, die Leute sollen zum Strand gehen. Aber gerade für Eltern mit kleinen Kindern ist ein Freibad eine Erleichterung. Man kann die Kinder laufen lassen, es gibt Bademeister. Das gibt es am Strand nicht.

Gegenwind: Vor vielen Jahren sind die Stadtwerke verkauft worden mit der Begründung, dass sich damit die finanzielle Situation Kiels entscheidend verbessern wird. Der jetzige private Besitzer der Mehrheit will seine Anteile loswerden. Es gibt die Diskussion, sucht man einen neuen privaten Besitzer oder kauft man als Stadt selbst? Oder kauft man einen kleinen Anteil, um wieder die Mehrheit zu haben? Wie steht ihr dazu?

Heinz Wieser: Diese Diskussion findet in diesem Maße gar nicht statt. Wir haben mit einem Antrag in der November-Ratsversammlung die Stadt, die Verwaltung aufgefordert, Modelle darzulegen, wie man wieder in den 100-prozentigen Besitz der Stadtwerke kommen könnte. Das ist als „irrelevant“ abgelehnt worden. Es wird nicht mal darüber diskutiert. Die fatale Entscheidung steht, es muss ein neuer Investor her, es muss jemand die Anteile der MVV übernehmen. Einigkeit besteht in der Stadtverwaltung und bei den Parteien, dass man als Stadt zwei Prozent zurückkaufen will, man ist aber nicht mal zum Nachdenken darüber bereit, wie man wieder in den 100-prozentigen Besitz der Stadtwerke kommt. Das halten wir für das Verstummen einer historischen Chance. Alle, mit denen ich gesprochen habe, selbst in der CDU, bestreiten nicht, dass es ein Fehler war, die Mehrheit der Stadtwerke abzugeben, aber niemand ist bereit aus diesem Fehler zu lernen und das zurückzudrehen. Dahinter steht der Gedanke der Schuldenbremse. Das halten wir für grundfalsch. Investitionen in die Daseinsvorsorge, die auch noch rentierlich sind, dürfen nicht der

Schuldenbremse zum Opfer fallen. Das würde ja eine staatlich verordnete Zwangs-Privatisierung bedeuten. Das ist absurd.

Die Stadtwerke sind ein gewinnträchtiges Unternehmen, wir verzichten also nicht nur auf Anteile, wir verzichten auch auf eine gute Rendite. Wie wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Kiels davon profitieren und nicht irgendein Investor. Da müssen wir als LINKE Verbündete suchen und sehen, dass wir diese Schuldenbremsenlogik überwinden können.

Gegenwind: Wir sind jetzt bei der Hälfte der Wahlperiode. Was werden in der zweiten Hälfte eure Schwerpunkte sein?

Heinz Wieser: In den Ausschüssen Finanzen und Bau wird es um den sozialen Wohnungsbau gehen. Wir haben ein großes Problem mit sogenannten Schrottimmobilien in Kiel. Zehntausende von Wohnungen in Kiel sind im Besitz von Finanzinvestoren, die Miete kassieren und nicht bereit sind zu investieren. Das ist deren Geschäftsmodell. Wir fordern dazu ein Wohnungs-

aufsichtsgesetz, das wollen wir in den nächsten Monaten anschieben.

Stefan Rudau: Sozialer Wohnungsbau hat uns schon lange beschäftigt. Unsere Zielrichtung ist eine stadteigene Wohnungsbaugesellschaft. Davon werden wir nicht abrücken, obwohl wir da ganz dicke Bretter bohren. Der zweite Bereich ist die Mobilität, Stichwort Mobilitätsticket oder Sozialticket. Auch da werden wir einen neuen Anlauf machen, hoffentlich kreisübergreifend im Bereich der Verkehrsgesellschaft.

Heinz Wieser: Ein weiteres großes Problem ist die Situation von Langzeitarbeitslosen. Da gibt es keinerlei Fortschritte, alle bedauern das, alle fordern einen Paradigmenwechsel in der öffentlich geförderten Beschäftigung. Wir wollen uns da einmischen und sinnvolle Vorschläge in die Diskussion bringen.

„Wichtig ist, Öffentlichkeit herzustellen“

Heidi Beutin, Kreistag Stormarn

Gegenwind: Kannst du dich zunächst vorstellen?

Heidi Beutin: Ich bin Heidi Beutin, arbeite als freie Wirtschaftspublizistin. Ich bin Kreissprecherin und als einzige für unseren Kreisverband im Kreistag. Ich bin gewerkschaftlich organisiert, und außerparlamentarisch auch aktiv, vor allem im Bereich Antifa, aber auch in Initiativen gegen Mastbetriebe. Das ist für mich eine ganz wichtige Sache, ökologisch aktiv zu sein.

Gegenwind: Wie ist der Kreistag zusammengesetzt? Wie sind die Mehrheitsverhältnisse?

Heidi Beutin: Keiner hat die absolute Mehrheit. Wir haben zwei große Blöcke, einmal die CDU mit 22 Sitzen, einmal die SPD mit 16 Sitzen. Drei FDP-Leute sind drin, dazu neun Grüne und wir mit einem Sitz. Und das „Forum 21“ hat eine Fraktion mit zwei Leuten. Man muss also immer versuchen, die entsprechenden Mehrheiten zu finden.



Gegenwind: Jetzt bist du Einzelabgeordnete. Wie war es vorher im Kreistag?

Heidi Beutin: Vorher hatten wir vier Abgeordnete, hatten aber trotzdem nur das Grundmandat. Wir hatten auch vorher keine Möglichkeit, in den Ausschüssen abzustimmen, nur im Kreis-

tag. Jetzt ist die FDP mit drei Leuten drin, und sofort war es möglich, dass sie nicht nur das Grundmandat, sondern Stimmrecht bekam. Wir haben das begrüßt, weil wir finden, alle müssen Stimmrecht haben.

Gegenwind: Wie ist es zu erklären, dass die Linke von vier auf ein Mandat reduziert wurde?

Heidi Beutin: Das ist das Wahlergebnis. Die Stimmung auf der Bundesebene war für die Partei schlechter, das hat durchgeschlagen. Wir sind ja nicht der einzige Kreis, der nur noch eine Einzelabgeordnete hat.

Gegenwind: Wie ist die Zusammenarbeit im Kreistag? Reden alle mit allen? Oder gibt es eine starke Blockbildung?

Heidi Beutin: Es reden alle mit allen. Aber ich arbeite im Moment am besten mit den Grünen zusammen.

Gegenwind: Gibt es Absprachen? Wird die Linke an Absprachen beteiligt, will sie sich beteiligen?

Heidi Beutin: Es gibt Absprachen. Wenn eine Resolution oder ein Antrag eingebracht wird, wird versucht, dafür eine Mehrheit zu finden, um das im Kreistag durchzubringen. Und es gibt das sogenannte „Stormarer Modell“, die Absprachen finden zwischen den Fraktionsvorsitzenden im Keller statt. Dieses lehnen wir ab, denn die Diskussionen sind nicht öffentlich.

Gegenwind: Wie ist die Zusammenarbeit mit der Verwaltung? Bekommst du als Einzelabgeordnete alle Informationen, die du brauchst? Oder werden große Fraktionen bevorzugt?

Heidi Beutin: Das ist keinesfalls der Fall. Ich bekomme alle Informationen, die Zusammenarbeit mit der Verwaltung ist sehr gut.

Gegenwind: Kommen wir zu einzelnen Themen. Wie stehst du, wie steht die Linke zum Finanzausgleichsgesetz und der Diskussion um die Änderung der Kreisumlage?

Heidi Beutin: Das FAG ist für uns sehr einschneidend gewesen, aber eine Reform war erforderlich nach dem Zu-

sammengehen von DDR und BRD. Was unsere Partei bemängelt: Wir haben nicht mehr Mittel und Gelder in diesen Topf gekriegt, wir haben jetzt eine Entlastung der Städte, die natürlich mehr Aufwand haben, aber eine Belastung des ländlichen Raums. Das heißt, dem ländlichen Raum wird Geld entzogen zugunsten der Städte. Das können wir nicht nachvollziehen und auch nicht akzeptieren.

Gegenwind: Und wie siehst du die Diskussion über die Kreisumlage?

Heidi Beutin: Da waren wir die einzigen, die sich gegen eine Erhöhung der Kreisumlage im Kreistag ausgesprochen haben, weil wir der Auffassung sind, dass der Kreis finanziell als Ganzes gut dasteht, auch einen Überschuss hat. Aber die Kommunen, zum Beispiel unsere Gemeinde steht nicht gut da, und sie ist nicht die einzige, die nicht gut dasteht. Es könnte sein, dass die Gemeinden jetzt Kredit aufnehmen müssen. Das ist nicht nachvollziehbar. Der Kreis könnte es schaffen, das zu wuppen, ohne einen Kredit aufzunehmen.

Gegenwind: Diskutiert wird im Kreis auch über die Altenheime und die Einrichtung eines Pflegestützpunktes. Wie ist da die linke Position?

Heidi Beutin: Die Einrichtung eines Pflegestützpunktes ist auf Initiative der Linken und der Grünen zurückzuführen. Das ist ziemlich lange her, wir haben immer wieder an dieser Thematik gearbeitet und begrüßen es, dass das jetzt endlich in Gang kommt. Und in Gang kommt es, weil jetzt alle Fraktionen gesagt haben, wir sind für die Einrichtung, und wir als Linke unterstützen das wie alle anderen. Es gibt zwei Altenheime, die Asklepios beim Verkauf des Kreiskrankenhauses mit übernommen hat. Das ist in Reinfeld und in Ahrensburg. Der Vertrag beinhaltet, dass beim Verkauf der Kreis Mitspracherecht hat. Es gab jetzt einen Käufer, der schon in Segeberg aktiv ist, über den ist bekannt geworden, dass er in Segeberg nicht so gearbeitet hat wie man sich das vorgestellt hat. Wir haben uns gegen den Verkauf an diesen Interessenten ausgesprochen, auch weil das Personal nicht so abgesichert ist wie wir das wollen. Wir sind gegen den Verkauf an diese Gruppe, es ruht jetzt, es wird ein neuer Käufer gesucht. Wir Linke sind aber als Perspektive für eine Rekommunalisierung des gesamten Bereiches der Daseinsvorsorge, und

dazu gehört der gesamte Gesundheitsbereich.

Gegenwind: Zur Daseinsvorsorge gehört auch das Vorhalten einer Entbindungsstation. Wie ist die Situation jetzt im Kreis?

Heidi Beutin: Asklepios hat die Entbindungsstation hier im Kreis geschlossen, das ist schon länger her als auf Sylt, was jetzt aktuell diskutiert wird. Das hat zur Folge gehabt, dass es zwei Notfälle gab, wo auf der Autobahn entbunden werden musste. Ich finde, das ist kein Zustand. Ein Arzt hat deutlich gesagt, dass die Schließung der Entbindungsstation von langer Hand geplant wurde, und stattdessen ist die Geriatrie eingerichtet worden. Man kann den Gedanken nicht loswerden, dass das mit Profitmaximierung zusammenhängt.

Gegenwind: Welchen Einfluss hat der Kreis oder der Kreistag auf solche Entscheidungen?

Heidi Beutin: Der Kreistag hat Einfluss auf die Entscheidung, wie sind die jetzt noch Angestellten mit alten Verträgen abgesichert, garantiert das der neue Käufer? Und wenn der Kreis den Eindruck hat, das ist nicht der Fall, dann wird der Kreis einem Verkauf nicht zustimmen. Unsere Partei hat öffentlich angekündigt, sie wird nicht zustimmen, ähnlich hat sich die SPD geäußert.

Gegenwind: Ein weiteres Thema ist der Wohnungsmangel und der Wohnungsbau. Welche Position hat die Linke in Stormarn?

Heidi Beutin: Man muss das differenzieren: Uns geht es um bezahlbaren Wohnraum. Es gibt zu wenig Sozialwohnungen. Und auch Behinderte haben das Recht, eigenständigen Wohnraum für sich zu bekommen. Es geht auch um junge Menschen, die einen Raum für sich alleine brauchen. Wir betrachten das Recht auf Wohnen als ein Menschenrecht, wie das Recht auf Arbeit ein Menschenrecht ist.

Gegenwind: Was wollt ihr konkret im Kreis durchsetzen?

Heidi Beutin: Wir wollen, dass im Kreis mehr Sozialwohnungen entstehen. Da muss natürlich entsprechender Raum gefunden, ich denke dass es möglich ist. Es muss aber jetzt zügig vorangehen. Es entstehen Wohnungen,

aber meistens nicht Sozialwohnungen. Die sind unterrepräsentiert.

Gegenwind: Welche Möglichkeiten hat die Linke, mit einer Kreistagsabgeordneten etwas durchzusetzen? Ist der Schwerpunkt die Diskussion im Kreistag? Oder ist der Schwerpunkt, außerhalb des Kreistages Druck zu machen?

Heidi Beutin: Ein wichtiger Punkt ist erst mal, Öffentlichkeit herzustellen. Obwohl wir nur eine Person im Kreistag haben, haben wir die Möglichkeit, einen Gastkommentar in der Tageszeitung zu schreiben, genau wie alle anderen. Da können wir unsere Position deutlich machen. Das zweite ist genau so wichtig, ist bin ja auch Gewerkschafterin, dass wir außerparlamentarisch tätig werden. Das sind wir auch im Bereich Antifa, das sind wir im Sozialbereich, aber auch, was die Asylproblematik betrifft. Das ist für uns ganz wichtig, und dort können wir einen Druck aufbauen. Zum Beispiel ging es um den Verkauf des Großensees, der liegt in Stormarn, gehört aber Hamburg. Hamburg wollte ihn verkaufen, und zwar mit einem eingeschränkten Bieterverfahren. Die Initiative hat mich angerufen und gefragt, ob ich tätig werden kann, ich habe dann sofort Kontakt zu den Hamburger Linken aufgenommen. Der Großensee war früher für die Trinkwasserentnahme Hamburgs vorgesehen. Jetzt braucht Hamburg ihn nicht mehr, deshalb will Hamburg den See verkaufen. Zwei Private haben geboten, außerdem zwei Öffentliche, darunter die Gemeinde Großensee. Unsere Auffassung war, wenn der See verkauft wird, muss die Gemeinde ihn bekommen. Aber die Gemeinde hat nach Ansicht Hamburgs zu wenig geboten. Es gab auch eine Anfrage in der Bürgerschaft von Hamburg, durch Dora Heyenn, jetzt sieht es so aus, dass es im Moment bleibt wie es ist. Wir sind natürlich auch dort gegen Privatisierung. Die Presse hat sich aber erst an uns gewandt, als die Hamburger Linken die Anfrage gestartet haben. Erst da hat das Abendblatt berichtet, hat auch erwähnt, dass die Initiative sich an mich und ich mich an die Bürgerschaftsfraktion gewandt hatte. Das zeigt, dass wir etwas erreichen können.

Gegenwind: Ihr kümmert euch auch um die Vergangenheit der Landräte, wie auch in anderen Kreisen. Was will die Linke konkret?

Heidi Beutin: Erst mal haben wir auf die Problematik aufmerksam gemacht, dass im Kreishaus die Bilder von Landräten hängen, diese Landräte auch eine Vergangenheit haben, und diese Vergangenheit reicht in die Nazizeit rein. Unsere Frage war, wie weit sind diese Landräte belastet? Die Debatte war: Insgesamt weg mit den Bildern? Oder schreibt man eine kurze Vita und versucht, Leute die verfolgt worden sind dazu zu hören? Hinbekommen haben wir, dass jetzt eine Person im Kreisarchiv tätig ist und recherchiert, dafür steht Geld zur Verfügung. Das haben wir geschafft, das ist ein großer Erfolg.

Gegenwind: Wer hat dagegen Widerstand geleistet?

Heidi Beutin: Am Anfang die CDU, aber die hat den Widerstand jetzt aufgegeben. Das hat mich nicht so sehr überrascht, weil sie sich auch in Sachen Antifa sehr schwer tut und immer sagt, Rechts gleich Links, wobei ich mit dieser Gleichsetzung gar nichts anfangen kann. Aber mittlerweile ist sie kein Störfaktor mehr.

Gegenwind: Was ist aus deiner Sicht noch bis zur nächsten Kommunalwahl durchzusetzen?

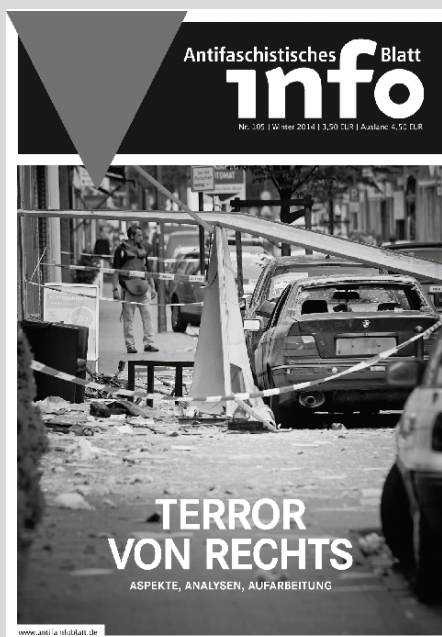
Heidi Beutin: Es muss versucht werden, die Kinderarmut zu minimieren. Nach Auskunft des Kinderschutzbunds sind in Stormarn 6.500 Kinder arm. Ein weiteres wesentliches Problem ist die zunehmende Altersarmut. Auch hier muss dringend etwas getan werden. Was ich sehr wichtig fin-

KOMMUNAL

de, ist das Thema Fracking. Der Kreis hat sich dagegen ausgesprochen, alle Kommunen verweigern sich dem Fracking. Ich war in Trittau auch auf dem Podium einer Diskussion dazu. Ich finde, es kollidiert mit der Energiewende. Ich unterstütze sehr, was Robert Habeck jetzt fordert, dass es Ländersache werden soll. Natürlich muss das Bergbaugesetz geändert werden, das ist ja uralte. Das ist eine wichtige Voraussetzung, aber der Vorstoß von Habeck auch. Und wichtig ist auch der Kampf gegen TTIP. Durch diese Regelungen könnten die bisher politisch bewusst nicht liberalisierten Bereiche der Daseinsvorsorge den Regeln zur Liberalisierung unterworfen und somit könnte die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden.

Gegenwind: Was kann ein Kreis konkret machen?

Heidi Beutin: Der Kreis kann Widerstand leisten, kann seine Position deutlich machen. Und die Kommunen können auch Widerstand leisten, das gilt hier auch für die Initiativen gegen Mastbetriebe. Das hat sich auch gezeigt beim geplanten Kiesabbau in Grande. Und von uns, von den Linken, sind immer Leute dabei, werden an vorderster Stelle aktiv. Ein großer Schweinemastbetrieb, der in Köthel / Stormarn geplant war, ist jetzt gestoppt worden. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.



Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenastraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de

mail@antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt

twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

„Da müssen wir ganz fürchterlich aufpassen“

Sylvia Zanella-Foritto de Belmar, Kreistag Ostholstein

Gegenwind: Können Sie sich zunächst vorstellen?

Sylvia Zanella-Foritto: Mein Name ist Sylvia Zanella-Foritto de Belmar, ich bin italienische Staatsbürgerin, 68 Jahre alt und sitze seit Mai 2013 im Kreistag von Ostholstein als Abgeordnete für die Linke.

Gegenwind: War die Linke schon vorher im Kreistag?

Sylvia Zanella-Foritto: Die Linke war vorher mit drei Abgeordneten im Kreistag, jetzt bin ich alleine.

Gegenwind: Was gibt es für eine Erklärung dafür, dass die Linke von drei Sitzen auf einen reduziert wurde?

Sylvia Zanella-Foritto: Das liegt auch an Gründen innerhalb der Linken, alle drei sind nicht wieder angetreten. Einer aus Altersgründen, einer wegen der Arbeit. Ich bin mit zwei anderen zusammen angetreten, leider war unser Ergebnis so, dass nur eine in den Kreistag gekommen ist.

Gegenwind: Wie sind insgesamt die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag?

Sylvia Zanella-Foritto: Die meisten Abgeordneten stellt die CDU, nämlich 24, als zweites die SPD mit 18, dann kommen schon die Grünen mit 7. Die Freien Wähler sind mit sechs Abgeordneten im Kreistag. Die FDP ist stark zusammengeschmolzen, auf drei Ab-

geordnete von ehemals sieben. Ich bin Einzelabgeordnete. Wir haben leider die Situation in dieser Legislaturperiode, dass die Grünen mit der CDU eine Kooperationsvereinbarung getroffen haben, so dass sie zusammenarbeiten, was mich extrem ärgert. Damit wird klar und deutlich, dass die Grünen eine neoliberale Politik betreiben. Die Grünen sind die Mehrheitsbeschaffer für die CDU, und alles wird über deren Tische entschieden. Wir sind in der Minderheit. Mit der SPD, mit den Freien Wählern und mit mir sind wir niemals in der Lage, die Mehrheit zu knacken. Wir können keine politischen Änderungen schaffen.

Gegenwind: Wie ist das Klima untereinander? Sprechen alle mit allen? Oder werden alle Beschlüsse von der Kooperation vorbereitet?

Sylvia Zanella-Foritto: Ja, sie werden von den beiden allein vorbereitet. Vorher war ich als bürgerliches Mitglied dabei, da waren CDU und FDP die Mehrheitsbeschaffer, das wurde und wird immer untereinander ausgekungelt. Alles andere fällt unter den Tisch. Inzwischen ist es so, dass die Grünen und die CDU sich vorher absprechen und gegen die SPD arbeiten. Man ist freundlich miteinander, aber im Grund wird alles hinter verschlossenen Türen entschieden. Ganz bitter ist, dass die CDU mit der Verwaltung ständig übereinstimmt. Die Selbstverwaltung lobt ständig die Kreisverwaltung, das ist alles eine Partei.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis von Ihnen zur Verwaltung und umgekehrt? Bekommen Sie alle Informationen, die Sie brauchen?

Sylvia Zanella-Foritto: Das hat sich jetzt gebessert. Am Anfang hatte man mich einfach vergessen. Auffallend war natürlich mein Nachname, das hat dann dazu geführt, dass man sich zumindest den Namen gemerkt hat. Ich wurde dann immer öfter gehört. Am Anfang hat mir kaum jemand die Hand gegeben, kaum jemand sagte mir „Guten Tag“, besonders die Damen in der CDU-Fraktion, die haben mich als Aussätzige behandelt. Inzwischen ist das besser, ich habe mir eine Position erarbeitet. Ich habe im Kreistag mehrere Reden gehalten, ich bin nicht zu übersehen, inzwischen ist man freundlich zu mir. Ich habe bei mehreren Reden große Zustimmung von den Oppositionellen bekommen, da hat es inzwischen eine Anerkennung gegeben.

Gegenwind: Kommen wir zu einzelnen Themen. Wie sind der Stand der Fehmarnbelt-Querung und die Position der Linken dazu?

Sylvia Zanella-Foritto: Es hat sich nichts geändert an unserer Ablehnung. Im Wahlkampf hatte ich Plakate drucken lassen „Jetzt erst recht gegen die FFBQ“. Ich bin aber inzwischen alleine in der Position, denn die Grünen, die mit der CDU in einem Boot sitzen, sagen jetzt, sie könnten es nicht mehr verhindern, sie wollen das Beste aus dem Projekt machen. Das ärgert mich maßlos, gerade in dieser Zusammenarbeit, weil ich absolut davon überzeugt bin, dass die Feste Fehmarnbelt-Querung, das gesamte Projekt megalomane ist, sowohl ökonomisch als auch ökologisch. Es gibt überhaupt keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, sehr viele Dänen haben das inzwischen auch schon begriffen, nur ob sie noch von dem Projekt zurücktreten können, das ist die große Frage. Und es stellt sich die Frage: Wenn die Bahntrasse jetzt so ausgebaut wird, wie die Deutsche Bahn bisher plant, dann hieße das, dass unser gesamter Regionalverkehr an der Ostseeküste, die sog. Bädertrasse, eingedampft wird. Bahnsteige wie Sierksdorf, Haffkrug, Timmendorfer Strand würden es dann nicht mehr geben. Unfassbar, besonders für den Tourismus an der Ostseeküste, dass der Regionalverkehr zugunsten der Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung massiv reduziert wird.

Gegenwind: Gibt es denn die Chance, dass die Linke noch Veränderungen erreicht?

Sylvia Zanella-Foritto: Ich habe Hoffnung, dass wir in Kiel jetzt wieder mehr Gehör finde, sowohl bei der SPD als auch bei meinen eigenen Leuten. Wir haben vor kurzem auf Landesebene eine ökologische Plattform gegründet, und da ist das Thema Feste Fehmarnbelt-Querung jetzt fast ständig auf der Tagesordnung. Und ich versuche nach wie vor auch auf Bundesebene mit Herbert Behrens und den anderen Ablehnern der FFBQ zusammenzuarbeiten, auch mit den Europäischen Linken. Wir sind guter Hoffnung, dass wir klarmachen können, dass das gesamte Projekt völlig unnütz ist. Die Kosten-Nutzen-Analyse zeigt, dass es keinen Nutzen gibt. Es wird ja der größte Absenktunnel europaweit, wenn nicht der Welt, und wir können nachweisen, dass es ein Desaster wird wie die Elbphilharmonie oder der Berliner Flughafen. Wir sind auf Bundesebene, Landesebene und Kreisebene alle verknüpft.

Gegenwind: Thema Fracking: Was ist im Kreis geplant? Wie ist die Position der Linken?

Sylvia Zanella-Foritto: Da hat es (zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode) eine einstimmige Resolution des Kreistages gegeben gegen das Fracking. Es gibt einen allgemeinen Konsens, dass alle Kreistagsabgeordneten sich nicht vorstellen können, dass in unserem Kreis gefrackt werden soll. Es gab ja für Ostholstein die Anfrage einer norwegischen Firma, die hat selber nur ein Stammkapital von etwa 15.000 Euro und hat Pläne, ein Projekt im Zusammenhang mit Fracking für 10 Millionen Euro anzuschreiben. Das war so undurchsichtig, dass alle dagegen waren. Die Resolution ist nach Kiel zu Robert Habeck gegangen, noch gibt es keine klare Antwort. Ich habe in meiner Kreistagsrede dazu darauf hingewiesen, dass auf Bundesebene die Umweltministerin von der SPD, Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel, ebenfalls SPD, keine klare Position gegen Fracking beziehen, d.h., dass unter bestimmten Auflagen Fracking eben doch erlaubt werden soll. Da müssen wir ganz furchterlich aufpassen. Wir haben jetzt die neue Situation, dass die Ölpreise so gesunken sind, dass sich Fracking gar nicht mehr lohnt, aber es bleibt in der Hinterhand, und in Berlin will man

sich das offen halten. Auch TTIP und CETA sind das Einfallstor für Fracking in unserer Bundesrepublik. Die Linken machen gerade auf Kreisebenen Veranstaltungen gegen TTIP und CETA. Wir sind ja als Linke grundsätzlich gegen TTIP und CETA.

Gegenwind: Im Kreis von Ostholstein kommen viele Flüchtlinge an. Was läuft gut, was läuft schlecht, was sollte aus Sicht der Linken korrigiert werden?

Sylvia Zanella-Foritto: Da muss ich fairerweise sagen, dass ich mich diesbezüglich über den Kreis Ostholstein nicht beschweren kann. Im Gegenteil, ich muss den Kreis loben. Wir sind in einer sehr guten Position, wir sind auf allen Ebenen, bei der Selbstverwaltung, bei der Migrationsberatung des Kreises, bei anderen Möglichkeiten gut aufgestellt im Vergleich zu anderen Kreisen. Die Erfahrungen, die ich im Kreis Segeberg gemacht habe, sind ganz schlecht, da muss ich unseren Kreis loben. Ich selber betreue seit ca. 5 Jahren einen sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtling aus Afghanistan. Seine Name ist Gharibullah Karimi. Er ist mir inzwischen so sehr ans Herz gewachsen, dass er ein Familienmitglied ist. Gharibullah hilft mir mittlerweile als Dolmetscher bei zwei afghanischen Familien, die letztes Jahr über das sogenannte Bundeswehrkontingent zu uns gekommen sind und die ich ebenfalls betreue.

Gegenwind: Gibt es trotzdem noch etwas zu verbessern?

Sylvia Zanella-Foritto: Natürlich gibt es noch eine Menge zu verbessern. Die Unterbringung ist zum Teil schwierig, die Unterbringung in Lübersdorf oder jetzt neu in Hutzfeld ist ja am Ende der Welt. Da haben die Flüchtlinge kaum Möglichkeiten, in die Stadt nach Eutin zu kommen oder sich überhaupt im Kreis zu bewegen. Die Unterbringungen selbst sind nicht genug vorbereitet, es fehlt überall an Wohnraum, da müssen wir uns viele Gedanken machen. Es müssen bessere Angebote zustande kommen.

Gegenwind: Was sind denn die Aufgaben der Linken für den Rest der Wahlperiode? Was haben Sie sich noch vorgenommen?

Sylvia Zanella-Foritto: Wir haben in sämtlichen Ausschüssen das Thema „demografischer Wandel“. Wir wollen, und das ist auch mein Anliegen,



gen, mehr Familien in den Kreis Ostholstein bekommen. Es gibt alle möglichen Ideen, da wäre günstiger Wohnraum, der von der Politik allerdings erstmal geschaffen werden muss. Wir hatten hier ein Mehrgenerationenhaus geplant, letztendlich sind nur zwei Familien dort eingezogen, der Rest waren nur ältere alleinstehende Leute. Es hat nie die geplante Mischung aus jungen, mittleren und älteren Leuten gegeben. Es wurde hoch gelobt in der Presse, aber ist am Ende total am Konzept vorbei gegangen. Wir brauchen mehr billigen Wohnraum, da müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das besser realisieren können. Ansonsten haben wir das Thema Inklusion. Wir haben aus Brüssel die Vorgabe, bis 2020 sämtliche Stationen und Öffentliche Verkehre barrierefrei zu machen, da haben wir einen großen Aufholbedarf im Kreis Ostholstein. Das haben noch nicht alle im Kreis begriffen. Ich sitze mit im Beirat für behinderte Menschen und kümmere mich unter anderem um barrierefreie Zugänge für den öffentlichen Nahverkehr.

„Hartz-IV gehört abgeschafft“

Manfried Liedke, Kreistag Herzogtum Lauenburg

Gegenwind: Kannst du dich kurz vorstellen?

Manfried Liedke: Ich heiße Manfried Liedke, ich bin Mitglied im Kreistag im Herzogtum Lauenburg, und zwar als Einziger für die Linke. Wir hatten in der Periode davor drei Abgeordnete, aber das ist durch die Wahlkreisänderung, die deutliche Verkleinerung des Kreistages nicht mehr so. Man muss auch sagen, die Bundestendenz war nicht günstig für uns, so dass wir ein schlechteres Ergebnis hatten. An der Arbeit im Kreistag lag es wohl nicht.

Gegenwind: Wie ist die Zusammensetzung des Kreistages?

Manfried Liedke: Wir haben 19 CDU-Abgeordnete, 3 FDP-Abgeordnete, 7 Grüne-Abgeordnete, 14 SPD-Abgeordnete, ein Linken-Abgeordneter und ein RSL-Abgeordneter, das heißt „Rechtsstaatliche Liga“.

Gegenwind: Und wie ist das Klima? Arbeitet man zusammen, oder gibt es Blockbildung?

Manfried Liedke: CDU und FDP betreiben faktisch eine feste Blockbildung, die stimmen fast immer gemeinsam, egal was passiert. Bei Grünen, SPD und Linken ist es nicht immer so, das ist mehr themengebunden. So richtige feste Blockbildung gibt es nur bei CDU und FDP.

Gegenwind: Wie ist der Stand des RSL-Abgeordneten? Gibt es Absprachen mit ihm, oder ist er isoliert?

Manfried Liedke: Mir sind keine Absprachen bekannt.

Gegenwind: Wie verhält er sich?

Manfried Liedke: Unauffällig.

Gegenwind: Wie ist generell die Arbeit eines linken Einzelabgeordneten? Wird er von den Fraktionen eingebunden? Bekommt er Informationen?

Manfried Liedke: Ich bekomme die gleichen Informationen wie alle anderen auch. Das ist gewährleistet. Dass man vor Beschlüssen und vor Kreistagssitzungen miteinander spricht, das ist erst neuerdings der Fall. SPD und Grüne informieren mich jetzt vorab, was sie vorhaben, und es ist sinnvoll, das nicht erst im Kreistag zu erfahren. Absprachen in dem Sinne haben wir nicht. Aber wir hatten jetzt die Neuwahl des Landrats, und da sind die Grünen auf mich zugekommen, was ich sehr gut fand, und haben mir angeboten, gemeinsam die Kandidaten zu befragen, das habe ich gerne gemacht, das war eine prima Sache.

Gegenwind: Du warst also Gast der Fraktion?

Manfried Liedke: Ja, genau, als Gast. Und wir haben uns hinterher auf einen Kandidaten geeinigt. Es waren ursprünglich fünf, zwei haben abgesehen, dann waren es noch drei. Das war ein Mitglied der CDU-Fraktion, dann der Fraktionsvorsitzende der SPD, und ein Nicht-Abgeordneter, nämlich der Bürgermeister von Wentorf. Wir haben uns alle Kandidaten angeguckt und sind sehr deutlich zu dem Beschluss gekommen, wir werden den Bürgermeister von Wentorf unterstützen, weil er ein Verwaltungsprofi ist und wir der

Meinung waren, den brauchen wir jetzt dringend. Hat leider nicht geklappt.

Gegenwind: Wie war die Zusammenarbeit mit dem alten Landrat aus Sicht der Linken?

Manfried Liedke: Mit dem alten Landrat war die Zusammenarbeit durchschnittlich gut, aber er hatte gesundheitliche Probleme, deshalb scheidet er jetzt auch aus, in den letzten Monaten war er nicht mehr so präsent.

Gegenwind: Kommen wir zu einzelnen Themen, die die Linke beschäftigt. Ihr habt eine klare Position gegen Fracking. Wie stellt sich die Situation im Kreis dar?

Manfried Liedke: Unsere Position ist ganz eindeutig gegen Fracking und auch gegen konventionelle Förderung. Wir sind ein Tourismus-Kreis, hier passen weder Fracking- noch konventionelle Türme her. Und wir fürchten schwere Schäden für unsere Naturschutz-Gebiete. Und jetzt in der Energiewende ist das Fördern völlig überflüssig. Der Kreistag hat eine Resolution verfasst, dass wir das nicht wollen. Jetzt sind die Kommunen am Zug. Es geht ja um das „Fördergebiet Schwarzenbek“, das allerdings fast halb Norddeutschland umfasst. Die Stadt Schwarzenbek hat jetzt auch den Beschluss gefasst, Klage zu führen. Das hat zumindest einen Verzögerungseffekt. Das begrüßen wir. Solange die Klage läuft, und das kann Jahre dauern, kann hier nichts passieren. Die Mehrheit hier, gerade wenn man mit den Leuten spricht wie im Kommunalwahlkampf, sind aufgeschreckt und sind dagegen.

Gegenwind: Was für eine Klage ist das? Gegen wen richtet sie sich?

Manfried Liedke: Die Klage richtet sich gegen die Aufsuchungserlaubnis für die Firma, also dagegen, dass sie Probeborungen machen darf.

Gegenwind: Ein weiteres Thema der Linken ist die Armut, besonders die Kinderarmut. Wie seid ihr da aktiv?

Manfried Liedke: Die Linke ist ja mal entstanden wegen der Agenda 2010. Jetzt haben wir 10 Jahre Agenda 2010, also Hartz IV, und das Dilemma zeigt sich hier bei uns im Kreis. Nach der neuesten Statistik haben wir 3723 Kinder, die in Hartz-IV-Verhältnissen, also in Armut leben. Wir veröffentli-

chen dazu jetzt einen Flyer, dann werden wir das Thema ganz groß behandeln und darauf hinweisen, dass das geändert werden muss. Wir sind nach wie vor der Meinung, Hartz-IV gehört abgeschafft und durch andere Maßnahmen ersetzt, zum Beispiel durch ein bedarfsgerechtes, sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1050 Euro monatlich. Außerdem muss mindestens der Mindestlohn gezahlt werden, um diese Situation für alle Betroffenen und vor allem für die 3723 Kinder zu beenden.

Gegenwind: Welche Möglichkeiten hat die Linke, solch ein Thema in den Kreistag einzubringen? Lassen es die anderen Fraktionen zu?

Manfried Liedke: Ich habe als Einzelabgeordneter kein Antragsrecht, ich müsste mich mit den anderen irgendwie einigen oder erreichen, dass ein anderer das für uns tut. Ich weiß nicht, ob das was bringt, ich fürchte eher nicht. Deshalb setzen wir auf außerparlamentarische Arbeit, machen viel mit Pressemitteilungen, die auch freundlicherweise alle gedruckt werden.

Gegenwind: Ihr habt auch Probleme mit der Wohnungsversorgung und dem sozialen Wohnungsbau. Wie ist die Position, was kann die Linke durchsetzen?

Manfried Liedke: Uns fehlen 30 Prozent an Wohnungen im Sozialbereich. Verschärft wurde die Lage in Schleswig-Holstein unter Schwarz-Rot und dem damaligen Innenminister Ralf Stegner. Er hat die Laufzeit der Sozialbindung stark verkürzt, so dass jetzt schon weit mehr Wohnungen aus der Bindung raus sind als es gekommen wäre, wenn man alles hätte weiterlaufen lassen. Der Kreis an sich kann nichts machen, dazu habe ich eine Anfrage an die Verwaltung gestartet. Mir wurde mitgeteilt, dass aufgrund einer Gesetzesänderung die Kreise außen vor sind. Jetzt sind die Kommunen, die Gemeinden gefordert. Wir sind ja auch in Geesthacht im Rat, dort wird gerade ein größeres Bauvorhaben geplant, dort wird versucht, etwas für den sozialen Wohnungsbau zu machen, damit man mehr bezahlbare Wohnungen bekommt als bisher geplant ist. Der Bedarf ist erheblich, denn der Kreis bekommt Druck aus Hamburg. Hartz-IV-Empfänger in Hamburg werden darauf hingewiesen, wenn sie eine gleich große Wohnung wie bisher behalten wollen, sollen sie ins Herzogtum ziehen, denn da sei sie bezahlbar.

Wir kriegen also Druck aus Hamburg, der Bedarf ist enorm.

Gegenwind: Was kann die Linke konkret durchsetzen?

Manfried Liedke: Die Linke kann Öffentlichkeit herstellen, darauf hinweisen, Broschüren verteilen. Es muss etwas geschehen, wir brauchen die Sozialwohnungen, jetzt mehr denn je. Es geht um Öffentlichkeitsarbeit, mehr Druckmöglichkeiten haben wir im Moment nicht.

Gegenwind: Ein noch größeres Thema ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. Ein Einzelabgeordneter im Kreis Lauenburg ist dagegen, was kann er tun?

Manfried Liedke: Auch da können wir nur informieren und Broschüren verteilen, die wir aus Berlin bekommen. Freihandel hört sich erstmal gut an. Aber eine gemeine Sache aus unserer Sicht sind nicht Chlorhühnchen, sondern die Einführung geheimer Schiedsgerichte, die an Stelle von ordentlichen Gerichten darüber entscheiden werden, wenn es Streitigkeiten gibt. Das finden wir nicht in Ordnung, weil solche Sachen vor ein ordentliches Gericht und in die Öffentlichkeit gehören. Da sind unsere großen Befürchtungen, dass dadurch die Standards gesenkt werden, zum Beispiel mit Schadenersatzdrohungen. Außerdem sind praktisch alle Verhandlungen geheim gelaufen, es ist fast nichts bekannt, und da sagen wir auch, das kann nichts Gutes sein.

Gegenwind: Plant ihr auch etwas Konkretes dazu auf Kreisebene? Im Kreistag Nordfriesland ist ja eine Resolution gegen TTIP verabschiedet worden.

Manfried Liedke: Aber als Einzelabgeordneter habe ich hier kein Antragsrecht. Ich fürchte aber auch, wenn ich jemanden finde das einzubringen, wird keine Mehrheit zustande kommen.

Gegenwind: Was ist insgesamt aus linker Sicht geplant, was gibt es für Vorhaben bis zum Ende der Wahlzeit?

Manfried Liedke: Ein starkes Thema ist die Konsolidierung des Haushaltes, wir sind ein sogenannter „Konsolidierungskreis“. Wir haben es noch nicht geschafft, die Bedingungen zu erfüllen, es fehlen noch eineinhalb



Million Euro. Jetzt kommt das FAG dazu, das wir als sehr ungerecht empfinden. Es wird jetzt bei uns diskutiert, dazu ist eine Klausur geplant, welche Vorschläge der Hauptausschuss machen wird, was weiter zu tun ist. Das Sparen ist im Prinzip schon ausgereizt, jetzt steht im Raum, die Kreisumlage zu erhöhen.

Gegenwind: Wie ist denn die linke Position dazu? Eine Erhöhung der Kreisumlage verschiebt das Problem, löst es aber nicht.

Manfried Liedke: Wir sehen das auch kritisch. Wir haben ja auch gegen die Konsolidierung gestimmt, weil wir gesagt haben, Sparen können wir auch ohne den Konsolidierungsfonds und ohne die Zwänge, die damit verbunden sind. Wir sehen das sehr kritisch, weil hier zwar einige Städte profitieren, aber auch viele gar nichts davon haben oder unter Kürzungen leiden. Das heißt, die Gemeinden stehen auch nicht so toll da, dass man sagen könnte, jetzt können wir es uns bei denen holen.

Gegenwind: Gibt es weitere Themen, die noch abgearbeitet werden sollen?

Fortsetzung nächste Seite ►

„Wir wollen Sozialwohnungen in allen Stadtteilen“

Antje Jansen, Bürgerschaft Lübeck

Gegenwind: Kannst du dich bitte vorstellen?

Antje Jansen: Mein Name ist Antje Jansen. Ich bin seit 2005 bei den Linken, bin 2008 mit einem Wahlergebnis der Linken von mehr als 11 Prozent mit in die Bürgerschaft gekommen, damit sind wir mit sieben Leuten eingezogen. Da war ich schon Fraktionsvorsitzende. Zwischendurch war ich im Landtag, den mussten wir nach zweieinhalb Jahren wieder verlassen. Jetzt bin ich

► *Fortsetzung von voriger Seite:*

Manfried Liedke: Wir haben das Thema, das alle haben: Wie bringen wir die Flüchtlinge unter, die jetzt kommen? Das wird uns auch weiter beschäftigen, ob wir etwas neu bauen oder ergänzen müssen. Wir haben eine Sammelunterkunft in Gudow, die jetzt vermutlich nicht mehr reichen wird. Da sind Baumaßnahmen gefordert, das Thema wird uns die nächsten Jahre beschäftigen. Denn die Flüchtlinge werden in die Städte verteilt, müssen Wohnungen bekommen. Da gibt es keine Einwände, Flüchtlinge in Wohnungen aufzunehmen, aber Vermieter wollen wissen, wie lange sie bleiben, und ihnen wird gesagt, es könnte sein, dass sie in drei Monaten wieder raus müssen und neue kommen. Das wollen Vermieter nicht, das ist eine Herausforderung für die Kreisverwaltung.

seit 2013 wieder in der Bürgerschaft, wir sind sehr abgestürzt, bekamen 3,9 Prozent, wir sind also mit zwei Menschen in der Bürgerschaft vertreten.

Gegenwind: Wie erklärst du dir den Absturz von sieben auf zwei Abgeordnete?

Antje Jansen: Ich kann das schlecht erklären. Wir haben eine gute Kommunalpolitik gemacht, wesentliche Fragen aufgezeigt, den Finger in die Wunde gelegt. Wir hatten zeitweilig eine Kooperation mit SPD und Grünen, vielleicht hat uns das geschadet, in der Opposition kann man ja ein bisschen besser agieren. Wir haben auch bei Wohnprojekten mitgestimmt, die unsere Klientel nicht unbedingt befürwortet, zum Beispiel auf der Wallhalbinsel. Wir konnten gerade den anderen abringen, dass es eine bessere soziale Durchmischung gibt. Aber hinterher mussten wir wieder aussteigen, weil das mit unseren Grundsätzen gar nicht mehr vereinbar war. Wir haben gegen den Flughafen gekämpft, und nachdem der privatisiert war, hat die SPD die Kooperation mit uns aufgekündigt. Kann sein, dass uns das geschadet hat. Aber wir sind im ganzen Land ziemlich abgestürzt, vielleicht haben die Wählerinnen und Wähler uns nicht mehr so wichtig gefunden. 2008 war die Wahl mit der Bundestagswahl zusammen, das ist für eine kleine Partei immer besser. Und so etabliert sind wir ja

nicht, selbst in den Städten nicht, dass man sagt, die brauchen wir in Lübeck unbedingt.

Gegenwind: Wie ist die Bürgerschaft insgesamt zusammengesetzt? Wo stehen die Linken da?

Antje Jansen: Die Fünf-Prozent-Hürde ist ja abgeschafft, deshalb ist die Bürgerschaft bunt gemischt. Wir haben die SPD, die CDU, wir haben die Freien Wähler mit einem Einzelvertreter, die Piraten mit einem Einzelvertreter, wir haben die Partei, die bundesweit nur hier in Lübeck einen Sitz hat, noch eine Wählergemeinschaft BfL mit zwei Sitzen, FDP mit zwei Sitzen, wir mit zwei Sitzen. Und nach SPD und CDU sind die Grünen die drittstärksten. Ein Problem kommt noch, sie wollen jetzt eine Drei-Prozent-Hürde einführen, weil sie genervt sind von den vielen Gruppen in der Bürgerschaft. Freie Wähler, Piraten oder Die Partei haben eben 1,8 oder 2,8 Prozent, die wollen sie nicht haben. Wir sind jetzt eine kleine Oppositionspartei. Wir stimmen sachorientiert ab. Es gab direkt nach der Wahl eine rot-grüne Kooperation mit einer Stimme von den Freien Wählern, da haben wir natürlich versucht Unruhe zu stiften, weil die Grünen meistens mit der SPD mitstimmen und Kompromisse eingehen mussten. Wir haben es mit anderen zusammen gut geschafft, da Stachel reinzubringen, und uns ist in der letzten Bürgerschaftssitzung gut gelungen, mit der CDU und kleinen Oppositionsparteien gegen einen SPD-Kandidaten eine parteilose Senatorin zu wählen, die den größten Fachbereich leiten wird. Wir haben das durchbekommen mit einer Stimme Mehrheit. Das ist ein Erfolg von uns, denn in Lübeck ist alles SPD-besetzt, ganz selbstverständlich. Die SPD stellt die Sensoren, andere gucken sie sich gar nicht an. Und da haben wir gut mitgeholfen, dass wir eine personelle Veränderung haben.

Gegenwind: Wie ist das Klima innerhalb der Bürgerschaft? Reden alle mit allen, oder gibt es Blockbildungen?

Antje Jansen: Nein, es redet jeder mit jedem. Wir reden auch mit der SPD, wir reden mit der CDU, wir reden mit allen anderen auch. Ich denke auch, das muss so sein. Und natürlich, wenn wir Anträge haben, dann gibt es einen Schlagabtausch. Gerade auch unsere Themen haben mehr Chancen bei der SPD, das Bündnis mit den Grünen

gibt es ja nicht mehr, wir haben wechselnde Mehrheiten mit einer Annäherung zwischen SPD und CDU. Das ist noch nicht fest, und dadurch haben wir mehr Möglichkeiten, unsere Anträge durchzubekommen, zumindest in veränderter Form durchzubekommen. Anträge, die unserem Profil entsprechen, unterstützen wir.

Gegenwind: Müsst ihr Kompromisse eingehen, um eigene Forderungen durchzubringen?

Antje Jansen: Ja, das müssen wir. Solange unsere Absicht erkennbar bleibt, fügen wir die von anderen Fraktionen eingebrachten Änderungen ein. Unsere Anträge werden sonst abgelehnt.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zur Verwaltungsspitze? Bekommt ihr alle Informationen, die ihr braucht?

Antje Jansen: Das ist ganz schwierig hier. Wir als kleine Fraktion bekommen ganz schlecht Informationen, wir müssen über die Ausschüsse und andere Gremien immer wieder nachfragen, ehe wir Informationen bekommen. Das gilt nicht nur für die Linke, alle kleinen Fraktionen kriegen das zu aller letzt. Wir hoffen jetzt, dass wir mit unserer parteilosen Senatorin im größten Dezernat, also Kultur und Bildung, besser fahren. Sie hat uns zugesichert, dass sie mit uns zusammenarbeitet und mit allen Fraktionen zusammenarbeitet. Aber sonst hören wir wichtige Sachen aus den Medien, oder in den Ausschüssen, bei einem Bericht. Aber es kommt zu uns kaum jemand und sagt, das haben wir jetzt vor.

Gegenwind: Und wie verhält sich die Verwaltung sonst? Hält sie sich an Beschlüsse der Bürgerschaft?

Antje Jansen: Da sind die Senatoren und der Bürgermeister zuständig. Sie verzögern die Umsetzung. Ein Beispiel: Wir hatten einen Antrag im Sozialausschuss zu den Obdachlosen hier im Winter. Die Obdachloseneinrichtung ist überfüllt, die Menschen müssen auf den Fluren schlafen. Wir haben den Antrag im Sozialausschuss einstimmig beschlossen, dass die Nebenräume des Hauses erst mal genutzt werden, damit Obdachlose unterkommen, und dass die Unterkunft erweitert wird. Und was macht unser Bürgermeister? Der sagt, sie dürfen dort nur vorübergehend übernachten, wenn es wärmer wird, müssen sie raus. Er



denkt überhaupt nicht daran, die Einrichtung zu erweitern, er sagt, es muss einen anderen Standort geben. Aber für Obdachlose einen anderen Standort zu finden, der im Stadtteil akzeptiert wird, ist schwierig. Sie halten sich nicht unbedingt an Beschlüsse. Die Linke muss Anträge oft wiederholt stellen, in veränderter Form.

Gegenwind: Kommen wir zu einzelnen Themen. Ihr beschäftigt euch mit Armut, besonders mit Kin-

derarmut. Was macht ihr dort, was habt ihr schon erreicht?

Antje Jansen: Verantwortlich im Bereich Armut sind vor allem die Bundespolitik und die Landespolitik. Aber die Kommune kann für ihre Menschen auch was machen. Hier finden Armutskonferenzen statt, jedes Jahr eine, wir haben Armutsberichte. Wir haben immer gefordert, dass es zusätzlich zu Hartz-IV jedes Jahr 100 Euro zu Weihnachten gibt. Wir möchten weiterhin auch ein kostenfreies Mittagessen für

Die Morde des NSU



Von 2000 bis 2006 ermordeten die NSU-Nazis zehn Menschen, neun Einwanderer und eine Polizistin. Wer sind die Täter? Wer sind die Opfer? Was taten die „Sicherheitsbehörden“, warum mussten sie nach der NSU-Aufdeckung Akten vernichten? Was mussten sie vertuschen? Wer sind die Helfer der Täter, und wie ist das politische Klima in diesem Land? Denn die Täter konnten nicht nur unbehelligt von den Sicherheitsbehörden morden, auch Presse und Öffentlichkeit drängten nicht besonders, die schon früh erkannte Mordserie endlich aufzuklären.

Reinhard Pohl: **Die Morde des NSU.**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

alle. Wir können die Kindergärten zusätzlich stärken, dass auch mehr Personal eingestellt wird. Wir haben hier den Bildungsfonds, der von der Stadt und den Stiftungen eingerichtet worden ist. Sie können ins Theater gehen, in den Sportverein, das ist aber für die Eltern nicht kostenlos, sie müssen immer noch einen kleinen Betrag dazu bezahlen. Wir möchten, dass es auch kostenlos möglich ist. Gleichzeitig ist die Altersarmut ein Problem. Im Armutsbericht 2012 wird berichtet, dass die Altersarmut gestiegen ist, obwohl wir 2010 und 2011 darüber diskutiert haben, wie wir sie verringern können. Aber wir haben jetzt den Konsolidierungsfonds, und deshalb sagt man, dafür ist kein Geld da, das müssten Bund und Land ändern. Wir diskutieren das in der Bürgerschaft, bringen auch Anträge rein, dass die Stadt auch was macht.

Gegenwind: Ein weiteres Problem ist die Situation der Wohnungen, es gibt zu wenig preiswerten Wohnraum. Was wollt ihr, und wie wollt ihr das erreichen?

Antje Jansen: Wir haben jetzt ein Wohnungsbaukonzept diskutiert, das bis 2020 reichen soll. Dort steht drin, dass der Bedarf im sozialen Wohnungsbau, die Versorgung mit günstigem Wohnraum abgedeckt wird. Aber es kommen auch viele Flüchtlinge, man kann sich gar nicht vorstellen, dass der Bedarf an sozialem Wohnungsbau abgedeckt wird. Wir wollen, dass in allen Bereichen, vor allem in allen Stadtteilen 30 Prozent Sozialwohnungen entstehen. Es wird gesagt, das ginge gar nicht, aber in den letzten Monaten wurden hauptsächlich Planungen für Luxuswohnungen in der Bürgerschaft verabschiedet, und wir haben sozialen Wohnungsbau und günstige Wohnungen immer angemahnt. Die Verwaltung hat den Bedarf zugegeben, meint aber, wir bauen ja 500, 900, 1000 Wohnungen, aber in Moisling und Bunte Kuh, aber wir wollen das auch hier in der Innenstadt. Wenn wir hier „Wohnen am Wasser“ haben, warum gibt es dann nicht auch günstige Wohnungen, Geschossbau mit Sozialwohnungen. Die Hansestadt Lübeck hat sich darauf spezialisiert, mit der eigenen Wohnungsbaugesellschaft „Trave“ die Sozialwohnungen umzubauen, was ja auch richtig ist, aber wir

wollen nicht akzeptieren, dass sozialer Wohnungsbau gar nicht mehr stattfindet. Deshalb haben wir zur kommenden Sitzung der Lübecker Bürgerschaft wieder einen Antrag dahingehend gestellt, zusätzlich zu den Anträgen und Nachfragen im Sozialausschuss. Davon sind die Sozialdemokraten schon genervt.

Gegenwind: Ein weiterer Punkt sind die städtischen Seniorenheime. Was ist da eure Position?

Antje Jansen: Die städtischen Seniorenheime haben ein großes Defizit. Das diskutieren wir seit Jahren, die Seniorenheime sind gut ausgelastet, mit gut bezahltem Personal, das wird nach Tarif bezahlt. Unsere Position ist, sie dürfen nicht privatisiert werden, in diese Richtung geht ja die Diskussion. Also sie dürfen nicht verkauft werden, es darf nicht am Personal gespart werden, sie müssen in kommunaler Hand bleiben. Es muss klar sein, dass wir auf sozialem Gebiet keine Gewinne eingefahren werden. Da haben uns alle anderen Parteien Recht gegeben, die Seniorenheime werden immer mit einem Defizit arbeiten. Das Defizit kann man nicht senken, ohne das Personal schlechter zu bezahlen oder zu entlassen, und das wollen wir hier nicht. Da haben wir auch die SPD an unserer Seite, sie wollen aber ein bisschen sanieren. Sie wollen vielleicht keine Auszubildenden mehr haben, das sind aber auch Sachen, die wir nicht akzeptieren. Wir brauchen auch Seniorenheime für Menschen mit wenig Geld.

Gegenwind: Gibt es konkrete Bestrebungen zur Privatisierung?

Antje Jansen: Ja, die gibt es. Nicht unbedingt von der SPD, aber es gibt auch von der SPD Teil-Privatisierungs-Bestrebungen. Sie wollen, dass eventuell Stiftungen mit einsteigen. Wir lassen das prüfen, das geht vermutlich rechtlich nicht. Wir sind ja im Konsolidierungsfonds, da muss Lübeck noch sechs Millionen Euro einsparen. Ich weiß nicht, wie der Bürgermeister das machen will, aber das Land weist immer darauf hin, dass die Seniorenheime 1,5 Millionen, 2 Millionen Euro pro Jahr Defizit haben trotz guter Auslastung. Das Land will, dass Lübeck privatisiert. Der Konsolidierungsfonds ist schädlich für Lübeck.

Gegenwind: Was wollt ihr bis zum Ende der Wahlperiode noch anpacken?

Antje Jansen: Wir wollen, dass die Kürzungsmaßnahmen nicht im sozialen Bereich, nicht im Bildungsbereich und nicht im Kulturbereich stattfinden. Alle Vereine, Verbände, Initiativen sollen ihr Geld, auch mehr Geld bekommen. Alles soll erhalten bleiben, nichts soll geschlossen werden. Wir wollen, dass das Theater weiter funktioniert, das hat ja auch ein hohes Defizit. Wir wollen, dass die Kindergärten besser ausgestattet werden. Und wir wollen, dass die kostenlosen Verhütungsmittel wieder eingeführt werden, die hatten wir schon mal. Dafür gab es 60.000 Euro im Jahr, als wir die Kooperation mit der SPD hatten. Die waren nach einem knappen halben Jahr verbraucht. Es gab auch eine landesweite Unterschriftensammlung dafür, weil sich viele Verhütungsmittel nicht leisten können. Und wir kämpfen weiter dafür, dass sozialer Wohnungsbau überall stattfindet, 30 Prozent in jedem Stadtteil. Und es geht um die soziale Schieflage. Wir haben hier ganz viele Langzeit-Arbeitslose, die seit 10, 15, 20 Jahren arbeitslos sind, das sind in Lübeck 7.000 bis 8.000 Menschen, für die wollen wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor einrichten. Die Bürgerarbeit ist hier zu Ende, und die Hansestadt Lübeck hatte einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit dem Jobcenter geplant, aber wegen des Konsolidierungsfonds ging das nicht mehr. Da leiden die Menschen unter diesem Konsolidierungsfonds. Und ein Projekt ist das Sozialticket, auch schwierig jetzt.

Gegenwind: Wie bringt ihr eure Themen voran, außer in der Bürgerschaft? Was macht ihr auf der Straße?

Antje Jansen: Wenn wir Anträge stellen, verabreden wir uns vorher mit Vereinen und Verbänden, wir hören auf sie und stellen auch Anträge für sie hier in der Bürgerschaft. Wir machen Pressemitteilungen, und die Partei, der Kreisverband verbreitet das auch. In den Medien kommen wir auch gut vor, wir werden zu unseren Themen angerufen und nach unserer Meinung gefragt. Wir haben die Stadtzeitung, wo wir unsere Position rüberbringen können, pro Woche ein Artikel, und die Stadtzeitung wird kostenlos verteilt. Alle werden wir nicht erreichen, aber wenn es wieder etwas wärmer ist, machen wir auch wieder einen Stand in der Innenstadt. Das ist auch nötig nach dem Absturz von 11 auf 3 Prozent.

„Einsparungen zu Lasten der Schwächsten“

Heinz-Michael Kittler, Kreistag Segeberg

Gegenwind: Kannst du dich zunächst vorstellen?

Heinz-Michael Kittler: Ich bin Heinz-Michael Kittler, seit 2008 Vorsitzender der Fraktion »DIE LINKE« im Segeberger Kreistag, 68 Jahre alt und wohne in Kattendorf.

Gegenwind: Ihr seid landesweit in den Kreistagen die einzige linke Fraktion, in anderen Kreistagen gibt es nur Einzelabgeordnete. Wie erklärst du dir, dass es in Segeberg mit einer Fraktion bei den letzten Wahlen geklappt hat?

Heinz-Michael Kittler: Das erkläre ich mir erstens dadurch, dass wir in der vorigen Wahlperiode wohl nicht alles falsch gemacht haben. Zweitens mit unserer Nähe zu Hamburg, bzw. weil u.a. ein knappes Drittel unserer Wähler in der Stadt Norderstedt wohnt, wo wie in den anderen größeren Städten eine weniger konservative Tradition besteht, als in der Fläche.

Gegenwind: Wie sind insgesamt die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag?

Heinz-Michael Kittler: Die haben sich verändert. Bei der Kommunalwahl 2008 verlor die CDU die absolute Mehrheit und konnte nur noch gemeinsam mit der FDP den Kreistag dominieren. Auch diese Mehrheit ist bei der Wahl 2013 entfallen. Jetzt hat die CDU im Kreistag 25 und die FDP drei Sitze, macht zusammen 28. Die andere Hälfte hat auch 28 Sitze, nämlich die SPD 16, Grüne 8, Piraten 2 und wir auch 2. Das ist für hiesige Verhältnisse eine völlig neue Situation, und zwingt zu einer besseren Zusammenarbeit als vorher.

Gegenwind: Wie ist das Klima zwischen den Parteien? Reden alle mit allen? Habt ihr bevorzugte Gesprächspartner?

Heinz-Michael Kittler: Es reden alle mit allen. Mit antikommunistischem Unsinn wie anfangs werden wir nur noch selten gelangweilt, höchstens von ein paar nachgerückten Hinterbänklern, die noch üben. Die meisten Kollegen kennen wir jetzt seit 8 Jahren und wissen genau wann wir zuspitzen, oder erst mal Verbündete gewinnen sollten. Ein Kreistag ist ja auch anders aufgestellt als ein Parlament, wir haben in der Selbstverwaltung keine Regierung und Opposition.

Wir müssen aufeinander zugehen, und 80 bis 90 Prozent der Beschlüsse werden letztlich mit großer Mehrheit oder einstimmig gefasst.

Gegenwind: Gibt es in bestimmten Fragen Blockbildungen?

Heinz-Michael Kittler: Sicher gibt es die. Der rechte Block strebt prinzipiell Sparsamkeit an, um die Steuerlast der Vermögenden zu schonen. Das trifft stets Sozialbudgets, Ökologie und

das Personaltableau der Kreisverwaltung und damit die Dienstleistungs- und Bürgerfreundlichkeit. Bei Wirtschaftsförderung sind sie da eher großzügig. Die anderen Parteien sind sozialer aufgestellt und sorgen sich auch mehr um die Umwelt. Dennoch sind die „Blockgrenzen“ fließend und konstruktive Debatten führen oft zu Annäherung der Positionen. Zu Grünen und Sozialdemokraten haben wir zwar inhaltlich die größte Schnittmenge, aber dennoch auch scharfe Grenzen.



Heinz-Michael Kittler (links) und Holger Weihe, die beiden Abgeordneten der Linken im Kreistag Segeberg

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung? Bekommt ihr alle Informationen, werden die Abgeordneten gleichberechtigt behandelt? Wie ist euer Verhältnis zum Landrat?

Heinz-Michael Kittler: Von der Verwaltung fühlen wir uns ordentlich behandelt. Es gibt natürlich Unterschiede, je nachdem wie hartnäckig oder massiv wir unsere Anfragen gestalten. Das kann natürlich für eine Verwaltung auch unangenehm oder arbeitsintensiv sein, und eine Verwaltung tickt ja anders als Politik. Aber wir werden auf jeden Fall gleich behandelt. Zu der Landrätin Jutta Hartwig hatten wir ein sehr gutes Verhältnis. Bei der Landratswahl letztes Jahr wählte wieder der Kreistag, statt wie zuvor die Bevölkerung. Deshalb hatte sie als SPD-Kandidatin einen schlechten Stand und nicht mal die eigene Partei voll hinter sich. Deshalb schlugen die kleinen Parteien einen Kandidaten ohne Parteiproporz gegen den CDU Kandidaten vor. Zum neuen parteilosen Landrat, dem Verwaltungsjuristen Jan Peter Schröder, vorgeschlagen von Grünen, Piraten, FDP und uns haben wir natürlich ein ganz besonderes Verhältnis. Er hat sich in kurzer Zeit bewährt, und manche Projekte dort weitergeführt, wo es Jutta Hartwig wegen oft massiver Behinderung ihrer politischen Gegner nicht möglich war.

Gegenwind: Kommen wir zu einzelnen Themen. Gegenwind-Leserinnen und -Leser kennen seit Jahren eure Presseerklärungen zu Unterkunftskosten und Fragen des Wohnungsbaus. Was wollt ihr da erreichen, was könnt ihr da erreichen?

Heinz-Michael Kittler: Das ist für uns ein Dauerthema. Als kleine Fraktion müssen wir Schwerpunkte setzen. Die Unterkunftskosten sind wir vor drei Jahren verstärkt angegangen, weil der Kreis zum ersten Mal einseitig eine Mietobergrenzen-Tabelle erlassen hatte, ohne die Parteien zu beteiligen. Mit der erlassenen Richtlinie wollte er die Sätze nach der Wohngeldtabelle unterlaufen und versprach sich davon Einsparungen von über einer Million Euro zu Lasten der Schwächsten. Besonders, weil wir viele Verbündete aus anderen Parteien gewinnen konnten, war unsere Kampagne erfolgreich: Bestandsschutz der einmal gewährten

Mietenhöhe für hilfebedürftige Mieter, Erhöhung der Tabellenwerte um durchschnittlich 20%, verstärkte Einzel- und Härtefallprüfung durch die Jobcenter, Evaluierung der weiteren Entwicklung und Installation eines runden Tisches von Politik, Verwaltung, Jobcenter und Wohnungsbauwirtschaft, der gerade wieder tagt.

Inzwischen hat die Frage der Unterkunftskosten eine ganz neue Qualität bekommen, seit ab dem 1. Juli letzten Jahres die Sozialwohnungen wie Dominosteine aus der Bindung fallen und die Landesregierung für den Restbestand den Vermietern alle 3 Jahre eine Mietpreiserhöhung zugestanden hat. Deshalb erwarten wir noch eine stärkere Mangelzunahme an bezahlbarem Wohnraum und die Zahl der Bedürftigen wird leider immer weiter zunehmen. Neben Niedrigverdienern müssen Hilfebedürftige aus dem Hartz-IV-Bereich und Sozialhilfeberechtigte versorgt werden. Die stärkste Zunahme ist aber noch vor den Flüchtlingen bei Grundsicherungsbedürftigen im Alter zu verzeichnen, bei denen der Bund zwar jetzt für den Regelsatz aufkommt, aber nicht für die Unterkunftskosten. Da ist überhaupt kein Land in Sicht denn immer stärkere Jahrgänge mit immer mehr gebrochenen Erwerbsbiografien gehen jetzt in Rente. Aktivitäten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben. Im letzten Jahr konnten wir in diesem Zusammenhang auch initiieren und mehrheitlich durchsetzen, dass der Kreis künftig eigene Liegenschaften nur veräußert, wenn der Käufer eine Sozialbauquote von 30 % garantiert. Konkreter Anlass war das Ansinnen des Kreises, eine 7 ha große Fläche zu verkaufen, was mangels Bereitschaft des Käufers, diese Auflage einzuhalten, dann auch gestoppt wurde.

Gegenwind: Ihr kümmert euch auch um einen prominenten Einzelfall: Die Tierärztin Margret Herbst. Ihr vertretet, sie wäre ungerecht behandelt worden. Wie verläuft eine solche Diskussion in einem Kreis, wo die persönlichen Beziehungen eine größere Rolle spielen als auf Landes- oder Bundesebene?

Heinz-Michael Kittler: Das Thema Whistleblowing versus Schweigekartelle lässt sich meiner Meinung nach nicht von der Landes- oder Bundesebene trennen. Diese Kampagne hatten wir vor einem Jahr gestartet, zufällig zwei Wochen, bevor wieder ein

Schlachthofskandal in Bad Bramstedt bekannt wurde. Treiber dieser Themenkampagne waren Abwehrreflexe der Verwaltung und heute noch politisch aktiver Beteiligten auf unsere ersten, üblicherweise niedrigschwelligen Anfragen hierzu.

Frau Dr. Margrit Herbst wurde vor 20 Jahren als eingesetzte Amtstierärztin wegen Bruchs der Verschwiegenheitspflicht vom Kreis geschasst und erhielt nirgendwo wieder eine Anstellung. Da sie wegen Meldung von BSE-Verdachtsfällen gemobbt wurde, hatte sie sich schließlich an die Presse gewandt. Nach unserer Überzeugung wurde damals in Kooperation von Kreis, Land- und Fleischbranche an der Dokumentation manipuliert und mit der Gesundheit der Bevölkerung Russisch Roulette gespielt. Aber letztlich behielten die Arbeitsgerichtsurteile, die ihre Kündigung nicht aufhoben, aus Gründen der Rechtssicherheit Bestand, obwohl sie deutlich im Berufungsverfahren von der ersten Kammer des Landesarbeitsgerichts kritisiert wurden, die auch vergeblich dem Kreis eine Wiedereinstellung empfahl. Uns war es leider nicht gelungen, die Mehrheit im Kreistag zu überzeugen, diesen Fall aus heutiger Sicht neu zu würdigen und Frau Dr. Herbst mit Rehabilitation und einer Entschädigung ihr sehr bescheidenes Dasein im jetzigen Rentenalter etwas zu erleichtern.*

Auch wenn uns das Ergebnis nicht gefällt möchte ich hervorheben, dass die Diskussion von fast allen Kollegen ernsthaft, offen und ausführlich geführt wurde und das bei enormer Materialsichtung. Letztlich konnten wir aber nur 6 der 8 Grünen und einen der 2 Piraten mit ins Boot bekommen, aber das war alles. Alle anderen Parteien, auch die SPD, haben sich gegen unsern Antrag entschieden. Im Mai rückt übrigens die Tierärztin Dr. Karin Thiessen, in deren Wahlkreis Bad Bramstedt liegt, für die SPD in den Bundestag ein. Sie hat bereits 21 Jahre als Amtstierärztin gearbeitet und wurde letzte Woche in unserer Regionalzeitung zitiert mit: Im Schlachthof sei sie als Amtsperson beschimpft und beleidigt worden, wenn sie auf die Einhaltung von Gesetzen pochte, und weiter: „Viele machen sich zu Erfüllungsgehilfen der Betriebe, in denen sie arbeiten.“ Thiessen erzählt, dass sie selbst mehrfach Unregelmäßigkeiten gemeldet habe und den Dienstweg bis ins Ministerium gegangen sei: „Das interessiert kein Schwein. Wer sich unbe-

liebt macht, riskiert es, kaltgestellt zu werden.“ Diese Zustände sollen öffentlich bekannt werden, hat sie sich vorgenommen: „Das muss einfach mal ins Bewusstsein der Leute“, dafür will sie ihre Position im Bundestag nutzen. Gut gebrüllt, aber schade, dass sie von der massiven Pressekampagne zu ihrer Kollegin Dr. Margrit Herbst offensichtlich überhaupt nichts mitbekommen hat, geschweige sich zu Wort gemeldet hatte zu diesem berühmten Fall in ihrem eigenen Wahlkreis.

Gegenwind: Ihr geht bei eurer Arbeit noch weiter in die Vergangenheit. Ihr habt die Kreisverwaltung mit Fragen bombardiert, was denn an Ehrungen für ehemalige Landräte angebracht ist und ob man nicht sorgfältiger hingucken muss, was sie früher getan haben.

Heinz-Michael Kittler: Wir hatten ein Buch unseres Regionalhistorikers Gerhard Hoch über den Landrat von Mohl gelesen, das ist der hiesige Nazi-Landrat gewesen (1932 - 1945). Eintritt in die NSDAP 1933. Im Foyer des Kreishauses gibt es eine repräsentative Galerie von Bildern aller Landräte. Der Nazi-Landrat hängt zwischen den anderen, als wäre das ganz normal. Zunächst wollten wir anlässlich einer Renovierung dem Kreis die Möglichkeit geben, das Bild anschließend einfach nicht wieder anzubringen. Reaktion einer CDU-Abgeordneten: „DIE LINKE solle sich lieber um ihre Stasi-Vergangenheit kümmern, anstatt ehrbare Landräte zu diffamieren.“ Die Auseinandersetzung hat sich dann aber immer weiter versacht. Nun besteht ein Arbeitskreis, der die jüngere Geschichte des Kreises aufarbeitet. Es sind Mittel bereitgestellt worden. Über den Landrat von Mohl hat der Kreistag beim Institut für Regional- und Zeitgeschichte Flensburg bei Professor Danker ein Gutachten in Auftrag gegeben und erhalten, das inzwischen auch in dem Jahrbuch des Heimatbundes veröffentlicht wurde. Wir haben überre-

gional bekannt gemacht, dass hier die braunen Wurzeln Schleswig-Holstein besonders tief und hartnäckig sitzen. Die möchten wir gerne ziehen. Der Kreis hat nun das Archiv-Personal erweitert und es wird eine historische Dokumentation im Kreistags-Foyer geben, die gemeinsam mit einer homepage als interaktives Lernobjekt fortgeführt werden soll, an der auch Schulen beteiligt werden sollen. Die Bilder bleiben als Dokumentation hängen, wie unkritisch man mit den Landräten bisher umgegangen ist. Der Arbeitskreis will zurückblicken bis 1867, kurz nachdem Preußen das Land von Dänemark annektiert hatte. Das Wirken aller Landräte soll betrachtet werden, auch wenn die meisten ziemlich langweilig sind: Hochwohlgeboren, mit 18 Abitur, mit 22 Juraexamen, dann Polizeichef oder Militärführer, und sie haben immer die gleiche Laudatio. Sie haben während preußischer Militärdiktatur, Frühkapitalismus und wilhelminischem Hurra-Patriotismus bis hin zum Faschismus hier vor Ort das Herrschaftssystem aufrechterhalten. Interessant sind die Landräte Dr. Ilsemann, der von 1901 bis 1928 im Amt war, und dann Landrat von Mohl als Schwerpunkt, dazu kriegen wir noch eine zweite Arbeit vom Institut für Regional- und Zeitgeschichte. Nach dem Schock von 1945 amtierte hier kurz als Landrat der Ex-Vertreter von Mohls, Christian Laurup weiter. Der wurde 1946 vorzeitig in Pension geschickt. Dann folgte als einzige Lichtblick der Antifaschist Paul Pagel, der über fünf Jahre Landrat war, danach kam mit der Restaurierung Walter Alnor ins Amt, der zuvor als NS-Landrat in Eckernförde bis 1941 tätig- und anschließend als Gebietskommissar in Libau im „Reichskommissariat Ostland“ eingesetzt war. Wir werden uns alle Landräte inklusive historischem Kontext vornehmen, das ist ein großes Projekt geworden, was anfangs als Kritik an einem Bild. Mit dem bisherigen Verlauf sind wir sehr zufrieden.

Gegenwind: Wie lange dauert es im Kreis, die anderen Parteien davon zu überzeugen, dass man sich auch mit solchen Themen befassen muss? Alle Kreistagsabgeordneten sind ja ehrenamtlich tätig und können leichter als andere sagen, was soll das, sollen wir dazu auch noch Zeit opfern?

Heinz-Michael Kittler: Das dauert jeweils Monate und erfordert Kampagnenfähigkeit mit der Klaviatur: gründliche Recherche, gute Kenntnis des Standings aller Beteiligten, niedrigschwellige Startanfragen, Verbündetensuche, auch mal Zuspitzung und viel Pressearbeit. Wir machen also genau das Gegenteil davon, hehre Anträge zu stellen, die dann per Ablehnung schnell wieder in der Versenkung verschwinden.

Gegenwind: Jetzt haben wir ungefähr die Mitte der Wahlperiode. Wie soll die zweite Hälfte gestaltet werden?

Heinz-Michael Kittler: Hauptgestüt bleibt unser Kommunalwahlprogramm, mit dem wir angetreten sind. Dabei gilt es, den Kreis Segeberg zu stärken, um die Daseinsbedingungen für die Menschen zu fördern. Aktuelle Themen liefert die Tagespolitik von selber. Schwerpunkt bleiben für uns wie gesagt auf jeden Fall bezahlbarer Wohnraum. Das korrespondiert mit unseren Aktivitäten zu Hartz IV, Familienpolitik, Altersarmut, Flüchtlingen und Lohnabbau, soweit die Kreispolitik hier Handlungsmöglichkeiten hat.

* vgl. **Gegenwind** 315, Seite 6

<p>Schwerpunkt Erzeuger - Verbraucher - Genossenschaften <ul style="list-style-type: none"> • Solidarische Landwirtschaft • Die Bremer EVG: Ökologisch - Regional - Fair • Tagwerk eG - Eine regionale Öko-Unternehmenskooperation • Genossenschaften im Biobereich als Pioniere. EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 7,50€! Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden! Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug. Probelesen: WWW.CONTRASTE.ORG Bestellungen im Internet oder über: CONTRASTE e.V. Schönfelder Str. 41 A, 34121 Kassel</p>	<p>CONTRASTE Die Monatszeitung für Selbstorganisation</p> 	<p>MAOISTISCHE KOMMUNEN IN CHINA Drei bestehende Kommunen werden vorgestellt.</p> <p>EIN OFFENES WOHNZIMMER IN KASSEL Das »Fachgeschäft für Interaktion« bietet Raum für Menschen, die sich selbst organisieren.</p> <p>EINSTIEG IN KOMMUNE Wie gelange ich in die Kommune meiner Wahl?</p> <p>FILMREZENSION - PRIDE Queers aus London solidarisieren sich mit streikenden walisischen Bergarbeitern.</p> <p>QUEER IN KOMMUNEN - SO EINFACH IST ES NICHT Reicht es, zu proklamieren, mensch sei allgemein gegen Diskriminierung?</p>
---	---	--

„Wenn sich unten nichts rührt, wird sich oben nichts bewegen!“

Klaus-Dieter Brüggemann, Kreistag Pinneberg

Gegenwind: Kannst du dich als erstes vorstellen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Ich bin Klaus-Dieter Brüggemann. Ich bin hier Kreissprecher der Linken und bin eigentlich Nachrücker im Kreistag, weil meine Genossin das leider gesundheitlich nicht mehr machen kann.

Gegenwind: Wie sind die letzten Wahlen ausgefallen, auch im Vergleich zur vorigen Kommunalwahl?

Klaus-Dieter Brüggemann: Nach der Kommunalwahl 2008 konnten wir drei Abgeordnete in den Kreistag entsenden. Das war diesmal nicht möglich. Das hat viele Gründe, unter anderem natürlich, dass wir als Partei nicht mehr Newcomer waren, sondern irgendwie schon da waren. Parallel dazu gab es ganz neue, nämlich die Piraten. Wir haben nur ein Mandat erringen können.

Gegenwind: Wie ist das Klima im Kreistag? Hat man als Einzelabgeordneter eine echte Chance? Ihr habt es ja organisatorisch verändert.

Klaus-Dieter Brüggemann: Wir haben eine gemeinsame Fraktion gebildet, der Pirat und ich, bzw. meine Vorgängerin. Das hat nicht nur einen finanziellen Vorteil, sondern wir können jetzt auch bürgerliche Mitglieder in

Ausschüsse entsenden. Dadurch kann die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden. Das Klima ist davon gekennzeichnet: Zu Beginn der Wahlperiode haben die anderen Parteien eine Änderung der Geschäftsordnung herbeigeführt, durch die wir wieder als kleinste Fraktionen kein Stimmrecht in den Ausschüssen haben. Das war nicht nett, aber wir können damit leben. Wir können alles tun, was sonst möglich ist, nämlich Anträge stellen, in Diskussionen die anderen kritisieren, unsere Positionen einbringen. Und manchmal habe ich den Eindruck, es fruchtet auch.

Gegenwind: Zusammenarbeit mit den Piraten: Ist das eine rein technische? Oder habt ihr auch inhaltliche Übereinstimmungen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Wir haben sicherlich viele Differenzen. Wir haben aber auch viele Übereinstimmungen. Anders kann es auch nicht funktionieren. Wenn wir uns inhaltlich bekämpfen würden, das wäre keine Fraktion. Bei uns geht das.

Gegenwind: Gab es in beiden Parteien schnell Einigkeit? Oder war es umstritten?

Klaus-Dieter Brüggemann: Es war schon strittig. Aber letztendlich überwog die Einsicht, dass wir so mehr

Möglichkeiten haben. Insbesondere ging es um die Möglichkeit, bürgerliche Mitglieder in Ausschüsse zu entsenden und unsere Position damit besser und breiter vertreten zu können.

Gegenwind: Habt ihr eine Vereinbarung, wie ihr euch verhaltet, wenn ihr verschiedener Meinung seid? Dürft ihr bei einer einzelnen Abstimmung gegeneinander stimmen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Ja, selbstverständlich. Mit Fraktionszwang, würden wir uns unter Umständen lahmlegen. Im Grunde genommen ist es ja bei Abgeordneten immer so, dass sie nach ihrem Gewissen, also nach ihrer politischen Überzeugung entscheiden sollen.

Gegenwind: Wie ist es im Kreistag insgesamt: Reden alle mit allen? Oder gibt es bevorzugte Gesprächskreise?

Klaus-Dieter Brüggemann: Es gibt natürlich im Moment eine Zusammenarbeit von Nicht-CDU-Fraktionen – wobei wir eher ausgegrenzt werden. Das hat vielerlei Gründe. Es ist manchmal lächerlich, neulich habe ich gesagt: „Ihr benehmt euch hier wie ein altes Ehepaar“, wo der eine zum anderen sagt: „Musst du denn immer das letzte Wort haben“, und der andere sagt: „Ich kann ja nicht wissen, dass du nichts mehr sagen willst.“ Blöde und unangemessen finde ich das. Gerade hier vor Ort muss es immer um die Sache gehen.

Gegenwind: Gibt es feste Mehrheiten und Abstimmungsblöcke?

Klaus-Dieter Brüggemann: Es gibt eigentlich relativ feste Blöcke. Wir, Sven und ich, nehmen uns die Freiheit, immer so abzustimmen, wie wir es für richtig halten.

Gegenwind: Seid ihr Mehrheitsbeschaffer bei bestimmten Fragen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Das kann schon passieren. Insbesondere dann, wenn in den Fraktionen zu viele Krankheitsfälle sind. Der Kreispräsident hat mir auch schon mal im Scherz gesagt: „Ich hatte gehofft, dass Sie anders abstimmen, dann hätten wir jetzt ein Patt gehabt.“ Das passiert, aber das ist nicht die Regel.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat?

Behandelt er alle gleich, fühlt ihr euch gut informiert?

Klaus-Dieter Brüggemann: Der neue Landrat ist völlig anders als der davor. Er versucht immer, alle mit ins Boot zu holen, er hat ein sehr ausgeglichenes Wesen. Das finde ich persönlich sehr angenehm. Ich habe nicht den Eindruck, dort in irgend einer Weise benachteiligt zu sein.

Gegenwind: Bekommst du von der Verwaltung alle Informationen, die du brauchst?

Klaus-Dieter Brüggemann: Im Großen und Ganzen schon. Die Kolleginnen und Kollegen hier in der Verwaltung sind Ansprechpartner und in der Regel sehr zuvorkommend, hilfsbereit. Ich habe wenig Grund, mich zu beklagen.

Gegenwind: Kommen wir zu einzelnen Themen. Ihr diskutiert im Kreis über das Fracking. Wie ist die linke Position, wie ist die Position im Kreistag insgesamt?

Klaus-Dieter Brüggemann: Die Position der Fraktion Linke&Piraten ist, dass wir grundsätzlich Fracking ablehnen. Wir wollen eine Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energie, wir sind gegen fossile Brennstoffe, grundsätzlich. Wir waren schon dagegen, dass überhaupt solche Erkundungsverfahren genehmigt werden. Das war der erste Schritt, um überhaupt Fracking zu ermöglichen. Wir gehen auch nicht über die Brücke, dass das Unternehmen jetzt erklärt hat, das gar nicht machen zu wollen, weil sich das nicht lohne. Wir sind konsequent, unterstützen die Bürgerinitiativen, in Horst beispielsweise die Initiative Frackingfreies Auenland.* Wie die Mehrheit im Kreistag ist, kann ich mir höchstens denken. Wir hatten keine Fracking-Diskussion. Es hat nur eine öffentliche Veranstaltung mit Minister Habeck gegeben. Wir sind dort auch aufgetreten und haben unsere Meinung gesagt. Aber ich kann nicht sagen, wie die Position der anderen Parteien ist, außer den Grünen natürlich – hoffe ich.

Gegenwind: Ein Thema von Euch war das Freihandelsabkommen TTIP mit Schwerpunkt auf die Auswirkungen auf der kommunalen Ebene. Was wollt ihr da erreichen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Wir haben im März letzten Jahres die erste Anfrage an die Verwaltung gestellt,

um zu erfahren, wie die Verwaltung die Folgen des Abkommens einschätzt. Die Antworten waren relativ nichtssagend. Dann haben die Grünen kürzlich einen Resolutionsentwurf gemacht. Den haben wir diskutiert und haben als Linke&Piraten gesagt, das ist nicht die richtige Richtung. Wir treten dafür ein, dass die Verhandlungen abgebrochen werden. Wir wollen, dass es nicht zu solchen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TiSA kommt. Alle Untersuchungen und Veröffentlichungen weisen darauf hin, dass insbesondere in den kommunalen Dienstleistungsbereichen eine Liberalisierung eintritt, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich wiederhole: Einmal Privatisiertes kann nicht wieder rekommunalisiert werden.

Ich weise darauf hin: Bei TTIP & Co sollen internationale Konzerne Staaten vor privaten Schiedsgerichten verklagen können. Da setzen sich drei Köpfe, Juristen, zusammen, die das Thema diskutieren und zu einer Entscheidung kommen, die nicht mehr rechtsstaatlich angefochten werden kann. Das ist Aushebelung der Demokratie. Man nehme mal als Beispiel VIOLA, ein französischer Konzern-Ableger, der in unserem Kreis den Gewerbemüll entsorgt. Und VIOLA beispielsweise verklagt Ägypten vor einem solchen Schiedsgericht. VIOLA passt die Einführung eines Mindestlohns in Ägypten nicht!

Es kommt noch hinzu, dass mit der Einrichtung von Regulatorenräten die internationalen Konzerne direkt in die Vorbereitung der Gesetzgebung geholt werden. Deren Vertreter sitzen also mit am Tisch wenn Gesetze geschrieben werden. Mit Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Das muss verhindert werden. Und wenn ich sehe, welches gigantische Wirtschaftswachstum uns da versprochen wird: 0,5 Prozent Steigerung des Bruttosozialproduktes, aber nicht etwa jährlich, sondern bis 2027, also ein jährliches Wachstum von 0,034 Prozent. Das ist mikroskopisch. Wenn ein Bier mit 0,5 Prozent Alkoholanteil noch als alkoholfrei durchgeht, dann kann ich nur sagen: So ein Wirtschaftswachstum geht als Nix durch.

Gegenwind: Ein anderes Thema ist eine kritische Betrachtung der offiziellen Erwerbslosenzahlen. Das habt ihr schon mehrfach kritisiert, dass diese Statistik beschönigt. Könnt ihr damit durchsetzen, dass die wirklichen Zahlen wahrgenommen werden?

KOMMUNAL



Klaus-Dieter Brüggemann: Welche Zahlen wie vorgestellt werden, entscheidet ja nicht die Arbeitsagentur in Elmshorn, sondern das gibt natürlich die Bundesagentur zentral vor. Diese Zahlenreihen sehen von Kreis zu Kreis im Prinzip ähnlich aus. Es sind enorm viele Fälle von „Unterbeschäftigung“. Was heißt das? Jemand ist „unterbeschäftigt“, der kurzfristig krank ist, der gilt nicht mehr als arbeitslos, sondern als „unterbeschäftigt“. Jemand, der in einer Förderungsmaßnahme ist, wie auch immer die aussieht, zum Beispiel ein PC-Kurs, gilt als „unterbeschäftigt“. Der gilt nicht als arbeitssuchend, weil er nicht unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, was natürlich nicht stimmt. Sobald er ein Angebot hätte, müsste er den Kurs aufgeben. Aber die werden rausgerechnet. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen betrug im Januar 9.137, dazu kommen dann 2.248 (!) sogenannte „Unterbeschäftigte“. Und das ist eine verfälschende und beschönigende Darstellung.

Gegenwind: Klassisches Thema der Linke ist Hartz IV und Armut. Was könnt ihr da auf Kreisebene machen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Wichtig ist in dem Zusammenhang, dass Menschen, die von Hartz IV betroffen sind,

eine Betreuung haben, die ich als Verfolgungsbetreuung bezeichne. Gibt es Erhöhung einer sozialen Leistung wie etwa Kindergeld, wird diese auf die Hartz IV-Leistung angerechnet. Sobald sie irgend etwas tun, was nicht vorgesehen ist, können sie sanktioniert werden. Wir sehen immer wieder, dass Bescheide fehlerhaft sind. Man muss sich nur vor Augen führen, dass knapp die Hälfte von Einsprüchen, von juristischen Auseinandersetzungen zugunsten der Hartz-IV-Empfänger entschieden wird. Wir versuchen zumindest, ein bisschen mehr Menschlichkeit in die Kiste zu kriegen. Wir können diese Sanktionen bekämpfen, aber das können wir hier nur laut sagen, entschieden wird es an anderer Stelle.

Gegenwind: Zeichnen sich schon bestimmte Schwerpunkte für die nächste Zeit ab? Welche Themen wollt ihr noch bis zum Ende der Wahlperiode aufgreifen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Was natürlich gerade jetzt auf uns zukommt, ist die Frage der Flüchtlinge und Asyl-

suchenden. Unserer Überzeugung, gemeinsam von Linke&Piraten: Es gibt niemanden, der illegal ist, niemand verlässt freiwillig sein Land, seine Familie, seine Umgebung. Dahinter stecken immer schwerwiegende Gründe. Wir müssen gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden. Dazu gehört eine menschenwürdige Unterbringung.

Wir haben in der letzten Zeit von Seiten konservativer und rechtspopulistischer Kräfte erlebt, dass ein schnelles Abschieben favorisiert wird. Wer aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland kommt, hat angeblich sowieso keine Aussicht, man kann das angeblich schnell feststellen. Wir sind völlig dagegen. Wir werden in wenigen Wochen eine Sondersitzung des Sozialausschusses zu dieser Thematik haben, gestern haben wir über die Themenplanung gesprochen, der 30. März war optional, ich habe angeregt, das zum Thema zu machen, gemeinsam mit der Verwaltung. Es geht um den Beginn einer breiten gesellschaftlichen Diskussion.

Gegenwind: Was sind eure Mittel, Themen nach vorn zu bringen? Sind das Anträge im Kreistag? Oder wollt ihr außerhalb des Kreistages mit

der Bewegung zusammenarbeiten, Veranstaltungen organisieren?

Klaus-Dieter Brüggemann: Ohne gesellschaftliche Bewegung, ohne dass sich unten was rührt, wird sich oben nichts bewegen. Wir setzen alle sehr stark darauf, dass Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen Themen aufgreifen und verfolgen. Wenn sich unten nichts rührt, wird sich oben nichts bewegen! Wir bieten ihnen auch an: Ihr könnt über uns direkt Anfragen stellen. Wir leiten die weiter und können das direkt für sie übernehmen. Ohne das werden wir nicht besser werden. Das kann man noch verbessern, ich habe sehr bedauert, dass bei der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zu TTIP hier in Elmshorn ich als einziger Kreistagsangehöriger dort war, kein anderer sich hat sehen lassen. Das ist also ausbaufähig. Natürlich stellen wir auch Anträge, auch Anfragen. Anfragen haben den Vorteil, dass wir Informationen erhalten, die wir weiter verwenden können. Da ist aber auch noch Luft nach oben.

* vgl. **Gegenwind** 313, Seite 25

Antiziganismus

Heute leben in der Bundesrepublik Deutschland nach verschiedenen Schätzungen etwa 80 – 120.000 Sinti und Roma, die landläufig und in der Regel diskriminierend als "Zigeuner" und von den Behörden vorurteilsvoll mit dem alten Nazibegriff als "Landfahrer" bezeichnet werden. Sinti wanderten erstmals im 15. Jahrhundert nach Deutschland ein; außerhalb des deutschsprachigen Raumes ist der Sammelbegriff Roma.

Der Begriff Antiziganismus ist ein Neologismus, der die Feindschaft gegenüber Roma und Sinti auf einen Begriff bringt. Obwohl mittlerweile auch Roma und Sinti diesen Begriff benutzen, handelt es sich um einen Neologismus, der von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft geprägt wurde – und nicht von den Roma und Sinti selbst. Antiziganismus wurde im Gegensatz zum Antisemitismus niemals in Frage gestellt, er gehört immer zum kulturellen Code der Mehrheitsgesellschaft.

Im Gegensatz zum Antisemitismus steht die Erforschung der Entstehung und Entwicklung des Antiziganismus noch in den Anfängen. Im Unterschied zur "Tsiganologie" oder "Zigeunerforschung", die die Roma und Sinti zum Sozialobjekt der Forschungen macht und an rassistische Forschungen aus dem 20. Jahrhundert anknüpft, befasst sich die Antiziganismusforschung mit den Vorurteilen der Mehrheit über die von ihr so genannten "Zigeuner".

Eine Auseinandersetzung mit dieser Variante des Rassismus ist wichtiger denn je. Nach Umfragen Ende der 90er Jahre haben zwei Drittel aller Deutschen starke Vorbehalte gegenüber Roma und Sinti. In den Medien und im Alltagsbewusstsein werden Stereotypen über "Zigeuner" immer neu reproduziert.

Wie kommt es, dass Antiziganismus so ungebrochen tradiert wird? Auf diese Fragen sollen die auf anti-ziganismus.de versammelten und bereits in verschiedenen Ausgaben der Zeitschrift ZAG veröffentlichten Artikel eine Antwort geben.

zag – antirassistische zeitschrift
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Mehringhof | Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
fon: +49/ (0)30/ 785 72 81
fax: +49/ (0)30/ 691 30 05
email: redaktion@zag-berlin.de
<http://www.zag-berlin.de/>
<http://anti-ziganismus.de/>

Anti-Ziganismus.de

Gegenwind: Kannst du dich den Leserinnen und Lesern vorstellen?

Gudrun Prassler: Mein Name ist Gudrun Prassler. Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet, Mutter von 4 Kindern. Ich habe Landwirtschaft gelernt und bin Diplom-Agraringenieurin. 2011 bin ich aus Sorge über die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft in die Partei DIE LINKE eingetreten. Bei den Linken, wie wohl bei allen Parteien, ist ja das Problem, dass oft Frauen fehlen. Und wenn man sich dann bereit erklärt, aktiv zu sein, dann ist man gleich mittendrin. Und so bin ich auch in den Kreistag gerutscht.

Gegenwind: Seit wann gehörst du denn dem Kreistag an?

Gudrun Prassler: Seit den letzten Kommunalwahlen, also seit Mai 2013. Wir waren vorher sehr zuversichtlich. Im letzten Kreistag gab es drei Abgeordnete von den Linken. Jetzt bin ich als Einzelabgeordnete in den Kreistag gekommen. Wir hatten eine niedrige Wahlbeteiligung, 49 Prozent, und DIE LINKE hat mit 2 Prozent sehr schlecht abgeschnitten.

Gegenwind: Vorher waren es drei Abgeordnete, jetzt nur noch eine. Kannst du erklären, woran das liegt?

Gudrun Prassler: Ich glaube, der vorherige Erfolg der Linken in den Kommunen lag auch an den guten Ergebnissen im Bund. Bei den Kommunalwahlen 2008 lag DIE LINKE dann auch bei 6,9 Prozent im Land, in Steinburg bei 6,1 Prozent. Bei den Linken wird der erste Listenplatz üblicherweise mit einer Frau besetzt. Wir hatten uns natürlich ein anderes Ergebnis gewünscht, aber so bin ich als damals politisch Unerfahrene alleine in den Kreistag gekommen.

Gegenwind: Wie war der Start? Haben die drei anderen sich regelmäßig mit dir getroffen?

Gudrun Prassler: Wir machen jeden Monat ein regelmäßiges Treffen. Das passiert praktischerweise im Rahmen der Kreisvorstandssitzung. Da ist auch mein Kollege aus der Ratsversammlung in Itzehoe, unser Kreisvorsitzender mit dabei. So tauschen wir uns regelmäßig aus.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag?

„... hetzt man die Kreise gegen die Gemeinden auf“

Gudrun Prassler, Kreistag Steinburg

Gudrun Prassler: Die CDU hat 18 Mandate, die SPD ist mit 13 gestartet, dann haben zwei Abgeordnete die Partei und Fraktion verlassen und sind als Parteilose zu den Piraten gegangen, damit hatte die SPD 11. Dadurch, dass ich mich der SPD-Fraktion angeschlossen habe, sind wir bei 12. Die Grünen haben 5, die FDP 3, die Piraten 1 bzw. 3, die Bürgerliste 2, die WiSt 1 und die Freien Wähler auch 1.

Gegenwind: Wie wird denn im Kreistag abgestimmt? Gibt es feste Blöcke, oder sind es wechselnde Mehrheiten?

Gudrun Prassler: Die Positionen stehen eigentlich. Die CDU und FDP sind im Wirtschaftssektor, die SPD und teilweise die Grünen sind mehr im sozialen Bereich zu sehen und die Bürgerlisten wechseln hin und her. Es gibt aber eigentlich keine festen Mehrheiten. Alle können auch gut miteinander reden. Es gibt ein paar Kampfhähne, da geht es auch um persönliche Sachen, aber wenn es um die Sachfragen geht, rauft man sich doch zusammen.

Gegenwind: Wie wurde das im Kreisverband diskutiert, sich als Einzelabgeordnete der SPD-Fraktion anzuschließen?

Gudrun Prassler: Es war erstmal der große Schock, dass wir nur eine Einzelabgeordnete hatten. Dann habe ich mit der SPD und mit den Piraten Gespräche geführt. Wir haben dann in einer Kreisvorstandssitzung und in einer Kreismitgliederversammlung beschlossen, dass ich mich der SPD-Fraktion anschließe. Das Problem ist natürlich, ich tauche jetzt nicht mehr

direkt unter „Die Linke“ auf. Ich bin ja nur eine einzelne Abgeordnete, die in die SPD-Fraktion gegangen ist. Aber ich bin ganz dankbar, dass die Genossen von der SPD es doch öfter erwähnen, dass ich von der Linken bin, und auch die Verwaltung schreibt in den Protokollen hinter meinen Namen „Die Linke“ in Klammern dazu. Das finde ich eigentlich sehr fair. Betonen möchte ich, dass eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene keine Aussage zu irgendwelchen Regierungsbeteiligungen ist. Der Kreistag ist ein Teil



der kommunalen Selbstverwaltung und wirklich nicht mehr!

Gegenwind: Weißt du, wie die Diskussion in der SPD gelaufen ist? Man liefert ja auch zum Beispiel der CDU eine Angriffsfläche.

Gudrun Prassler: Ich hatte natürlich keinen so großen Einblick in die innerparteiliche Diskussion der SPD-Fraktion. Dort wurde wohl kontrovers diskutiert. Ich habe von Meinungen wie „Die Linke hat die DDR-Vergangenheit noch nicht aufgearbeitet“ und Ähnliches gehört. Aber allgemein war zum Start des Kreistages sowieso ein großes Durcheinander, vor allem durch die beiden SPD-Abgeordneten, die zu den Piraten gegangen sind. Dazu gab es ganz viele hässliche Leserbriefe, weil sie ja ihr Mandat mitgenommen hatten. Als Folge wurde zurückgeschossen, weil die linke Abgeordnete sich der SPD-Fraktion angeschlossen hatte. Es gab dann Bemerkungen über alte SED-Kader, völlig irre eigentlich. Von Seiten der CDU hat man allerdings nichts gehört. Da haben sich mehr die Anhänger von SPD und Piraten beharkt. Nun kannten mich die Leute aber teilweise schon, ich war vorher bürgerliches Mitglied in verschiedenen Ausschüssen. Dabei haben sie mich als „normalen“ Menschen kennengelernt. Da gibt es keine Behrungsängste mehr.

Gegenwind: Wie sind die Bedingungen deiner Mitarbeit in der SPD? Musst du mit dem Block abstimmen? Oder darfst du auch nach außen als Einzelne deine Meinung haben?

Gudrun Prassler: Erst einmal: Ich finde die Zusammenarbeit dort sehr gut. Das Positive ist, die Genossen von der SPD haben eine sehr lange Erfahrung. Der Fraktionsvorsitzende ist seit vierzig Jahren im Kreistag, der Stellvertreter seit 25 Jahren, das sind lebende Archive. Man trifft sich regelmäßig zur Fraktionssitzung, wo ein guter Austausch stattfindet. Mit der Fraktionsdisziplin ist es in der SPD manchmal ein bisschen schwierig, da geht es häufig kreuz und quer. Man versucht natürlich, geschlossen abzustimmen, aber da gibt es immer wieder Querschläger, und ich kann natürlich auch so abstimmen, wie ich es für richtig

halte. Am diszipliniertesten ist in dieser Beziehung eigentlich die CDU.

Gegenwind: Wie steht es denn bei einzelnen Themen? Hier gab es eine Abstimmung in der Bevölkerung über das neue Kreishaus und die Fassade des alten Kreishauses (Foto nächste Seite). Wie hast du dich positioniert? Wie hat die SPD sich positioniert?

Gudrun Prassler: Das hat ja eine lange Vorgeschichte. Das Kreishaus ist schon lange marode, da sind keine normalen Arbeitsbedingungen mehr gegeben. Es gab Pläne, ein ganz neues Kreishaus zu bauen, ein modernes Kreishaus. Daraufhin gab es diesen Bürgerentscheid, alleine die Fassade des Kreishauses zu erhalten. Der gesamte Kreistag war für den Neubau des Kreishauses, und auch ich halte einen Neubau für die richtige Lösung. Die Linke im Kreis hat sich nicht einheitlich positioniert. Unser Ratsmitglied in Itzehoe hat sich bei der Bürgerinitiative engagiert. Zum Bürgerentscheid möchte ich prinzipiell sagen: Die Linke ist natürlich für den Ausbau der direkten Demokratie. Auch die Verbindung von direkter und repräsentativer Demokratie soll weiterentwickelt werden. Jetzt hatte ich aber diesen Praxisschock. Wir hatten beim Bürgerentscheid eine Beteiligung von 17,57 Prozent, davon 57,9 Prozent Ja-Stimmen und 42,08 Prozent Nein-Stimmen. Das heißt, es ist wirklich nur eine Minderheit der Einwohner des Kreises, die sich für den Fassadenerhalt des Kreishauses ausgesprochen hat. Und das ganze Prozedere vorher, wie da mit Unwahrheiten argumentiert wurde und mit persönlichen Angriffen gegen die Verwaltung und gegen Politiker im Kreistag, das fand ich unmöglich. Vor allem kam das auch von Leuten, die hochpolitisch unterwegs sind. Sie engagieren sich in Bürgerinitiativen, schreiben Leserbriefe, organisieren Stammtische, sind politisch aktiv – und beschimpfen dann gewählte, ehrenamtliche Politiker auf übelste Weise. Auch die Verwaltung hat diese Angriffe nicht verdient! Davon war ich menschlich sehr enttäuscht. Und ich glaube, ein Problem bei diesen Bürgerentscheiden könnte auch sein, dass wir ja keine Gesellschaft von „gefestigten sozialistischen Persönlichkeiten“ sind, die das Gemeinwohl im Blick haben, es gibt viele Eigeninteressen. Wenn man in die Zeitung schaut, gibt es doch zum Beispiel sehr häufig Grundstückseigentümer, die plötzlich den Naturschutz entdecken, wenn nebenan eine Neubausiedlung entstehen soll. Das

kann mir keiner erzählen, dass das kein Eigennutz ist.

Gegenwind: Bei diesem Bürgerentscheid zur Erhaltung der Fassade ging es ja auch um Geld, ein Neubau mit der alten Fassade kostet mehr Geld. War das das Hauptargument dagegen, dass die Kosten zu hoch sind für das, was man dafür erhält?

Gudrun Prassler: Nein, es ging der Politik und der Verwaltung neben den Kosten vor allem um Funktionalität. Nur mit einem Umbau des alten Kreishauses würde zum Beispiel kaum eine Barrierefreiheit erreicht werden können. Der Bürgerinitiative ging um die Optik der Villenstraße. Das Kreishaus steht übrigens nicht unter Denkmalschutz.

Gegenwind: Das Land setzt ja jetzt eine Neuordnung der Finanzen um. Dabei ist die Idee, dass die Städte mehr Geld aus dem Finanzausgleich erhalten, das flache Land weniger. Wie ist da die Position der Linken?

Gudrun Prassler: Der kommunale Bereich ist insgesamt chronisch unterfinanziert. Deshalb fordert DIE LINKE unter anderem eine umfassende Gemeindefinanzreform. Innerhalb des Kreistages ist die Diskussion klar: Der Kreis bekommt ungefähr 1 Million Euro weniger vom Land, hat aber steigende Ausgaben vor allem im Sozialbereich. Der Kreis hat auch vier eigene Schulen, und die Kreisstraßen müssen erhalten werden. Auch Steinburg hat jetzt regelmäßig eine negative Bilanz, 2010 hatten wir noch ein Plus von 6 Millionen Euro, 2013 schon ein Minus von 2 Millionen Euro, und wir sind jetzt bei einem Minus von ungefähr 9 Millionen Euro. Auch deshalb gibt es jetzt die Diskussion, ob die Kreisumlage erhöht werden soll. Die Umlage liegt jetzt bei 35 von 100, das sollen jetzt 37 von 100 werden. Durch die Unterfinanzierung, man kann es auch einfach Mangel nennen, hetzt man ja die Kreise gegen die Gemeinden auf und andersherum. Es gab höchst hässliche Diskussionen zwischen Kreis und Gemeinden, inwieweit jetzt wirklich die Kreisumlage erhöht werden muss oder nicht. Die Diskussion läuft immer noch weiter. Es ändert sich ja auch permanent die Höhe der Zuwendungen, die der Kreis vom Land oder vom Bund bekommt. Man kann nie richtig rechnen; es kommen neue Zuweisungen, dann ändern sich die gesetzlichen Vorschriften; der Kreis muss neue Leistungen erbringen, die

vom Land nicht bezahlt werden, das ist schwierig.

Gegenwind: Wie fühlst du dich als ehrenamtliche Kreistagsabgeordnete von der Verwaltung informiert oder im Stich gelassen? Diese Fragen werden ja von Angestellten im Innenministerium und in der Kreisverwaltung geregelt, du sollst das ehrenamtlich kontrollieren.

Gudrun Prassler: Gerade die Finanzen sind ein schwieriges Thema, da muss man sich sehr reinarbeiten. Ich denke, wir werden gut informiert. Ich habe das Glück, in einer relativ großen Fraktion zu sein. Die erfahrenen Kreistagsabgeordneten geben ihr Wissen gerne weiter. Unsere Verwaltung bemüht sich sehr. Wir haben jetzt auch einen neuen Landrat seit Ende vorletzten Jahres, nachdem der alte Landrat abgewählt worden war. Er bringt einen frischen Wind rein, baut die Verwaltungsstrukturen um und bemüht sich sehr um eine gute Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt.

Gegenwind: Gilt das generell für alle? Wird die linke Abgeordnete gleich behandelt wie ein CDU-Abgeordneter?

Gudrun Prassler: Ich als Abgeordnete werde ganz normal behandelt wie alle anderen auch. Ich bin natürlich nur Teil einer Fraktion, die engen Kontakte haben die Fraktionsvorsitzenden.

Gegenwind: Gibt es auch Konflikte zwischen der Kreistagsabgeordneten der Linken und Gemeindevertretern der Linken?

Gudrun Prassler: DIE LINKE hat nur ein Ratsmitglied in Itzehoe. Wir haben schon manchmal unterschiedliche Ansichten. Ich habe das beim Thema Kreishaus schon erwähnt. Auch die Erhöhung der Kreisumlage wird in der Itzehoer Ratsversammlung natürlich anders beurteilt als im Kreistag.

Gegenwind: Wie läuft die Zusammenarbeit mit der Landesebene?

Gudrun Prassler: Die Landtagsfraktion war ja nur ein kurzes Intermezzo. Jetzt im Augenblick entwickelt sich die Landespartei sehr positiv, auch der Landesvorstand ist uns Kommunalpolitikern eine große Hilfe. Und die Zusammenarbeit mit den Kreisen entwickelt sich auch sehr gut.

Gegenwind: Hier im Kreis ist das Thema Inklusion auch wichtig. Welche Probleme zeigen sich da?

Gudrun Prassler: Das ist natürlich überall wichtig. Es ist etwas schwierig hier im Kreis. Es hat lange gedauert, bis wir einen Beauftragten für Menschen mit Behinderung durchsetzen konnten. Jetzt haben wir wenigstens einen ehrenamtlichen Beauftragten, der unglaublich engagiert arbeitet. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Kreis steht als Nächstes an. Da muss natürlich erst gesehen werden, was hier im Kreis an Möglichkeiten schon vorhanden ist. Bei einer Auftaktveranstaltung sollen Interessierte zusammenkommen und erarbeiten, was hier im Kreis getan werden muss. So eine Veranstaltung kostet Geld. Das war eine elend lange Diskussion im Sozialausschuss und im Kreistag. Jetzt haben wir uns auf den kleinsten Nenner geeinigt und 3000 Euro für die Auftaktveranstaltung eingestellt. Es gab vor Jahren einen Kreistagsbeschluss, dass der Kreis überhaupt keine freiwilligen Leistungen mehr erbringen will. Glücklicherweise hält sich keiner daran. Es gibt außerdem immer die Diskussion, was ist eine freiwillige Leistung, was ist eine pflichtige Leistung. Zum Beispiel behauptet die CDU immer, dass die Wirtschaftsförderung, die der Kreis betreibt, so wichtig ist, dass sie Pflicht sein sollte. Geld für soziale Belange, das ist angeblich alles freiwillig. Wir haben etliche Wirtschaftsförderungsprojekte, hier 10.000 Euro, da 5.000 Euro, dann mal 20.000 Euro. Aber wenn „pro familia“ kommt und bei den Personalkosten unterstützt werden möchte, dann wird sofort geblockt.

Gegenwind: Was liegt aus deiner Sicht bis zur nächsten Kommunalwahl noch an?

Gudrun Prassler: Wichtig ist, dass wir hier im Kreis einen Pflegestützpunkt für eine unabhängige Pflegeberatung bekommen. Das ist auch ein großes Projekt, das bisher immer mit dem Hinweis abgeblockt wurde, dass die Krankenkassen ausreichend beraten würden. Andere Kreise im Land haben diese Stützpunkte schon und machen gute Erfahrungen damit. Und wir würden gerne den Reinigungsdienst, der die Einrichtungen des Kreises reinigt und 2002 an eine Fremdfirma vergeben wurde, zurück in den Kreis holen. Die Reinigungskräfte sollen wieder direkt beim Kreis beschäftigt werden. Außerdem müssen wir natürlich sehen, wie es weiter gehen soll mit dem Kreishaus.

Gegenwind: Ihr seid ja verpflichtet, das Abstimmungsergebnis umzusetzen.

Gudrun Prassler: Ja, aber es ist die Frage, ob wir das in dieser Wahlperiode noch erleben werden. Die Verwaltung hat den Auftrag, verschiedene Möglichkeiten zu erkunden. Es gibt zwei mögliche Varianten auf dem alten Gelände mit Erhalt der Fassade. Die dritte Möglichkeit ist ein Neubau auf der grünen Wiese. Das wird jetzt erarbeitet, auch unter dem finanziellen Aspekt. Und es geht um die Bürgerfreundlichkeit, die Qualität der Arbeitsplätze, die Erreichbarkeit. Wir erwarten das Ergebnis bis zum Sommer, und dann müssen wir darüber abstimmen.



TTIP – Widerstand gegen das Freihandelsabkommen



Seit dem Sommer 2013 verhandeln die EU und die USA konkret über ein Freihandelsabkommen. Dabei geht es nicht um die Abschaffung der Zölle, die sind bereits reduziert oder abgeschafft. Es geht um die Beseitigung von Verschritten und Gesetzen, die den Handel „behindern“.

Diese Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, auch eine Europäische Bürgerinitiative dazu ist (angeblich) nicht zulässig. Die Broschüre erläutert, worum es geht. Erläutert werden das Vorsorgeprinzip, die Auswirkungen des Abkommens auf die Landwirtschaft, der Umgang mit dem Datenschutz, Investitionsschutz und Patentschutz. Der Widerstand wird vorgestellt, auch damit man sich dort anschließen kann. Die Broschüre eignet sich auch für Veranstaltungen und Fortbildungen.

2014, 48 Seiten, 2 Euro
Einzelheft: 2 Euro plus Versand

Für Wiederverkäufer:
5 Hefte: 7 Euro plus Versand
11 Hefte: 14 Euro plus Versand
22 Hefte: 28 Euro inkl. Versand

Das könnte Sie auch interessieren:



Was ist „Globalisierung“? Hier wird die Geschichte der Globalisierung anschaulich erklärt, negative Folgen und Möglichkeiten der Gegenwehr erläutert. 2014, 48 Seiten, 2 Euro

Ferntourismus war früher ein Privileg weniger Reicher. Heute fliegen Millionen Touristen in Entwicklungsländer. Wem nützt es, wem schadet es? 2014, 48 Seiten, 2 Euro



Wo Menschen aus vielen Herkunftsländern zusammenleben, muss man das Zusammenleben trainieren. Hier wird nachvollziehbar erklärt, wie das funktioniert. 2011, 48 Seiten, 2 Euro

Immer stärker wird der weltweite Austausch von Waren und Geld. Nur die Menschen bleiben auf der Strecke. Wie schaffen es Flüchtlinge nach Europa? 2012, 48 Seiten, 2 Euro



In der EU dürfen sich Unionsbürger frei bewegen und sich frei niederlassen. Auch Roma? Wenn sie kommen, fordern einige sofort neue Grenzkontrollen. 2014, 48 Seiten, 2 Euro

Besuchen Sie uns gerne im Internet:
www.brd-dritte-welt.de
Hinweis: Im Buchhandel kostet jedes Heft 2 Euro.

Ich bestelle:

- Heft 5: Globalisierung (2 € plus Versand)
- Heft 9: Freihandel (TTIP) (2 € plus Versand)
- Heft 12: Tourismus (2 € plus Versand)
- Heft 75: Interkulturelle Kompetenz (2 € plus Vs)
- Heft 82: Mittelmeer (2 € plus Versand)
- Heft 86: Migration in der EU (2 € plus Versand)

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift:

An den
Magazin Verlag
Schwefelstr. 6
24118 Kiel